

AKTUELL

Abfall, Chemie & Emissionen	8
Globalisierung & Eine Welt	10
Klima & Energie	11
Konsum & Verbraucherschutz	15
Landwirtschaft & Gentechnik	16
Naturschutz & Biodiversität	18
Tierschutz & Ethik	21
Umweltpolitik & Umweltrecht	22
Verkehr & Tourismus	25
Wasser & Meere	26
Wirtschaft & Ressourcen	27

VERBÄNDE



DNR intern	29
Aus den Verbänden	29
Preise & Ausschreibungen	31

SERVICE

Termine	32
Impressum	32

ökopädNEWS

ANU-Informationsdienst Umweltbildung 33
Schwerpunkt: Multimedia in der Umweltbildung

THEMEN DES MONATS

Umweltpolitik

Intelligente Rechtsetzung notwendig

Die EU-Kommission will Parlament und Rat stärker an sich binden

Seite 2

Fahrradpolitik

Europa fährt Rad – ohne Deutschland

Bund und Länder müssen aktiv werden, um in der Radverkehrspolitik umzulenken

Seite 4

Kohlepolitik

Jetzt ist der Ofen aus!

Der Einstieg in den Kohleausstieg ist möglich, er muss nun erstritten werden

Seite 6

Interview: Eick von Ruschkowski zum Artenschutzbericht

„Agrarsubventionen abschaffen“

Naturschutz braucht mehr Geld und Agrarnutzung kann nur gemeinsam mit den Landwirten verändert werden

Seite 19

Umweltpolitik

Intelligente Rechtsetzung statt Deregulierung

Die EU-Kommission will Parlament und Rat stärker an sich binden

Mit ihrer neuen Agenda zur „Besseren Rechtsetzung“ will die EU-Kommission die Hürden für Änderungen an Richtlinien und Verordnungen durch das EU-Parlament und den Ministerrat erhöhen. Umwelt-, Verbraucher- und Sozialverbände sehen darin eine Entdemokratisierung der EU und eine Bedrohung für Umwelt-, Gesundheits- und Verbraucherschutzstandards. ■ VON BJELA VOSSSEN, EU-KOORDINATION DES DNR

Am 19. Mai hat die EU-Kommission ihre Vorschläge zur „Besseren Rechtsetzung“ vorgestellt. Das Paket umfasst auch eine interinstitutionelle Vereinbarung zur besseren Rechtsetzung, die vom Ministerrat und vom EU-Parlament bis zum Herbst verhandelt wird. Mit dieser Vereinbarung will die EU-Kommission Ministerrat und EU-Parlament auf eine gemeinsame Schwerpunktsetzung für mehr Jobs, Wachstum und Wettbewerb festlegen. Denn nach dem Willen der EU-Kommission sollen sich dadurch die Mitgliedstaaten und die EU-Abgeordneten den zehn Prioritäten von Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker verpflichten. Eine nachhaltige Entwicklung Europas und Umweltschutz oder die Gesundheit der Europäerinnen und Europäern gehören nicht zu diesen Prioritäten.

Zwar hat die EU-Kommission auf Druck des EU-Parlaments und der Umweltverbände die Verantwortlichkeit für nachhaltige Entwicklung nachträglich in den Arbeitsauftrag des obersten Vizepräsidenten der Kommission aufgenommen. Junckers Prioritäten blieben aber unverändert. Diese präsentierte er dem Parlament am 15. Juli 2014, nur 18 Tage, nachdem die Staats- und Regierungschefs ihn als Spitzenkandidaten der christlich-demokratischen, konservativen Europäischen Volkspartei als Kommissionspräsident bestätigt hatten. Auf die Schnelle entwickelte Juncker die Prioritäten im Dialog mit den politischen Gruppen des Europaparlaments. Sie waren aber nie Gegenstand demokratischer Verhandlungsprozesse. Auch ist es nicht Aufgabe der Kommission, die Prioritäten und politischen Leitlinien der EU festzulegen. Laut dem Lissabonvertrag ist der Europäische Rat der Staats- und

Regierungschefs das oberste Gremium der EU, das zwar keine rechtlich verbindlichen Beschlüsse fassen darf, aber ein Weisungsrecht besitzt. Junckers zehn Prioritäten reduzieren Umwelt auf Klima- und Energiepolitik – und deklassieren alle übrigen Umweltthemen als „kleine Dinge“, um die sich die EU nicht vorrangig kümmern muss. Gerade Parlament und Umweltministerat haben in der letzten Legislaturperiode vehement für das 7. Umweltaktionsprogramm gestritten. Da dieses Programm für alle Institutionen verbindlich ist, muss die Kommission es zur Leitlinie ihrer Umweltpolitik machen. Deswegen dürfen Junckers politische Prioritäten in der jetzigen Form nicht als Grundlage der interinstitutionellen Vereinbarung dienen.

Wunschkonzert der Wirtschaft

Auch wenn der Erste Vizepräsident der Kommission Frans Timmermans behauptet, dass das Paket der besseren Rechtsetzung und nicht der Deregulierung dienen soll, sprechen viele Indizien gegen diese Aussage. Denn Kommission, Rat und Parlament sollen laut der interinstitutionellen Vereinbarung gemeinsam darauf hinarbeiten, auch bestehende „Rechtsvorschriften zu aktualisieren und zu vereinfachen und unnötigen Regelungsaufwand für Unternehmen, Verwaltungen und Bürger zu reduzieren“. Die Kommission wählt auf Grundlage der zehn Prioritäten von Juncker die Rechtsvorschriften aus, die vereinfacht und verschlankt werden sollen. Auch wenn Rat und Parlament sich nicht zu der interinstitutionellen Vereinbarung verpflichten sollten, kann die Kommission dann als Filter für mehr Jobs, Wachstum und Wettbewerb fungieren.

Alle bestehenden Gesetzgebungen, die der Wirtschaft in Europa – und nach dem Abschluss des Freihandelsabkommens TTIP zwischen der EU und den USA – auch der Wirtschaft in den USA nicht passen, kann die Kommission dann aufschneiden und wirtschaftsfreundlich gestalten. Gefährdet sind insbesondere die Gesetzgebungen, die dem Umwelt-, Verbraucherschutz und den Sozialstandards sowie dem Vorsorgeprinzip der EU dienen.

Machtverlust der Volksvertretung

Die interinstitutionelle Vereinbarung führt zu einem Machtverlust des Europäischen Parlaments – der einzigen demokratisch legitimierten Institution der EU. Beispielsweise will die Kommission eine neue Folgenabschätzung einführen. Ursprünglich wurden Folgenabschätzungen geschaffen, um die nachhaltige Entwicklung der EU zu stärken und die Auswirkungen von politischen Initiativen auf Umwelt, Sozialstandards und Wirtschaft gleichberechtigt zu prüfen. Nachhaltigkeit zählt aber nicht mehr zu den „großen Dingen“, die die Kommission prioritär verfolgt. Die vorgeschlagene „Weiterentwicklung“ der Folgenabschätzung konzentriert sich – den zehn Prioritäten der Juncker-Kommission folgend auf die Kosten für die Wirtschaft. Kosten von Nichthandeln auf EU-Ebene und Auswirkungen auf Umwelt-, Gesundheits- und Sozialstandards werden vernachlässigt.

Laut dem Vorschlag der Kommission müssen Rat und Parlament künftig bei substantziellen Änderungen während des Gesetzgebungsverfahrens eine Folgenabschätzung durchführen, die auf der Einschätzung der Kommission beruht.

Die Kommission nimmt sich heraus, Rat und Parlament bei ihren Folgenabschätzungen zu „unterstützen“. Damit will die Kommission verhindern, dass Rat und Parlament weitreichende Änderungsvorschläge – etwa für mehr Umwelt-, Verbraucher- oder Sozialstandards – im Gesetzgebungsprozess machen, die der Agenda von Jobs, Wachstum und Wettbewerb entgegenstehen könnten. Außerdem soll der geplante Ausschuss für Regulierungskontrolle weitreichende Mitsprache bei Folgenabschätzungen noch vor dem Gesetzgebungsprozess und bei der Begutachtung existierender Richtlinien haben. Die Machtfülle dieses sechsköpfigen Ausschusses, der keine demokratische Legitimation besitzt, bereitet nicht nur den deutschen Umweltverbänden Sorgen. Auch wenn der Ausschuss mit Personen besetzt werden soll, die keine Interessenkonflikte haben, darf es nicht sein, dass er zu Entscheidungen befähigt wird und nicht nur beratende Funktion hat.

Das Kommissionspaket zur „Besseren Rechtsetzung“ führt – neben der öffentlichen Konsultation per Internet – ein neues Verfahren zur Konsultation von Interessenvertretern ein. Nachdem die Kommission ihren Vorschlag und die zugehörige Folgenabschätzung angenommen hat, erhalten Interessenvertreter Gelegenheit, innerhalb von acht Wochen dazu Stellung zu nehmen. Gleichzeitig sind die nationalen Parlamente aufgefordert, den Vorschlag auf die Subsidiarität zu prüfen. Darüber hinaus will die Kommission eine neue Internetseite „Lighten the Load – Have Your Say“ einrichten. Dadurch soll jeder Interessenvertreter zusätzlich zu den Konsultationen die Möglichkeit haben, seine Meinung über bestehende Gesetzgebungen zu äußern: „Was Sie stört, was Sie zu aufwendig finden oder was Ihrer Meinung nach verbessert werden muss.“ Da es 20-mal so viele Industrielobbyisten in Brüssel gibt wie Umweltlobbyisten, ist das ein willkommenes Einfallstor für die Wirtschaft, an der Aufweichung bestehender Umweltgesetzgebungen zu arbeiten. Die neu eingeführte Ex-post-Evaluierung der geltenden Rechtsvorschriften bietet die Grundlage zum Aufschneiden und zur Aufweichung der „störenden“ Gesetzesvorschriften.

Eine neue REFIT-Plattform soll die hochrangigen Gruppen zur besseren Rechtsetzung und Verringerung des Verwaltungsaufwands ablösen. Sie sammelt die Vorschläge zur Verringerung des Regelungsaufwands, bewertet diese und nimmt dazu Stellung. Die Plattform soll sich zudem um „Vorschläge zur Verringerung der Verwaltungslast in Bereichen von besonderem Interesse bemühen“. Und das besondere Interesse ist durch Junckers Prioritäten von Jobs, Wachstum und Wettbewerb definiert.

Neue Lobbystrukturen sind nur Alibi für mehr Transparenz

Diese neuen Mechanismen werden unter dem Deckmantel von „verbesserter Transparenz“ eingeführt. Sie ähneln den „bewährten Regelungsverfahren“, wie sie von den USA in den TTIP-Verhandlungen vorgeschlagen wurden. Im vorausseilenden Gehorsam führt die Kommission nun ähnliche Verfahren ein, mit denen die Industrie ihre Gesetze selbst schreiben oder zumindest stark beeinflussen oder verzögern kann. Allerdings sind diese Mechanismen nicht Bestandteil der interinstitutionellen Vereinbarung, dem einzigen Dokument des Pakets zur „Besseren Rechtsetzung“, das zwischen Rat, Kommission und Parlament verhandelt werden muss.

Zukünftig verspricht die Kommission, sich bei der Ausarbeitung ihres Arbeitsprogramms mit Rat und Parlament auszutauschen – auf Grundlage der zehn Prioritäten von Juncker. Die drei Institutionen sollen sich jedes Jahr auf eine Liste mit Vorschlägen verständigen, denen im Gesetzgebungsprozess Vorrang eingeräumt wird. „Diese Liste umfasst Vorschläge zur Aktualisierung oder Vereinfachung bestehender Rechtsvorschriften und zur Verringerung des Regelungsaufwands, insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen“, heißt es im Vorschlag. Im Gegenzug verspricht die Kommission, Anträge des Parlaments und des Rates auf Vorlage von Gesetzgebungsvorschlägen „einer ernsthaften Prüfung“ zu unterziehen. Wenn die Anträge der Kommission nicht genehm sind, muss sie lediglich dem betreffenden Antragsteller die Gründe dafür mitteilen.

Darüber hinaus will die Kommission verhindern, dass Mitgliedstaaten Richtlinien in nationales Recht ambitionierter umsetzen und dadurch zusätzliche Kosten für die Wirtschaft entstehen könnten. Deshalb sind die Mitgliedstaaten zu einer 1:1-Umsetzung angehalten und müssen gegebenenfalls eine Folgenabschätzung über den Verwaltungsaufwand für Unternehmen, Verwaltungen und Bürger durchführen und ihre Entscheidung begründen.

Dass die neue EU-Kommission mit ihrem Verhalten die Grenzen der EU-Verträge testet, sehen nicht nur Umweltverbände kritisch. Bisher scheint die Kommission das Urteil C-409/13 des Gerichtshofs der EU (EUGH) zu den interinstitutionellen Beziehungen zu ignorieren. Das oberste Gericht der EU hatte am 14. April 2015 festgestellt, dass die Kommission nicht einfach einen Vorschlag zurückziehen darf, nur weil sich dessen Inhalt im weiteren Gesetzgebungsprozess durch Änderungen von Rat und Parlament zu weit von ihrem ursprünglichen Vorschlag entfernt. Dieses Vorgehen ist zwar laut dem Urteil möglich. Die Kommission muss jedoch „im Sinne vertrauenswürdiger Zusammenarbeit“ die Bedenken von Rat und Parlament, die zu den Änderungen geführt haben, berücksichtigen.

Rat und EU-Parlament dürfen nicht tatenlos zusehen, wie die Kommission ihre Machtkompetenzen ausweitet und ihre Deregulierungsagenda durchsetzt – auf Kosten des Vorsorgeprinzips, des Umwelt- und Gesundheitsschutzes und der Sozialstandards in Europa. Die EU-Politik darf nicht nur die Wirtschaft im Blick haben. Europäische Deregulierungsbemühungen auf Kosten der Belange der Bürgerinnen und Bürger werden den Europaskeptizismus verstärken.

Die Biologin Bjela Vossen ist Leiterin der EU-Koordination des DNR und Vizepräsidentin des Europäischen Umweltbüros (EEB).



Kontakt:
Tel. +49 (0)30 / 6781775-85,
E-Mail: bjela.vossen@dnr.de,
www.dnr.de

Fahrradpolitik

Europa fährt Rad, Deutschland verliert den Anschluss

Bund und Länder müssen aktiv werden, um in der Radverkehrspolitik umzulenken

Anfang Juni fand im französischen Nantes die weltgrößte Fahrradkonferenz „Velo-city“ statt. Unter dem Motto „Cycling-Future Maker“ diskutierte die Fahrradfachwelt mit Vertretern aus Politik, NGOs, Verwaltung, Medien und Industrie über die Rolle des Fahrrads in einer zukunftsfähigen Welt, wo Mobilität und Klimaschutz nicht mehr im Widerspruch stehen. Eines wurde deutlich: Die Mobilität in Städten ist im Umbruch. ■ VON WASILIS VON RAUCH UND ANJA SMETANIN, VCD

Neue Rahmenbedingungen wie die Energiewende, das wachsende ökologische Bewusstsein und der demografische Wandel beginnen, die Verkehrssysteme nachhaltig zu verändern. Flexibilität ist gefragt und somit eine anpassungsfähige Mobilität. Dabei kann das Fahrrad verknüpft mit anderen umweltverträglichen Verkehrsmitteln eine zentrale Rolle spielen.

Fehlende Ressourcen und nach dem Prinzip der „autogerechten Stadt“ gestaltete Straßenräume bremsen hingegen den Mobilitätswandel. Das erkennen immer mehr europäische Länder. Frankreich und Spanien etwa investieren massiv in die Förderung des Radverkehrs, vor allem in moderne Infrastruktur und Radverleihsysteme, mit dem Ergebnis, dass das Fahrrad im Stadtbild immer sichtbarer wird. In Städten wie Barcelona, Sevilla, Vitoria-Gasteiz oder Nantes verbessert sich durch mehr Radverkehr die Lebensqualität der Menschen spürbar: Es gibt bessere Luft, weniger Lärm und mehr lebenswertere Straßen.

Leider gibt es diese Dynamik in Deutschland noch nicht. Die Förderung des Radverkehrs ist nicht engagiert genug und erfolgt oft nach dem Motto: „Radfahren ist gut, solange es dem Autoverkehr nicht schadet.“ Der Bund ist zu wenig aktiv und unterstützt die Kommunen nicht ausreichend. Auch die Kommunen selbst fokussieren noch nicht ausreichend den Radverkehr.

Als Folge gibt es zu wenig Platz für Radfahrende und vielerorts eine veraltete oder gar fehlende Infrastruktur. So findet sich im globalen Fahrradstädteranking der Agentur „copenhagenize“ auch keine deutsche Stadt unter den Top Ten.⁽¹⁾ Und die

Bundesregierung läuft Gefahr, ihr ohnehin wenig ehrgeiziges Ziel, den Radanteil am Verkehrsaufkommen bis 2020 auf 15 Prozent zu erhöhen, zu verfehlen.⁽²⁾ Das wäre ein politisches Armutszeugnis, denn neben den bekannten Umweltaspekten sprechen weitere gute Gründe dafür, Fahrradverkehr stärker zu forcieren.

Wie gelingt das Umsteuern in der Fahrradpolitik?

Zuerst muss die Politik den Wählerwillen ernst nehmen. Immer mehr Menschen sateln um. Sie wollen das Fahrrad nutzen und messen dem privaten Pkw weniger Bedeutung bei, insbesondere in den Großstädten. In Berlin beispielsweise werden täglich 1,5 Millionen Fahrten mit dem Rad unternommen – trotz geringer öffentlicher Investitionen.⁽³⁾ Alles was zur intensiveren Nutzung des Rads fehlt, ist eine funktionierende Infrastruktur.⁽⁴⁾

Dies brächte auch finanzielle Vorteile für den Verkehrsetat. Denn Fahrradinfrastruktur ist vergleichsweise günstig – das gilt für den Bau, aber vor allem für den Erhalt und die laufenden Kosten. Da derzeit über 70 Prozent der Kommunen in einem Investitionsrückstand im Verkehrsbereich stehen und die Mittel insgesamt knapp sind, entfaltet Radverkehrsförderung hier die größte Wirkung, bei gleichzeitig effizientem Mitteleinsatz.⁽⁵⁾

Die Transformation von Verkehrsflächen wertet zudem Stadträume auf. Laut einer Umfrage der Bundesstiftung Baukultur ist der Rückbau von autogerechten innerstädtischen Verkehrsflächen für jede dritte Kommune eine wichtige Aufwertungsstrategie.⁽⁶⁾ Die Chancen für die

Rückgewinnung von Straßen für die Menschen sollten genutzt werden, gerade in den wachsenden Städten.

Es geht also neben den wichtigen Umweltaspekten vor allem darum, wie wir in Zukunft in Städten leben wollen und wie Verkehrsinfrastruktur finanziert werden kann. Eine gute Fahrradpolitik auf Bundes- und Länderebene kann den gesellschaftlichen Trend zum Fahrrad unterstützen.

Der Bund muss eine aktive Rolle einnehmen

Aus Sicht des VCD ist der Bund bei folgenden Förderungsmöglichkeiten gefragt:

Er muss mehr finanzielle Mittel für Radverkehrsförderung bereitstellen. Das Hauptaugenmerk des Bundes liegt derzeit auf Bau und Erhalt von Radwegen an Bundesstraßen und Bundeswasserstraßen sowie auf dem „Radnetz Deutschland“ mit zwölf touristischen Radwanderwegen. Die dafür bereitgestellten Mittel schwanken zwischen 70 und 100 Millionen Euro. Aus Sicht des VCD müssten diese mindestens verdoppelt werden. Darüber hinaus sollte sich der Bund für ein deutschlandweites Netz an Radschnellwegen einsetzen und für dieses mitsamt Serviceinfrastruktur Mittel zur Verfügung stellen. Der gute Ansatz, über die Nationale Klimaschutz Initiative (NKI) Fahrradprojekte zu fördern, muss ausgebaut werden. Vor allem Modellprojekte, die Potenzial haben, bundesweit zu wirken, sollte der Bund fördern und das mit einem mittleren zweistelligen Millionenbetrag.

Er muss die Sicherheit stärken und die Straßenverkehrsordnung (StVO) reformieren. Die StVO ist das zentrale Instrument, um Verkehrsabläufe zu ordnen, ist aus

Sicht des VCD überreguliert und veraltet. Durch eine Revision sollten Kommunen die Möglichkeit bekommen, Tempo 30 als Basisgeschwindigkeit einzuführen. Denn das erhöht die Sicherheit der Radfahrenen nachweislich und ermöglicht Radfahren ohne separate und vergleichsweise teure Infrastruktur. Bundesweite Imagekampagnen sind ergänzend zu empfehlen. Diese sollten jedoch auf die Erhöhung der Regelkenntnisse aller Verkehrsteilnehmenden ausgerichtet sein und nicht einseitig bei den Radfahrenden ansetzen.

Neue Entwicklungen müssen gestärkt werden

Es bedarf der Finanzierung von Forschung und Ausbildung von Fachkräften. Denn obwohl unstrittig ist, dass mehr Radverkehr Kosten verringert, sollte dieser Faktor auf Initiative des Bundes intensiver untersucht und besser beziffert werden, inklusive Einbeziehung der Ergebnisse in die Kosten-Nutzen-Kalkulation von Radverkehrsförderung. Auch die Ausbildung von Fachkräften zur Radverkehrsförderung auf kommunaler Ebene muss intensiviert werden. Die durch den Nationalen Radverkehrsplan geschaffene Fahrradakademie zeigt gute Ansätze. Dennoch gibt es immer noch zu wenige Fachkräfte.

Wissenschaftliche Analysen, die die Potenziale von neuen Entwicklungen im Fahrradbereich untersuchen, fehlen bislang – besonders über Trends, die neue Zielgruppen (etwa Elektroräder) oder Anwendungsgebiete (beispielsweise Lastenräder) erschließen. Einzelne begrüßenswerte Projekte wie das vom Bundesverkehrsministerium geförderte Projekt zur Bestimmung des Potenzials von Lastenrädern im Wirtschaftsverkehr reichen nicht aus. Sinnvoll wären langfristig angelegte Förderstrategien und Projekte, die ähnlich wie bei Elektroautos auch die Fahrzeugentwicklung einschließen. Schließlich liegen in diesen Bereichen erhebliche wirtschaftliche Wachstumschancen.

Wenn schließlich die Bemühungen des Bundes scheitern, muss er darüber nachdenken, seine Rolle zu ändern. Es sollte beispielsweise möglich sein, dass er Finanzierungskonzepte für die Umgestaltung von

Hauptstraßen in Städten erstellt oder auch für Abstellanlagen an zentralen Umsteigepunkten wie Bahnhöfen.

Ein Paradigmenwechsel in den Kommunen ist nötig

Städte müssen beginnen, ihre Verkehrsnetze komfortabler und sicherer zu gestalten. Dabei muss es nicht immer ein separater Radweg sein. Tempo-30-Zonen oder Schutzstreifen reichen häufig aus. Die Schaffung der fahrradfreundlichen Städte bedeutet in bestimmten Fällen auch, Konflikte mit der autofahrenden Bevölkerung auszutragen und vor allem Geld in die Hand zu nehmen. Die zunehmende Verwendung von Schutzstreifen beispielsweise macht es Kommunen zu leicht, sich aus der Verantwortung zu stehlen. Diese auszuweisen, ist zwar kostengünstig, doch wenn sie praktisch permanent zugeparkt sind, lassen gerade Ältere, Kinder oder auch Eltern mit Kindern das Rad lieber stehen. Ebenso führen zu knappen Überholen und starker Verkehr dazu, dass sich viele Menschen auf Schutzstreifen nicht sicher fühlen.

Die Kommunen müssen dafür sorgen, dass die Infrastruktur für Radfahrende verfügbar und sicher ist. Dazu braucht es Geld. Nicht umsonst beziffert der Nationale Radverkehrsplan die benötigten Mittel für die Radverkehrsförderung auf 10 bis 25 Euro pro Kopf und Jahr. Werden wie in Berlin nur weniger als zwei Euro angesetzt, verwundert es nicht, dass Fortschritte lange auf sich warten lassen und größere Umgestaltungen kaum finanzierbar sind. Ein Vorreiter ist die Stadt Mannheim. Sie hat sich ein mehrjähriges Programm zur Radförderung gegeben und neben der Planung neuer Fahrradstraßen auch die Umgestaltung einer klassischen autogerechten Hauptverkehrsader festgelegt. Bis 2018 gibt Mannheim weitere 18 Millionen Euro für den Radverkehr aus, das entspricht etwa 15 Euro pro Kopf und Jahr.

Was sind die Schlussfolgerungen für die Radverkehrsförderung? Natürlich ist all das auch eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Insbesondere Vorteile des Radfahrens aufzuzeigen, kann nicht allein der Bund übernehmen. Der VCD nimmt hier eine akti-

ve Rolle ein. Zum Beispiel im Bereich der Förderung von neuen Trends wie Lastenrad und E-Rad, bei der Ansprache bestimmter Zielgruppen wie Schülerinnen, Schülern und der Generation 60 plus sowie bei der Vernetzung von Städten zum Wissensaustausch, wofür die Kampagne European Biking Cities im Rahmen des europäischen Projektes Clean Air steht. Allein diese Liste zeigt: Fahrradfreundliche Verkehrspolitik ist eine Querschnittsaufgabe, bei der auf unterschiedlichsten Ebenen angesetzt werden muss.

Anmerkungen und Links

- ▶ (1) www.copenhagenize.eu/index
- ▶ (2) Nationaler Radverkehrsplan 2020: edoc.difu.de/edoc.php?id=SR21T6V3
- ▶ (3) Neue Radverkehrsstrategie für Berlin: www.kurzlink.de/rvsberlin
- ▶ (4) Laut dem ADFC-Fahrradmonitor 2013 erwarten 82 Prozent der Menschen mehr Radförderung von der Politik: www.adfc.de/files/2/35/Monitor_2013.pdf
- ▶ (5) KfW-Kommunalpanel 2014: www.kurzlink.de/kfwkwp2014
- ▶ (6) Baukulturbericht 2014/15, Hrsg. Bundesstiftung Baukultur, Berlin 2014

Wasilis von Rauch ist Mitglied des VCD-Bundesvorstandes und dort zuständig für die Fahrradthemen.

Kontakt:
Tel. +49 (0)30 / 280351-283,
E-Mail: wasilis.vonrauch@vcd.org
www.vcd.org



Anja Smetanin ist Pressesprecherin des VCD.

Kontakt:
Tel. +49 (0)30 / 280351-12,
E-Mail: anja.smetanin@vcd.org
www.vcd.org



Kohlepolitik

Jetzt ist der Ofen aus!

Der Einstieg in den Kohleausstieg ist möglich, er muss nun erstritten werden

In diesem Sommer gehen die Abwehrkämpfe der fossilen Energiekonzerne gegen echten Klimaschutz in eine neue Phase: Es geht besonders heiß her in der deutschen Kohlepolitik. Mit Blick auf den Klimagipfel in Paris Ende des Jahres wird seit Herbst 2014 über die deutschen Emissionsziele diskutiert und der Vorschlag eines Klimabeitrags durch Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel lässt die Köpfe in den Strategieabteilungen der Kohlelobby rauchen. ■ VON SIMON STRAUB, DNR

Parallel zu den politischen Debatten wird im Lausitzer Braunkohlerevier der Verkauf aller Vattenfall-Anlagen an einen noch zu findenden Investor geplant und in Nordrhein-Westfalen steht eine Entscheidung über die Verkleinerung des Braunkohletagebaus Garzweiler an. Und obwohl es derzeit noch braunkohlendüster für die deutschen Klimaziele und die Energiewende aussieht, macht eine erstarkende Kohlebewegung Hoffnung. Das war im Herbst 2014 so noch nicht absehbar. Gemäß dem Koalitionsvertrag der großen Koalition legte Bundesumweltministerin Barbara Hendricks im November ein Aktionsprogramm Klimaschutz vor. Die Bundesregierung hat sich wiederholt zu ihren Reduktionszielen für den Klimaschutz bekannt. 40 Prozent CO₂-Reduktion bis 2020, gemessen am Basisjahr 1990, sind die Zielmarke, auch im Koalitionsvertrag. Und ohne weitere Reduktionsmaßnahmen würden diese Ziele verfehlt werden, wie ein Gutachten der Bundesregierung im Sommer 2014 gezeigt hatte.⁽¹⁾ In Hendricks Plan fehlte jedoch ein entscheidender Beitrag, nämlich die Reduktionen aus dem Energiesektor. Dieser gilt noch vor Verkehr oder Landwirtschaft als der wichtigste Sektor für effektive Reduktion, zumal er am schnellsten Wirkung zeigen würde.

Geliefert werden mussten die Reduktionsbeiträge aus dem Bundeswirtschaftsministerium von Sigmar Gabriel und nachdem dieser noch kurz zuvor die Abschaltung von Kohlekraftwerken als „Volksverdummung“ bezeichnet hatte, waren die Hoffnungen auf ein ambitioniertes Reduktionsziel eher gering. So blie-

ben denn auch die bei der Verabschiedung des Aktionsprogrammes am 3. Dezember 2014 letztlich vereinbarten 22 Millionen Tonnen CO₂-Minderung aus der Energieerzeugung hinter den Hoffnungen der Umweltverbände zurück. Selbst die vollen 22 Millionen Tonnen CO₂ würden bedeuten, dass der Energiesektor die geplante Reduktion um 40 Prozent nicht erreicht. Einer Studie von Greenpeace zufolge ist die Lücke zwischen notwendigen Einsparungen und dem bisherigen Emissionstrend sogar noch wesentlich größer, als dies das Aktionsprogramm von Hendricks annimmt. Da in der aktuellen Klimabilanz Deutschlands sogar zwei große Kohlekraftwerke, die seit 2013 in Betrieb sind, fehlen, ist die Lücke wohl noch größer und die geplanten 22 Millionen Tonnen weniger CO₂ reichen nicht zur Erfüllung der Klimaziele.

Dreckschleudern im Rheinischen Revier und in der Lausitz ohne Klimabeitrag

Mitte März veröffentlichte das Bundeswirtschaftsministerium einen Vorschlag zur Umsetzung dieser anvisierten 22 Millionen Tonnen CO₂-Reduktion. Er sah vor, dass deutsche Kohlekraftwerke ein CO₂-Emissionsbudget erhalten und bei Überschreiten dieses Budgets entweder nicht weiterlaufen dürfen oder nur zum Preis von Strafzahlungen pro zusätzlich emittierter Tonne CO₂. Das Budget sollte erst für Kraftwerke ab zwanzig Jahren Laufzeit einsetzen und sich für ältere Kraftwerke immer weiter verknappen. Einnahmen aus den etwaigen Strafzahlungen sollten zum Kauf von Emissionszertifikaten des europäischen Emis-

sionshandels genutzt werden, die danach gelöscht würden. Der Nebeneffekt wäre gewesen, die ohnehin im Übermaß vorhandenen Zertifikate zu verknappen. 90 Prozent der Kohlekraftwerke wären davon bis 2020 nicht betroffen. Die wenigen betroffenen Kraftwerke sind die besonders dreckigen und alten Braunkohlekraftwerke von RWE und Vattenfall in der Lausitz und im Rheinischen Braunkohlerevier.

Seitdem feuert eine Koalition aus der Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie (IGBCE), CDU und SPD aus den Braunkohleregionen und den Kohlekonzerne Vattenfall und RWE aus allen Rohren gegen diesen zaghaften Einstieg in den Kohleausstieg. Besonders schnell waren die klassischen Arbeitsplatzargumente zur Hand. Verdi-Chef Frank Bsirske sprach gar von 100.000 gefährdeten Stellen, eine Zahl, die er auf Nachfragen nicht bestätigen oder belegen wollte. Dies hielt die IGBCE, in der die meisten Angestellten in der Braunkohle gewerkschaftlich organisiert sind, jedoch nicht davon ab, die Fantasiezahl in der Mobilisierung für eine Pro-Braunkohle-Demonstration weiterhin zu nutzen, obwohl selbst der Braunkohlebundesverband lediglich von gut 20.000 Beschäftigten in der Braunkohle spricht.

Unter dem Druck der Kohlelobby scheint Gabriel derzeit einzuknicken. Im Mai wurde ein Papier öffentlich, dass die Reduktionen aus dem Energiesektor auf nur noch 16 Millionen Tonnen CO₂ beziffert. Alte Braunkohlekraftwerke werden geschont, ihre Emissionsbudgets werden so weit erhöht, dass bis 2020 kein Kraftwerk aus Klimaschutzgründen stillgelegt werden muss. Dies scheint der IGBCE jedoch noch nicht weit genug zu gehen, in einem

eigenen Vorschlag schlug sie zuletzt eine Abwrackprämie für private Heizungen vor. Statt den Paradigmenwandel im Energiesystem konstruktiv zu begleiten, will sie die Erfüllung der Klimaziele individualisieren.

Die Debatte um den Klimabeitrag ist aber nicht das einzige bewegende Thema der Kohlepolitik in diesem Jahr. In Nordrhein-Westfalen wird die Landesregierung vermutlich noch in diesem Sommer eine Entscheidung zur Verkleinerung des Braunkohletagebaus Garzweiler treffen. Diese wird nötig, nachdem das Bundesverfassungsgericht 2013 die bisherige Enteignungspraxis auf Basis des veralteten Bundesberggesetzes kritisiert hatte. Eine Verkleinerung des Tagebaus wäre auch ein Signal für eine kürzere Laufzeit der Braunkohlekraftwerke in der Region, die das Rheinische Braunkohlerevier zum größten CO₂-Emittenten Europas machen. In Brandenburg und Sachsen steht der Verkauf der bisher von Vattenfall betriebenen Tagebaue und Kraftwerke an, auch hier geht es um Braunkohle. Vattenfall würde gerne bis zum Ende des Jahres einen Verkauf in trockenen Tüchern haben. Derzeit ist aber noch unklar, was das für die Ewigkeitskosten, also die Folgekosten, des Kohleabbaus in der Region heißt.

Für den Einstieg in den Ausstieg werden Türen geöffnet

Es bewegt sich also etwas beim Braunkohleweltmeister Deutschland. Nachdem sich bereits 75 Stadtwerke für den ursprünglich geplanten Klimabeitrag starkgemacht haben, hat sich zuletzt auch der Vorstandsvorsitzende von EnBW für diesen ausgesprochen. Es bröckelt also selbst in den Reihen der großen Energieversorger. Dennoch ist noch offen, wer diese Runde im Kampf um die Energiewende gewinnen wird. Klar ist: Der Kohleausstieg muss kommen. Alle Szenarien für ein Erreichen der Klimaziele bis 2050 sehen eine weitgehende Dekarbonisierung der kompletten Gesellschaft vor. Für Kohle gibt es dabei keinen Platz. Die ersten Pflöcke für den Kohleausstieg müssen aber jetzt eingeschlagen werden. Denn wenn um 2020 herum die letzten Atommeiler vom Netz

gehen müssen, stehen die Zeichen für einen Kohleausstieg deutlich schlechter. Und auch die Bewegung für den Kohleausstieg kommt in Schwung. Im August vergangenen Jahres bildeten 7.500 Menschen die erste internationale Menschenkette gegen Kohle in der Lausitz, im April diesen Jahres demonstrierten 6000 Menschen an der Kante des Tagebaus Garzweiler. Die seit mehreren Jahren durchgeführten Klimacamps in Lausitz und Rheinland finden auch dieses Jahr wieder statt und entwickeln sich weiter. In der Lausitz liegt der Fokus noch stärker auf Aktionen gegen Kohle, im Rheinland findet parallel zum Klimacamp und am gleichen Ort die Fortsetzung der enorm erfolgreichen Degrowth-Konferenz statt.

Für August kündigt die Kampagne „Ende Gelände – Kohlebagger stoppen. Klima schützen.“ eine massenhafte Aktion des zivilen Ungehorsams an, bei der die Kohlebagger von RWE in den Tagebauen bei Köln für einen Tag blockiert werden sollen. Die Aktion will dabei auch die Menschen mobilisieren, die bei den Antikohleketten aktiv waren, und ruft deshalb sowohl zu einer Blockade der 200 Meter langen Baggerungetüme in der Kohlegrube selbst auf wie auch zu einer angemeldeten Demonstration, auf der wirklich alle Menschen zeigen können, dass sie gegen Kohle sind. Wenn das klappt, dann ist die Kohlebewegung nicht nur im Kommen, dann ist sie schon da.

Link

► (1) www.bmwi.de/DE/Mediathek/publikationen,did=644920.html

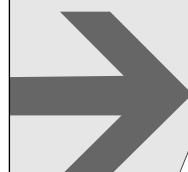
Der Politikwissenschaftler Simon Straub ist Mitarbeiter beim Projekt Reform des Bundesberggesetzes des DNR und seit Jahren in der Klimabewegung engagiert.

Kontakt:
Tel. +49 (0)30 / 6781775-73, E-Mail: simon.straub@dnr.de,
www.dnr.de



Nachhaltigkeit

A-Z



W wie Weckruf

Unsere Gesellschaft hat im Zeichen der digitalen Revolution den Weg des Technizismus eingeschlagen. Die Risiken werden oft unterschätzt oder klein geredet. Diese Streitschrift plädiert für eine ganzheitliche Wahrnehmung der Risiken der Digitalisierung. Sie macht deutlich, dass es bei der digitalen Revolution nicht nur um technische, sondern auch um kulturelle Veränderungen und gravierende ethische Probleme geht.

W. Thiede
Digitaler Turmbau zu Babel
Der Technikwahn und seine Folgen

238 Seiten, broschiert, 19,95 Euro,
ISBN 978-3-86581-727-3

Erhältlich bei
www.oekom.de
oekom@verlegerdienst.de

 **oekom**

Die guten Seiten der Zukunft

ABFALL, CHEMIE & EMISSIONEN

Kreislaufpaket**Viele Fragen nach Konsultation**

■ Die öffentliche Konsultation der EU-Kommission zum Kreislaufpaket ist Anfang Juni kaum online gewesen, als es bereits zahlreiche Reaktionen aus verschiedenen Sektoren gab, wie der Rechtsvorschlag zu verbessern sei. In der Konsultation geht es der Kommission vorrangig um die Verbesserung des Produktdesigns. Der Fragenkatalog reicht von der Produktion von Konsumgütern, der Verringerung des Wasserverbrauchs, bis hin zu Fragen, wie Produkte besser repariert und wiederverwendet werden können und wie weit dafür gesetzliche Gewährleistungen und freiwillige Garantien des Handels überarbeitet werden müssen.

VertreterInnen aus Wirtschaft, Politik und Wissenschaft forderten die Kommission auf, zusätzliche Themen zu berücksichtigen, etwa die Behandlung von Abwässern. Dazu zähle auch, Anreize für die Rückgewinnung von Phosphor aus Klärschlamm zu setzen, hieß es beim Industrieverband EurEau.

Das Wuppertal Institut für Klima, Umwelt und Energie zeigt in einer neuen Studie zu Müllverbrennungsanlagen, dass die Kommission vor allem gegen das Überangebot dieser Anlagen vorgehen sollte. Sechs der untersuchten 32 Länder haben beispielsweise eine Müllverbrennungskapazität, die ihr gesamtes Aufkommen von Siedlungsabfällen um 50 Prozent übersteigt. Das heißt, sie könnten doppelt so viel Müll verbrennen wie sie überhaupt produzieren. Dies sei nicht der richtige Weg zur Kreislaufwirtschaft, in der stattdessen Müllvermeidung und Recycling gefördert werden sollten, schreibt das Institut in seinem Bericht. Die Konsultation läuft noch bis zum 20. August. Zusätzlich plant die Kommission eine separate Konsultation zu Verzerrungen im Abfallmarkt. Der DNR hat einen aktualisierten Steckbrief zum Kreislaufpaket veröffentlicht. Er zeigt auf, welche genauen Änderungen von der EU-Kommission unter Jean-Claude Juncker geplant sind, wie sich Parlament und Rat bisher dazu geäußert haben und was einige

europäische Umweltorganisationen davon halten. Das überarbeitete Kreislaufpaket soll Ende des Jahres kommen. [es]

- ▶ www.ec.europa.eu/environment/consultations/closing_the_loop_en.htm
- ▶ www.kurzlink.de/EurEau-wastepackage
- ▶ Studie des Wuppertal Instituts: www.wupperinst.org/en/info/details/wi/a/s/ad/3029
- ▶ www.eu-koordination.de/PDF/steckbrief-abfallpaket2015_final.pdf

Elektroschrottrichtlinie**Geldstrafe für Deutschland**

■ 210.078 Euro soll Deutschland täglich dafür bezahlen müssen, dass es nicht die EU-Gesetzesanforderungen für Elektroabfälle erfüllt. Das hat die EU-Kommission beim Gerichtshof der EU eingefordert. Seit Februar hinkt Deutschland der Umsetzung der erneuerten Richtlinie über Elektro- und Elektronik-Altgeräte hinterher. Das Gesetz sieht ein Sammelziel dieser Geräte von 45 Prozent bis 2016 vor. Doch die Bundesregierung handelt endlich: Mitte Juni wird der Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit über die Neuordnung des Rechts über das Inverkehrbringen, die Rücknahme und die umweltverträgliche Entsorgung von Elektro- und Elektronikgeräten diskutieren. Große Händler sollen damit künftig verpflichtet werden, Altgeräte beim Kauf eines neuen Gerätes zurücknehmen zu müssen. Bei kleineren Geräten würde die Rücknahmepflicht auch ohne Neukauf gelten. [es]

- ▶ www.europa.eu/rapid (Search: IP/15/5053)
- ▶ www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2015/kw25_pa_umwelt_altgeraete/375212

Weichmacher**EDC gehören dazu**

■ Im Rechtsstreit, ob der Plastikweichmacher DEHP hormonell wirksam und damit auf die Liste der endokrinen Disruptoren (EDC) gehört, hat der Europäische Ge-

richtshof Ende Mai ein Urteil gesprochen. Die Kennzeichnung von DEHP als EDC soll nicht ausgesetzt werden, wie von der tschechischen Firma Deza gefordert.

Die Europäische Chemikalienagentur (ECHA) hatte DEHP im Dezember 2014 als hormonell wirksam für die Umwelt erklärt, weshalb es härteren Einschränkungen unter der EU-Chemikalienregulierung REACH unterliegt. Die Firma Deza verlangte, die Beschränkung von ECHA so lange auszusetzen, bis die Kommission einen finalen Kriterienkatalog zu EDC herausgegeben hat, da sie Jobverluste und Markteinbußen befürchtete (umwelt aktuell, 05/2015, S. 9).

Doch das Gericht lehnte diese Bedenken als nicht ausreichend ab. Die Entscheidung der ECHA hat außerdem nicht zwingend ein Verbot von Produkten, die DEHP enthalten, zur Folge. Dies hängt von zukünftigen Entscheidungen der EU-Kommission ab. [es]

- ▶ Gerichtliche Anordnung: www.kurzlink.de/Court-DEHP-decision

Endokrine Disruptoren**EU-Gesundheitspolitik unterläuft Kriterienkatalog**

■ Das Pestizid Aktions-Netzwerk (PAN Europe) hat Ende Mai Dokumente veröffentlicht, die zeigen, wie sich die Generaldirektion Gesundheit und Verbraucherschutz der EU-Kommission gegen die Erstellung eines Kriterienkataloges für hormonell wirksame Chemikalien gestellt hat.

Die Arbeit dazu leitet seit 2010 die Generaldirektion Umwelt, ohne bisher einen finalen Katalog zu Endokrinen Disruptoren (EDC) herausgegeben zu haben. Ein Grund dafür könnten die Versuche der Generaldirektion Gesundheit (GD Sanco) sein, zu signalisieren, dass EDC keine starken gesundheitlichen oder umweltschädlichen Auswirkungen hätten und die ökonomischen Folgen für die Industrie zu hoch seien. Zusammen mit den wirtschaftsfreundlichen Generaldirekti-

onen Unternehmen und Handel forderte die GD Sanco eine ökonomische Folgenabschätzung von EDC, die die Gesetzgebung mindestens bis 2016 verzögert. Dies könnte auch die breite Unterstützung der EU-Kommission gefördert haben, Bestimmungen zu Chemikalien in die Verhandlungen um das Freihandelsabkommen mit den USA (TTIP) aufzunehmen. Der Umweltausschuss des EU-Parlaments stimmte vergangenen Monat offiziell dagegen, das Chemikalienregister REACH und seine Umsetzung in die Verhandlungen mit den USA aufzunehmen. Auch viele Umweltorganisationen fordern bereits seit längerem die Kommission dazu auf, den Chemikalienbereich bei TTIP unangetastet zu lassen (EU-News vom 2. Oktober 2014).

Aus Sicht des Aktionsnetzwerks PAN Europe hat die GD Sanco ihre Aufgabe, die Gesundheit der EU-BürgerInnen zu schützen, missachtet. [es]

- ▶ Hintergrundinformationen von PAN Europe: www.kurzlink.de/PAN-EDC-background
- ▶ www.kurzlink.de/EEB-TTIP-chemicals

REACH-Autorisierung

Gefahrenstoffe sollen auf den Index

■ Die Europäische Kommission hat im vergangenen Jahr den Prozess ausgesetzt, gefährliche Substanzen (SVHC) in die Autorisierungsliste des Chemikalienregisters REACH aufzunehmen. Umweltorganisationen fordern nun, die Arbeit an den Verboten für besonders besorgniserregende Stoffe wiederaufzunehmen.

Durch die Aussetzung der Autorisierungsliste im Annex XIV von REACH komme die Kommission nicht der Pflicht nach, vor den Gefahren der SVHC zu schützen, bemängeln die NGOs in einem Brief an die Kommissarin für Industrie Elzbieta Bienkowska und den Umweltkommissar Karmenu Vella. Zwölf Stoffe, die von der Chemikalienagentur ECHA als besorgniserregend eingestuft worden sind, stehen auf der Warteliste.

Auch Geert Dancet, Präsident der ECHA, habe die Kommission zum Handeln aufgefordert, so die Organisationen. Im Juli oder September ist mit zusätzlichen Empfehlungen für Autorisierungsgebote der ECHA zu rechnen. Die Kommission hatte den Annex XIV ausgesetzt, um den Registrierungsprozess zu erleichtern und damit die Kosten für die Industrie niedrig zu halten. REACH ist wegen des aufwendigen Prozesses für Unternehmen, Ausnahmen in der Nutzung von gefährlichen Substanzen zu beantragen, in die Kritik geraten (umwelt aktuell, 03/2015, S. 10). Ende dieses Jahres will die Kommission dazu Verbesserungsvorschläge erarbeiten. [es]

- ▶ www.kurzlink.de/EEB-REACH-NGO-letter
- ▶ Empfehlungen für Autorisierungsgebote von ECHA: www.kurzlink.de/ECHA-SVHC-recommend

Cadmiumgrenzwert

EU-Parlament blockiert Lockerung

■ In einem einstimmigen Votum haben sich die EU-ParlamentarierInnen Ende Mai gegen eine Ausnahmeregelung zu dem giftigen Metall Cadmium ausgesprochen. Die EU-Kommission wollte den Einsatz von Cadmium in Beleuchtungsprodukten und elektronischen Displays in der Richtlinie zur Reduzierung von Schadstoffen (RoHS) erlauben. Insbesondere ging es um die Erhöhung des zulässigen Schwermetallwertes in LED-Lampen und -Displays. Die ParlamentarierInnen argumentierten, dass für Produkte, die noch nicht auf dem Markt sind, auch keine Ausnahmekriterien aufgestellt werden können. Außerdem gebe es ausreichend Ersatzstoffe ohne Cadmium, die ein geringeres Umwelt- und Gesundheitsrisiko hätten.

Die Kommission muss nun ein ergänzendes Bewertungsverfahren einleiten, um einen überarbeiteten Rechtsakt vorlegen zu können. Bei den von der Kommission vorgeschlagenen delegierten Rechtsakten haben Rat und Parlament lediglich die Wahl, einen zeitlichen Rahmen zu setzen

politische ökologie

Die Buchreihe für Querdenker und VordenkerInnen



Afrika

Kaleidoskop der Möglichkeiten

Afrika ist weit mehr als der ewig abgehängte, mit negativen Schlagzeilen assoziierte Kontinent. Zweifellos: Der Abbau von seltenen Bodenschätzen schürt gewaltsame Konflikte, Menschen fliehen vor den Auswirkungen des Klimawandels, einzigartige Tier- und Pflanzenarten sterben aus. Außerdem setzt der Run auf fruchtbares Ackerland die in Kolonialzeiten wurzelnde Ausbeutung zum Vorteil multinationaler Investoren und korrupter Eliten fort. Doch zugleich gibt es Lichtblicke, etwa demokratische Aufbrüche und aufstrebende Ökonomien mit wachsenden Mittelschichten. Eine erstarkende Zivilgesellschaft fordert eine gerechte Verteilung der immensen Rohstoffeinnahmen und faire Handelsbeziehungen.

Mitherausgegeben vom Bischöflichen Hilfswerk Misereor
Mit Beiträgen von V. Riehl, C. Aeverbeck, U. Hoering, M. Sow, J. Grimm u.v.m.



Afrika
politische ökologie (Band 141)
144 Seiten, 17,95 EUR (zzgl. Versand),
ISBN 978-3-86581-719-8

Erhältlich bei
www.oekom.de, oekom@verlegerdienst.de

oekom
verlag

oder sie zu widerrufen. Es ist ungewöhnlich, dass das Parlament einem delegierten Rechtsakt widersprochen hat. [es]

- Resolution des EU-Parlaments:
www.kurzlink.de/EUP-Reso-Cadmium

Chemikalienkennzeichnung

Einheitliche Gefahrensymbole

■ Seit Juni gelten nicht nur EU-weit, sondern auch global neue Kennzeichnungen für gefährliche Stoffgemische, die zum Beispiel in Wasch- oder Reinigungsmitteln enthalten sind. Die rot-weißen Symbole weisen aus, ob die Produkte gefährlich für die Umwelt oder menschliche Gesundheit sein können. Grundlage für die Kennzeichnung ist die EU-Verordnung über Einstufung, Kennzeichnung und Verpackung von Stoffen und Gemischen (CLP-Verordnung), die nun den Ansatz der Vereinten Nationen zur weltweiten Gefahrenklassifizierung und Kennzeichnung von Chemikalien in Europa umsetzt.

Zudem trat die europäische Richtlinie Seveso III zum Schutz vor Unfällen mit Chemikalien und anderen gefährlichen Stoffen Anfang Juni in Kraft. Die Auflistung der Stoffe wurde an die Anforderungen der CLP-Verordnung angeglichen. Betreiber von über 10.000 Anlagen müssen nun bis Juni 2016 Unfallvermeidungsmaßnahmen vorbereiten sowie bei hoher eingesetzter Chemikalienmenge Sicherheitsberichte und Notfallpläne einreichen. [es]

- www.umweltbundesamt.de/themen/einheitliche-symbole-warnen-seit-16-vor
- www.ec.europa.eu/environment/seveso/legislation.htm

Chemie in Textilien

Giftfreie Alternativen gesucht

■ Die Deutsche Bundesstiftung Umwelt (DBU) fördert ein Forschungsprojekt zur Untersuchung von Umweltgefahren durch Chemikalien bei Outdoortextilien und

möglichen Alternativen. Dadurch sollen HerstellerInnen wissenschaftlich belegbare Entscheidungskriterien bekommen. Bisher produzieren sie schmutzabweisende, waserdichte und atmungsaktive Kleidung oft mithilfe von Fluorkohlenstoffverbindungen. Viele dieser Stoffe sind giftig, schwer abbaubar und reichern sich in Organismen an. Die Alternativchemikalien sollen imprägnierend wirken und sowohl umwelt- als auch gesundheitsverträglich sein.

Die Untersuchungen der einzelnen Substanzen auf ihre Gefahrenpotenziale finden am Zentrum für Umweltforschung und nachhaltige Technologien (UFT) der Universität Bremen statt. Dem DBU-Referatsleiter für Umweltchemie Maximilian Hempel zufolge kann das Projekt die Umwelt erheblich entlasten, indem der Anteil von giftigen Chemikalien aus der Kleidung vermindert wird. [jb]

- www.dbu.de/123artikel36120_335.html

Schifffahrt

Verschmutzte Luft in Häfen

■ Ungefilterte Schiffsabgase sind höchst gefährlich für die menschliche Gesundheit und die Umwelt. Das haben WissenschaftlerInnen aus Rostock erneut in einer internationalen Studie bestätigt. Zudem gibt der NABU Empfehlungen, wie die Luftverschmutzung durch Schiffe eingedämmt werden kann.

Bemerkenswert bei der Studie ist, dass die WissenschaftlerInnen nachweisen, dass die Feinstaubemissionen nicht nur bei dem Einsatz des giftigen Schweröls, sondern auch des Schiffsdiesels extrem gesundheitsbelastend sind. Besonders KüstenbewohnerInnen weltweit sind von den Auswirkungen wie schwerwiegenden Erkrankungen der Lunge und des Herzens betroffen.

„Die Studie zeigt, dass gerade Schweröl für hohe Konzentrationen an bekannten toxischen Substanzen wie Schwermetallen und Kohlenwasserstoffen in der Luft verantwortlich ist. Wir können die Empfehlung der Wissenschaftler, dringend saubere

Kraftstoffe und wirksame Abgastechnik zu verwenden, nur unterstreichen“, sagte Dietmar Oeliger, Verkehrsexperte des NABU.

Der NABU arbeitet bereits seit vielen Jahren zu den Folgen der Luftverschmutzung von Schiffen und organisiert seit 2012 in dem Projekt „Saubere Luft in Häfen“ internationale Stakeholder-Konferenzen. In einem am 1. Juni veröffentlichten internationalen Bericht geben der NABU und weitere ExpertInnen Handlungsempfehlungen zur Emissionsreduktion von Schiffen. Dazu zählt zum Beispiel der Einsatz eines Rußpartikelfilters. [es]

- Studie: <http://journals.plos.org/plosone/article?id=10.1371/journal.pone.0126536>
- www.nabu.de/umwelt-und-ressourcen/verkehr/schifffahrt/haefen/18960.html

GLOBALISIERUNG & EINE WELT

SDGs

Entwicklungsziele mit Platzhaltern

■ Anfang Juni haben die UN-Staaten ihren Entwurf für die Liste der Ziele für eine nachhaltige Entwicklung, die Sustainable Development Goals (SDGs), präsentiert. Sie umfasst auf 21 Seiten 17 Hauptziele mit je etwa 10 Unterzielen, die die Staaten bis 2030 erreichen wollen.

Sie umfassen unter anderem Gesundheit, Bildung und Gleichberechtigung der Geschlechter sowie die Abschaffung von Armut und Hunger. Zugang zu Wasser und sauberer Energie, nachhaltiges Wirtschaftswachstum, nachhaltige Industrialisierung und mehr Gleichheit in und zwischen den Staaten sind auch Teil der angestrebten Zukunft. Im September will die UN-Vollversammlung sie im Anschluss an die bis 2015 geltenden Millenniumsziele beschließen. Bis dahin müssen aber noch einige Platzhalter in dem Entwurf mit konkreten Daten gefüllt werden. [as]

- www.sustainabledevelopment.un.org/focussdgs

Nachhaltigkeit

RNE empfiehlt Kurskorrektur

■ Der Rat für nachhaltige Entwicklung (RNE) hat sich in einer Empfehlung an die Bundesregierung für eine Neugestaltung der globalen und nationalen Verantwortung zur Nachhaltigkeit ausgesprochen. Die deutsche Nachhaltigkeitsstrategie sei als Instrument zur Umsetzung globaler Ziele zwar geeignet, jedoch müsse sie wirkungsvoller werden und ökologische, ökonomische und soziale Nachhaltigkeit fokussieren. Dazu solle Nachhaltigkeit im Grundgesetz verankert und die Koordination innerhalb der Bundesregierung und zwischen den Ländern verbessert werden. Die Erreichung nationaler Ziele sei für die internationale Handlungsebene entscheidend. [as]

► www.nachhaltigkeitsrat.de/presseinformationen/pressemitteilungen/sdg-05-06-2015/

Ausführliche Berichte und Hintergrundinformationen über Globalisierung & Eine Welt lesen Sie im vierteljährlichen Rundbrief des Forums Umwelt und Entwicklung: www.forumue.de

KLIMA & ENERGIE

G7-Treffen

Paris überschattete Elmau

■ Die Staats- und Regierungschefs der sieben reichen Industrienationen haben sich Anfang Juni im bayerischen Elmau für mehr Klimaschutz ausgesprochen. Mit Blick auf die UN-Klimaverhandlung Ende des Jahres in Paris bekräftigen die VertreterInnen der G7-Staaten ihre Zusage, 100 Milliarden Dollar pro Jahr ab 2020 in einen Fonds einzuzahlen und die Dekarbonisierung der Weltwirtschaft bis Ende des Jahrhunderts zu erreichen.

In Elmau wurde überdies betont, das Zwei-Grad-Limit der Erderwärmung einzuhalten. Die Treibhausgase sollen bis Ende des Jahrhunderts auf null gesenkt

G7-Gegengipfel für alternative Weltordnung

Die Macht in der neoliberalen Politik- und Wirtschaftsordnung hat die Industrie, sagt Marie-Luise Abshagen vom Forum Umwelt & Entwicklung.

2015 hat Deutschland die G7-Präsidentschaft inne. Auf dem Gipfel im Schloss Elmau in Bayern ging es neben Weltwirtschaft und Außenpolitik unter anderem auch um Standards in Lieferketten, die Stärkung von Frauen sowie Ressourceneffizienz. Direkt vor dem Gipfel veranstalteten zahlreiche NGOs, soziale Bewegungen und eine politische Stiftung einen G7-Gegengipfel. Gemeinsam diskutierten die TeilnehmerInnen über Alternativen für eine solidarische, friedliche und ökologische Welt.

Mit 1.000 TeilnehmerInnen kamen auf dem Gipfel der Alternativen im München gut doppelt so viele Menschen wie angemeldet zusammen, um gemeinsam über die Alternativen zur herrschenden Politik der G7 zu diskutieren. Ob auf den Sitzplätzen, auf dem Fußboden im Saal oder in der Sonne vor dem Veranstaltungsraum, allen wurde bei den Reden der PanelistInnen schnell klar: Die Bestrebungen zur Wohlstandsschaffung durch die Regierungschefs der G7 richten sich lediglich auf die eigenen Länder.

Dabei hat die Welt eine alternative, solidarische Politik dringend nötig. Jayati Ghosh, Ökonomie-Professorin aus Indien und Exekutivsekretärin der International Development Associates, brachte die Lage der Welt mit eindringlichen Worten auf den Punkt. Ungleichheiten seien auf ein extremes Level angestiegen, Tendenz weiter steigend. Aus den Finanzkrisen der letzten Jahre hätten die Staatschefs nichts gelernt, der Finanzsektor sei im Gegenteil so stark wie nie. Dabei habe sich gezeigt, dass der uneingeschränkte Kapitalismus das Versprechen nach nachhaltiger Entwicklung nicht erfüllen könnte. Im Gegenteil, die Idee unseres derzeitigen Kapitalismusmodells läge nun mal im Verständnis, dass alle im Wettbewerb zueinander stünden, Zusammenarbeit sei somit gar nicht angelegt.

Ein düsteres Bild, das zeigt: Das System, welches die G7 uns und der Welt aufdrücken, schadet der Mehrheit der Menschen und der Ganzheit des Planeten. Schon jetzt erleben wir auch bei uns und weltweit ein „massives ökologisches und soziales Dumping“, sagte Hubert Weiger, Vorsitzender des BUND. Beim Klimaschutz beispielsweise, von vielen Seiten – auch

von NGOs – hochgelobtes Ergebnis des Gipfels ginge es der G7 gar nicht um konsequenten Klimaschutz oder den Schutz des Regenwaldes, sondern darum, selber auf die Auswirkungen des Klimawandels vorbereitet zu sein, warnte Tina Keller von Attac.

Gleichzeitig hat sich dieses System – nennen wir es die neoliberale Politik- und Wirtschaftsordnung – mittlerweile so gut wie weltweit etabliert. Und ob Staaten dort noch immer die Oberhand haben, ist längst nicht mehr sicher. Jean Ziegler, ehemaliger UN-Sonderberichterstatter für das Recht auf Nahrung, nannte die G7-Staatschefs abwechselnd „Ausführungsgehilfen“, „Befehlsempfänger“ oder „Handlanger“ und zeigte damit deutlich, welche Rolle er ihnen in der globalen Machtstruktur zuordnete. „Wenn jemand glaubt, dass in Elmau souveräne, unabhängige Staatschefs zusammenkommen, dann irrt er sich. Die Macht sitzt in Konzernetagen“, redete Ziegler Klartext.

Im Zentrum des Gipfels stand somit gleichzeitig insbesondere auch die Kritik an konkreten Politikmaßnahmen, die zur weltweiten Ungerechtigkeit beitragen und immer weiter ausgeweitet werden. Insbesondere das Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA (TTIP) gilt dabei als die Manifestation einer solchen Politik und die Wut hierüber durchzog wie ein roter Faden den Gegengipfel und die Demonstration in München. TTIP als Verkörperung einer machtgetriebenen, ungerechten und zerstörerischen Politik gegen BürgerInnen. G7 und TTIP war deshalb auch Thema auf der Anti-G7-Demo, auf der gut 40.000 TeilnehmerInnen ihren Unmut ausdrückten.

G7-Kritik ist also mittlerweile weit mehr als die Ablehnung einer Hintertürenpolitik oder der Dominanz des Westens. Es ist die konkrete Vereinigung von Kapitalismus- und Globalisierungskritik mit der Ablehnung einer Realpolitik von Freihandelsabkommen und Konzernmacht.

Marie-Luise Abshagen arbeitet als Referentin beim Forum Umwelt und Entwicklung vor allem zur Post-2015-Agenda.

werden. Dementsprechend soll die Energieversorgung umgestellt werden. Bis 2050 möchten die Staats- und Regierungschefs den Strommix verändern – weg von Kohle, Öl und Gas, hin zu den Erneuerbaren. 40 bis 70 Prozent der CO₂-Emissionen sollen bis zur Mitte des Jahrhunderts eingespart werden, im Vergleich zu 2010.

Mit Blick auf die deutsche Diskussion um die Einführung einer Sonderabgabe auf veraltete Kohlekraftwerke meint NABU-Präsident Olaf Tschimpke: „Angela Merkel hat auf internationaler Bühne ihre Rolle als Klimakanzlerin wieder angenommen und sich gegen den Widerstand ihrer Kollegen mit einem klaren Statement für den Klimaschutz durchgesetzt. Diese Rolle muss Kanzlerin Merkel nun national mit Glaubwürdigkeit füllen. Die Dekarbonisierung der Weltwirtschaft geht nur mit der naturverträglichen Energiewende und wenn die fossilen Energieträger im Boden bleiben. Deshalb wird es Zeit, dass sich Merkel in der Debatte um den Klimabeitrag hinter ihren Wirtschaftsminister stellt.“

Das Europäische Umweltbüro, der größte europäische Umweltdachverband, begrüßte die Entscheidungen in Elmau ebenfalls. Es sei ermutigend zu sehen, wie die EU demonstriert, welche positive Rolle die erneuerbaren Energien und Energieeffizienz in Europa spielen. Beim G7-Treffen wurden zudem sogenannte Klimaversiche-

rungen als unterstützendes Element zur Bekämpfung von Umweltkatastrophen aufgeführt. Arme Länder sollen sich auf diese Weise gegen Unwetter, Hochwasser und Sturmfluten absichern können. [mk]

- ▶ www.kurzlink.de/G7-Erklärung_2015
- ▶ www.kurzlink.de/NABU-PM_zu_G7
- ▶ www.kurzlink.de/EEB-PM_zu_G7 (engl.)

UN-Klimaverhandlungen

Post-Paris-Strategie verlangt

■ Mit Blick auf die Pariser Klimaverhandlungen der Vereinten Nationen Ende des Jahres, bereiten sich die Industrie- und Umweltausschüsse des Parlaments auf Verhandlungen nach Paris vor. In dem Berichtsentwurf von Anfang Juni fordern die beiden Ausschüsse eine Strategie für die Zeit nach der Pariser Klimakonferenz. Denn bei den UN-Klimaverhandlungen könnte es zu einer Diskrepanz zwischen der politischen Umsetzung der nationalen Ziele und den notwendigen Maßnahmen zur Einhaltung des Zwei-Grad-Ziels kommen. Wenn das passierte, müsste ein Arbeitsprogramm entworfen werden, welches bereits ab 2016 zusätzliche Reduktionsmaßnahmen definiert. Es müsste ein Überprüfungsprozess initiiert werden,

der alle fünf Jahre durchgeführt würde. Auf diese Weise könnte die Dynamik der beschlossenen Maßnahmen gewährleistet werden. [mk]

- ▶ www.kurzlink.de/Post-Paris-Entwurf

Bonner Klimakonferenz

Noch kein Vertragstext für Pariser UN-Verhandlung

■ Zehn Tage lang trafen sich Klimadiplomaten aus aller Welt in Bonn, um Anfang Juni einen Vertragstext für die UN-Klimaverhandlungen zu erstellen. Es war bereits die neunte Verhandlungsrunde.

Die Arbeitsgruppe um UN-Klimasekretariatschefin Christiana Figueres musste am Ende der zehntägigen Konferenz feststellen, dass weitere informelle Treffen der Klimadiplomaten notwendig seien. In Bonn ging es im Wesentlichen um Textarbeit. Für die 224 Paragrafenwünsche der Länder war jedoch nur eine Stunde Verhandlungszeit angesetzt. Christoph Bals, politischer Geschäftsführer der Entwicklungsorganisation Germanwatch, sagte gegenüber dem Informationsportal Klimaretter.info, dass pro Paragraf aber mindestens die zehnfache Verhandlungs-

Nachhaltigkeit

A-Z



W wie Wandel

Wir wissen es längst: Unter der trügerischen Vorstellung grenzenlosen Wachstums auf einem begrenzten Planeten haben wir viel zu lange über unsere Verhältnisse gelebt. Doch welche Möglichkeiten gibt es, unsere Zukunft aktiv zu gestalten? Antworten geben Autorinnen und Autoren aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Gesellschaft – darunter Jakob von Uexküll, Niko Paech, Christian Felber und Helena Norberg-Hodge. Sie zeigen, wie der Wandel möglich ist. Und dass er von vielen Menschen bereits gelebt wird.

S. Elsen, G. Reifer, A. Wild, E. Oberleiter (Hrsg.)
Die Kunst des Wandels
 Ansätze für die ökosoziale Transformation
 284 Seiten, broschiert, 24,95 Euro, 978-3-86581-658-0

Erhältlich bei
www.oekom.de
oekom@verlegerdienst.de

Die guten Seiten der Zukunft 

zeit notwendig sei und auch dann ein Einigungserfolg nicht garantiert gewesen wäre.

Bals zeigte sich dennoch zuversichtlich über die Bonner Verhandlungsrunde. Er gehe davon aus, dass es in den nächsten Wochen einen konsolidierten Text geben werde: „Damit zeichnet sich endlich mehr Tempo in den UN-Klimaverhandlungen ab. Zudem markiert dies den Übergang in politische Verhandlungen.“ [mk]

- ▶ www.germanwatch.org/de/10437
- ▶ www.klimaretter.info/bonn-2015/hintergrund/18982-der-grosse-streich-kommt-noch

Umweltministerkonferenz

Gegen den Kohlestrom

■ Die UmweltministerInnen aller 16 Bundesländer und Bundesumweltministerin Barbara Hendricks trafen sich Ende Mai im bayerischen Kloster Banz, um unter anderem über den internationalen Klimaschutz zu sprechen – im Speziellen über die zukünftige Stromgewinnung.

Die Stromgewinnung brauche eine neue Struktur, um eine signifikante Einsparung beim CO₂-Ausstoß erbringen zu können. Die Mitglieder der Fachministerkonferenz forderten daher den Einstieg in den Ausstieg aus der Kohleverstromung. Die bayerische Umweltministerin Ulrike Scharf nannte das Brennmaterial denn auch den „Klimakiller Nummer eins“. [mk]

- ▶ www.umweltministerkonferenz.de/Presse.html

Atomkraft

Brennelemente bleiben besteuert

■ Nach dem Urteil des Europäischen Gerichtshofs von Anfang Juni müssen die deutschen Energiekonzerne weiterhin eine Abgabe an den deutschen Fiskus zahlen. Die Atomkraftwerksbetreiber EON und RWE hatten gegen die Kernbrennstoffsteuer geklagt. Aus ihrer Sicht sei es nicht rech-

tens, Steuern für den Betrieb eines Atomkraftwerks zu bezahlen. Im speziellen Fall ging es um das AKW Lingen im Emsland.

Laut EU-Recht ist eine Abgabe auf Produkte, die der Energieerzeugung dienen, nicht zulässig. Die einzige Ausnahme bildet die Umsatzsteuer. Dennoch ist die Brennelementesteuer rechtmäßig, da die spezifischen Kernbrennstoffe nicht auf der Liste der Energieerzeugungsprodukte stehen (Aktenzeichen C-5/14). Mit europäischem Recht ist die AKW-Steuer kompatibel. Nun gilt es noch vor dem Bundesverfassungsgericht zu klären, ob die Steuer mit dem deutschen Grundgesetz vereinbar ist. Ein Urteil wird im Laufe des Jahres erwartet. Dem deutschen Fiskus kommen jedenfalls jährliche Mehreinnahmen von über einer Milliarde Euro zugute. [mk]

- ▶ www.kurzlink.de/AKW-Steuer-Urteil

Europäischer Emissionshandel

Subvention für Carbon Leakage

■ Die EU-Kommission plant, Subventionen an die Industrie im Rahmen des Europäischen Emissionshandels (ETS) nach 2020 auf 150 Milliarden Euro zu erhöhen. Das geht aus einem inoffiziell veröffentlichten Dokument hervor. Grund dafür sind Befürchtungen der Industrie, in ihrer Wettbewerbsfähigkeit benachteiligt zu werden.

Laut der geleakten Folgenabschätzung wird es in der Periode des Emissionshandels von 2021 bis 2030 6,3 Milliarden freie Emissionszertifikate geben, die an die Teile der Industrie verteilt werden könnten, bei denen das Risiko von „Carbon Leakage“ besteht. „Carbon Leakage“ beschreibt die Situation, wenn Unternehmen ihre Produktion aufgrund von stringenter Klimapolitik ins Ausland verlegen. Tatsache ist jedoch, dass 40 Prozent der globalen Wirtschaft bereits von ähnlichen Systemen wie dem Europäischen Emissionshandel abgedeckt sind und eine Bepreisung von Kohlenstoff besteht. Daher verringert sich das Risiko von „Carbon Leakage“.

Carbon Market Watch kritisiert diesen Ansatz, da so ein falsches Signal vor den

internationalen Klimaverhandlungen in Paris im Dezember gesetzt werde. Außerdem gingen die Pläne der EU-Kommission von einem negativen Ergebnis der Klimaverhandlungen im Dezember aus. Das geleakte Dokument bereitet die Reform des ETS für den Zeitraum von 2021 bis 2030 vor. In der Folgenabschätzung selbst wird jedoch kein Risiko für „Carbon Leakage“ benannt. Ein Entwurf für die Reform des ETS wird im September erwartet. [lr]

- ▶ www.carbonmarketwatch.org/news/milking-it-the-carbon-leakage-argument-one-last-time
- ▶ www.changepartnership.org/wp-content/uploads/2014/03/150524-IA-ETS.pdf

Energieunion

Falscher Fokus?

■ Bei einem Treffen in Brüssel Anfang Juni benannten die EnergieministerInnen der EU einheimische Ressourcen als eines der Hauptinstrumente zur Förderung der Europäischen Energieversorgungssicherheit. Das bedeutet, sich auf den Ausbau von Schiefergas und Kohle innerhalb Europas zu konzentrieren. Die Ausrichtung der Europäischen Strategie zur Energiesicherheit auf einheimische Ressourcen steht im Widerspruch zu den weiteren Zielen der Energieunion: die Förderung von Energieeffizienz auf dem Weg zu einer kohlenstoffarmen Wirtschaft.

Die Nichtregierungsorganisation CAN Europe kritisierte die Positionierung der EnergieministerInnen scharf. Kohle und Schiefergas als Lösung der europäischen Energieabhängigkeit sei falsch. Das momentan größte Problem der europäischen Versorgungssicherheit hänge mit der Abhängigkeit von russischem Gas zusammen und betreffe hauptsächlich den Wärmesektor. Daher müsste der Fokus auf Energieeffizienz liegen, anstatt auf einen Ausbau indigener Ressourcen zu setzen, sagte Jean-François Fauconnier, verantwortlich für erneuerbare Energien bei CAN Europe. [lr]

- ▶ www.kurzlink.de/can-pm-energiemin
- ▶ www.consilium.europa.eu/en/meetings/tte/2015/06/08/

Nachhaltigkeit

A-Z



W wie Wertschätzung

Mehr als die Hälfte der Menschheit wohnt heute schon in Städten. Unser Leben konzentriert sich stark auf »unseren« Stadtteil. Doch Politik und Verwaltung haben sich von dort weitgehend zurückgezogen – eine Ursache für Entpolitisierung und Wutbürgertum. Dieses Plädoyer für ein Comeback von Stadtteilen hilft Bürgern, Politik, Wirtschaft und Wissenschaft Stadtteile und Städte zukunftsfähig zu gestalten – und sie international miteinander zu vergleichen.

H. C. M. Tiddens
Wurzeln für die lebende Stadt
 Wie wir die Eigenverantwortung von Stadtteilen stärken können und warum diese mehr Wertschätzung verdienen

232 Seiten, broschiert, 29,95 Euro,
 ISBN 978-3-86581-468-5

Erhältlich bei
www.oekom.de
oekom@verlegerdienst.de


 Die guten Seiten der Zukunft

Erneuerbare Energien I

Zahl der Ziele wächst

■ Mittlerweile haben 164 Staaten weltweit Ziele für erneuerbare Energien gesetzt. Das geht aus einem im Juni veröffentlichten Bericht der Internationalen Agentur für Erneuerbare Energien (IRENA) hervor. 2005 waren es nur 43 Staaten. Entwicklungs- und Schwellenländer stellen die Mehrheit mit 131 der 164 Staaten. Der Fokus der Erneuerbaren-Ziele liegt bisher noch auf dem Stromsektor. Ziele in den Bereichen Wärme und Verkehr sind seltener anzutreffen. Der IRENA-Bericht beleuchtet die unterschiedlichen Zielsetzungen im Bereich der erneuerbaren Energien und bietet einen Überblick über die globale Diversität des Sektors. [lr]

► irena.org/DocumentDownloads/Publications/IRENA_RE_Target_Setting_2015.pdf

Erneuerbare Energien II

EU-Ziele allein reichen nicht

■ Das Climate Action Network Europe (CAN) hat gemeinsam mit Greenpeace und dem WWF ein Positionspapier veröffentlicht, in dem es einen starken Umsetzungsrahmen für das Ausbauziel der erneuerbaren Energien bis 2030 in der EU fordert.

Ein EU-weites Ziel allein reiche nicht aus, nun müsse es auf die nationale Ebene heruntergebrochen werden. Die Umweltschutzorganisationen fordern hier vor allem einen verbindlichen Rechtsrahmen, der ein Erreichen des Ziels für den Anteil erneuerbarer Energien am Gesamtenergieverbrauch bis 2030 von 27 Prozent überhaupt möglich macht. „Um die Mitgliedsländer bei der Stange zu halten, ist eine verbindliche gesetzliche Regelung mit klaren Zielvorgaben die Grundvoraussetzung“, sagte Juliette de Grandpré vom WWF Deutschland.

Voraussetzung für die Erreichung des 2030-Ziels ist eine erfolgreiche Umsetzung des 2020-Ziels für erneuerbare Energien, den Anteil am Bruttoendenergieverbrauch auf 20 Prozent zu erhöhen. Für dieses Ziel gibt es bereits nationale Umsetzungsmechanismen.

In einem Mitte Juni veröffentlichten Fortschrittsbericht zu den Erneuerbaren-Zielen für 2020 bewertet die EU-Kommission die bisherige Leistung der Mitgliedstaaten. 25 der 28 EU-Mitgliedstaaten werden ihre nationalen Ziele für 2013 und 2014 erreichen. Allein Großbritannien, die Niederlande und Luxemburg hinken hinterher. Insgesamt sei die EU jedoch auf einem guten Weg, das Ziel für 2020 zu erreichen, so die Kommission. [lr]

► Fortschrittsbericht der EU-Kommission:
[www.europa.eu/rapid\(Search:IP/15/5180\)](http://www.europa.eu/rapid(Search:IP/15/5180))
 ► www.kurzlink.de/2030governance

Energiewende

Deutschland darf nicht einschlafen

■ Aus einer Studie des Bundesverbands Erneuerbarer Energien (BEE) geht hervor, dass Deutschland seiner Vorreiterrolle in der Energiewende nicht in allen Punkten gerecht wird. Der Umbau des Energiesystems im Stromsektor laufe nach Plan, die Bereiche Gebäudeheizung, Verkehr und Energieeffizienz benötigten jedoch noch weitaus drastischere Maßnahmen, um die von der Bundesregierung gesetzten Ziele zu erreichen. So sollen die CO₂-Emissionen im Jahr 2050 80 bis 95 Prozent unter denen im Jahr 1990 liegen. Doch bereits das Zwischenziel einer Reduktion von 40 Prozent bis 2020 werde um vier Prozentpunkte verfehlt, so Joachim Nitsch, Autor der Studie.

In einer weiteren Studie bewertet die Entwicklungsorganisation Germanwatch die Energiewende auf globaler Ebene. Hier wird die Situation besser eingeschätzt. Es sei noch nicht zu spät, die richtigen Maßnahmen zu ergreifen um die Erderwärmung unter zwei Grad bis 2050 zu halten. Doch jetzt zu handeln sei absolut notwendig, so Germanwatch. [lr]

► www.klimaretter.info/energie/hintergrund/18882-energiewende-bislang-leider-nur-light
 ► www.germanwatch.org/de/10370

Kohlekraft I

Klimaabgabe auf Eis

■ Die Bundesregierung hat verkündet, dass die von Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel vorgeschlagene Klimaabgabe für Kohlekraftwerke zunächst auf Eis liegt. Die geplanten Einsparungen von 22 Millionen Tonnen CO₂ sollen stattdessen mit einer stärkeren Förderung von Kraft-Wärme-Kopplung und Heizungsmodernisierungen erreicht werden. Laut Medienberichten boten die Versorger an, einige Braunkohleblöcke freiwillig abzuschalten. Die Entscheidung der Bundesregierung geht jedoch auf den Druck von ebendieser Industrie und Gewerkschaften zurück. Gabriels Plan sah vor, eine Klimaabgabe für alte Kohlekraftwerke zu erheben, und somit einen Beitrag zum Klimaziel zu leisten. Nach aktuellem Stand kann das deutsche Ziel, die CO₂-Emissionen bis 2020 um 40 Prozent gegenüber 1990 zu senken, noch nicht erreicht werden. [lr]

► www.kurzlink.de/euractiv-klimaabgabe

Kohlekraft II

Kohleatlas veröffentlicht

■ Der BUND hat im Juni gemeinsam mit der Heinrich-Böll-Stiftung einen internationalen Kohleatlas veröffentlicht. Der Atlas gibt Informationen über die Herkunft der Kohle, warum sie klimaschädlich ist, wo ihre größten Reserven liegen und wer am meisten davon profitiert. Er befasst sich außerdem mit der weltweiten Finanzierung und Subventionierung von Kohle und weist auch Alternativen auf.

Ralf Fücks, der Vorstand der Heinrich-Böll-Stiftung sagte dazu: „Mit über 350 Milliarden Euro wurde das Geschäft mit der Kohle hierzulande seit 1950 staatlich subventioniert. Deutschland ist Weltmeister bei der Förderung von Braunkohle. Dabei wissen wir längst: Das Kohle-Zeitalter geht zu Ende, aus klimapolitischen, gesundheitlichen und auch aus wirtschaftlichen Gründen. Wir stehen an der Schwelle zu einer globalen Energiewende.“

Die Energie von morgen kommt aus erneuerbaren Quellen, aus emissionsfreien Kraftwerken mit Brennstoffkosten nahe null. Der schrittweise Kohleausstieg ebnet den Weg in eine postfossile Wirtschaft.“ Die Publikation ist auf den Internetseiten der beiden Organisationen erhältlich. [lr]

- www.boell.de/kohleatlas
- www.bund.net/kohleatlas

Fracking

Gesetz bleibt umstritten

■ Bei einer öffentlichen Anhörung des Umweltausschusses zum geplanten Frackinggesetz Anfang Juni trafen unterschiedliche Meinungen aufeinander. So begrüßten etwa Vertreter des Verbandes kommunaler Unternehmen, des Bundesverbandes der Energie- und Wasserwirtschaft sowie der Deutschen Akademie der Technikwissenschaft die Vorschläge der Bundesregierung, die Technologie zuzulassen. Sie sahen jedoch noch viel Raum für Verbesserungen. Experten des NABU und der Deutschen Umwelthilfe forderten ein generelles Verbot des unkonventionellen Frackings oberhalb von 3000 Metern und strengere Regeln für konventionelles Fracking. Oliver Kalusch vom Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz ging noch einen Schritt weiter und forderte ein ausnahmsloses Frackingverbot in Deutschland: „Bei Fracking handelt es sich um eine nicht beherrschbare Risikotechnik mit erheblichen Auswirkungen auf die Umwelt.“

Ebenfalls umstritten ist die im Gesetz verankerte Expertenkommission, die die Entscheidungsmacht über Frackingprojekte erhalten soll. In einem Gutachten befand der Rechtsprofessor Volker Boehme-Neßler der Universität Oldenburg die Expertenkommission für verfassungswidrig: „Entscheidungen über die Anwendung von Frackingtechnologien müssen in letzter Instanz von staatlichen Akteuren getroffen werden.“ [lr]

- www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2015/kw24_pa_umwelt_fracking/375218
- www.kurzlink.de/sz-fracking

KONSUM, GESUNDHEIT & VERBRAUCHERSCHUTZ

Lebensmittelkennzeichnung

EU-Gericht für klare Etikette

■ Lebensmittel dürfen durch Angaben auf der Verpackung, Aufmachung und Bewerbung nicht den Eindruck erwecken, dass eine bestimmte Zutat enthalten ist, obwohl diese nicht vorhanden ist. Das hat der Gerichtshof der EU (EuGH) im Juni entschieden. Der Bundesgerichtshof (BGH) hatte dem EuGH die Grundsatzfrage nach einer Klage des Verbraucherzentrale Bundesverbands (Vzvb) gegen die Firma Teekanne vorgelegt. Der Teehersteller hatte auf einem Kinderfrüchtetee mit Himbeeren und Vanille geworben. Im Tee gab es aber weder Spuren von Himbeere noch von Vanille.

„Die Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs ist ein deutliches und längst überfälliges Signal für die Lebensmittelwirtschaft: Was draufsteht, muss auch drin sein. Verbraucher dürfen durch Bilder und Begriffe nicht in die Irre geführt werden“, sagt Klaus Müller, Vorstand des Vzvb. Die Luxemburger Richter stellten klar, dass auch ein richtiges und vollständiges Zutatenverzeichnis nicht ausreicht, einen falschen oder missverständlichen Eindruck zu berichtigen, der sich aus der sonstigen Etikettierung der Verpackung ergibt.

Einkaufsentscheidungen werden maßgeblich durch Bilder und Begriffe auf Lebensmittelverpackungen beeinflusst, wie eine repräsentative Studie der Agrifood Consulting GmbH und der Universität Göttingen (2013) gezeigt hat. Rund 71 Prozent der Befragten verstehen eine Teeverpackung mit naturgetreuen Abbildungen von Früchten so, dass auch das entsprechende Fruchtaroma enthalten ist. 68 Prozent gehen sogar davon aus, dass die Früchte als tatsächliche Zutat enthalten sind. Der BGH wird das Verfahren nun wiederaufnehmen. [mbu]

- Mitteilung EuGH zum Urteil: www.curia.europa.eu/jcms/jcms/Jo2_16799
- Urteil in der Rechtssache vzvb gegen Teekanne: www.kurzlink.de/eugh-teezutat06.2015
- www.vzvb.de

Nahrungsverarbeitung

Gefährliche Knusperkruste

■ Acrylamid in Lebensmitteln kann das Krebsrisiko für Verbraucher erhöhen. Das wurde im Juni in einem aktuellen wissenschaftlichen Gutachten der Europäischen Lebensmittelbehörde (EFSA) bestätigt. Die EFSA hatte vorhandene Erkenntnisse ausgewertet und dabei auch neue Studien, auf die sie während einer öffentlichen Konsultation gestoßen ist, in das jetzige Gutachten einfließen lassen. Demnach zeigten Tierstudien, dass Acrylamid krebserregend und erbgutschädigend ist. Der chemische Stoff entsteht in stärkehaltigen Lebensmitteln, wenn diese bei hohen Temperaturen über 120 Grad Celsius gebacken, gebraten, geröstet oder frittiert werden. Kaffee, Kekse, Pommes frites gehören ebenso zu den betroffenen Nahrungsmitteln wie Toast- oder Knäckebrötchen.

Laut der Verbraucherorganisation Foodwatch lässt sich der Acrylamidgehalt durch eine Umstellung der Produktion deutlich senken. Daher fordert die Organisation, dass sich alle Hersteller von Lebensmitteln, in denen sich Acrylamid bildet, an der guten Herstellungspraxis zur Vermeidung von Acrylamidkontaminationen orientieren sollen. Das Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL) müsse endlich seine Testergebnisse veröffentlichen. Verbraucher hätten ein Recht darauf zu wissen, welches Produkt in welcher Höhe belastet ist. Zudem solle auf Verpackungen der Acrylamidgehalt angegeben werden. [mbu]

- ▶ www.efsa.europa.eu/de/efsajournal/pub/4104
- ▶ www.efsa.europa.eu/de/supporting/pub/817e
- ▶ www.foodwatch.org/de/informieren/acrylamid/mehr-zum-thema/foodwatch-forderungen

Faire Produktion

Textilien müssen umweltfreundlicher werden

■ Anfang Juni sind mehrere große Textilhersteller dem Bündnis für nachhaltige Textilien beigetreten. Bundesentwicklungsminister Gerd Müller hatte im vergangenen

Jahr das Bündnis ins Leben gerufen, um die schwierigen Arbeitsbedingungen in den Ländern zu verbessern, in denen produziert wird. Anlass war die Katastrophe in einer Textilfabrik in Bangladesch gewesen, bei der im April 2013 mehr als tausend Menschen ums Leben gekommen waren. Zu den Neumitgliedern im Bündnis gehören unter anderem Firmen wie C&A, H&M, Aldi, Adidas oder Kik. Ziel des Bündnisses ist es, die sozialen und ökologischen Bedingungen bei der Herstellung von Textilien nachhaltig zu verbessern.

Umwelt- und Verbraucherorganisationen warfen der Textilindustrie vor, die Ziele verwässert zu haben. Minister Müller hatte ursprünglich geplant, bis 2020 alle gesundheits- und umweltschädlichen Chemikalien aus der Textilherstellung zu verbannen und faire Löhne sowie Sozialleistungen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer einzuführen. Das Bündnis funktioniert allerdings nur mit freiwilliger Selbstverpflichtung. Damit Textilhersteller künftig besser über Alternativen zu umweltschädlicher Produktion informiert sind, fördert die Deutsche Bundesstiftung Umwelt (DBU) ein Forschungsprojekt der Uni Bremen. Die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler ermitteln die Umweltgefahren von Outdoorbekleidung und testen umweltverträgliche Alternativen. [mbu]

- ▶ Liste der Mitglieder im Textilbündnis: www.textilbuendnis.com/index.php/de/startseite/liste-der-mitglieder
- ▶ www.dbu.de

LANDWIRTSCHAFT & GENTECHNIK

EU-Agrarsubventionen

Empfänger 2014 online

■ Wer erhält wie viel Beihilfen aus dem Agrarbudget der Europäischen Union? Seit dem 1. Juni sind die entsprechenden Daten für das Wirtschaftsjahr 2014 öffentlich zugänglich. Jeder Mitgliedstaat informiert auf einer eigenen Website.

Auf der Homepage der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung sind die Empfänger in Deutschland aufgelistet, die 2014 mehr als eine Million Euro Direktzahlungen aus Brüssel erhielten. Die höchsten Summen flossen an Großbetriebe im Osten Deutschlands. Den größten Anteil machen dabei die Direktzahlungen aus, die 2014 noch nach der bewirtschafteten Fläche errechnet wurden. Ab 2015 greift die EU-Agrarreform. Dann sollen diejenigen Landwirte und Unternehmen etwas mehr Geld bekommen, die Umweltmaßnahmen ergriffen haben.

2014 flossen zweistellige Millionenbeträge in den Küstenschutz, der zu den Agrarfördermaßnahmen zählt. Den größten Batzen daraus strich mit 20 Millionen Euro der Landesbetrieb für Hochwasserschutz und Wasserwirtschaft in Magdeburg ein. In Deutschland stehen für die Agrarförderung von 2014 bis 2020 jährlich etwa 6,2 Milliarden Euro zur Verfügung. Insgesamt macht das Agrarbudget der EU gut 40 Prozent des gesamten EU-Haushaltes aus. Der Anteil soll in den kommenden fünf Jahren auf etwa 35 Prozent sinken.

Nach jahrelanger Diskussion über Transparenz müssen nach EU-Vorgaben nun folgende Informationen veröffentlicht werden: Name des Empfängers (Ausnahmen bei sehr geringen Beträgen), die Gemeinde, in der der Begünstigte wohnt oder eingetragen ist, eine Aufschlüsselung der Zahlungsbeträge für jede einzelne Maßnahme sowie die Summe dieser Beträge pro Haushaltsjahr und eine Beschreibung der aus den EU-Fonds finanzierten Projekte. [mbu]

- ▶ www.agrar-fischerei-zahlungen.de
- ▶ www.ec.europa.eu/agriculture/cap-funding/beneficiaries/shared

Ökolandbau

Bioprodukte bescheren Bauern weltweit Gewinne

■ Global betrachtet kann die ökologische Landwirtschaft mehr Geld einbringen als die konventionelle. Das ist das Ergebnis einer internationalen Übersichtsstudie der

Washington State University, Deutschland gehört nicht zu den untersuchten Ländern.

Die US-amerikanischen Forscher ver- glichen Medienberichten zufolge 44 Stud- ien, die analysiert hatten, wie sich die Erträ- ge ökologischer und konventioneller Be- triebe in 14 Ländern über einen Zeitraum von 40 Jahren entwickelten. Demnach ist der Gewinn der Biolandwirte um bis zu 35 Prozent höher als der von herkömmlich wirtschaftenden Bauern. Höhere Preise für Ökolebensmittel würden geringere Erträge ausgleichen, heißt es in der Studie. Produk- te aus ökologischer Bewirtschaftung waren im Untersuchungszeitraum im Schnitt um bis zu 32 Prozent teurer als herkömmlich erzeugte. Zurzeit wird weltweit gut ein Prozent der Ackerflächen ökologisch be- wirtschaftet. Ob sich dieser Anteil erhöht, hänge davon ab, ob ökologische Landwirt- schaft wettbewerbsfähig sei, schrieben die Wissenschaftler.

Das EU-Parlament sprach sich im April dafür aus, Methoden nachhaltiger Landwirt- schaft zu fördern. Derzeit wird die EU-Öko- verordnung reformiert. Die Abgeordneten im EU-Agrarausschuss stimmten im März gegen den Vorschlag der EU-Kommission für eine neue EU-Ökoverordnung. Beson- ders umstritten sind Grenzwerte für Pesti- zide speziell in Bioprodukten. Das lehnt der Agrarausschuss ab. Ein solcher Grenzwert erschwere genau denjenigen die Arbeit,

die keine Pestizide einsetzen, sagte Martin Häusling, der zuständige Berichterstatter im EU-Parlament. Im Mai stellte er seinen alternativen Entwurf für eine Ökoverord- nung vor. Um Änderungen ergänzt, steht der Vorschlag in diesem Monat wieder auf der Tagesordnung des Agrarausschusses. [mbu]

- ▶ Studie Washington State University: www.pnas.org/content/early/2015/05/27/1423674112.abstract
- ▶ Zum Berichtsentwurf EU-Ökoverordnung Häus- ling: www.kurzlink.de/oeko-vo-entwurf-ep15

Patentrecht

Zahlreiche Patente auf Gemüse geplant

■ Das internationale Bündnis „Keine Pa- tente auf Saatgut!“ hat an die europäischen Regierungen appelliert, die bestehenden Verbote der Patentgesetze zu stärken. Da- durch soll gewährleistet werden, dass die Patentvergabe auf Pflanzen und Tiere, die aus konventioneller Zucht stammen, voll- ständig verboten wird.

Hintergrund ist eine Recherche von „Keine Patente auf Saatgut!“, wonach das Europäische Patentamt (EPA) demnächst 30 Patente auf Pflanzen aus konventioneller

Züchtung an Monsanto und Tochterfirmen des Konzerns erteilen will. Dabei hande- le es sich auch um Gemüse wie Tomaten, Paprika, Blumenkohl, Karotten und Salat.

Einige europäische Länder, darunter Deutschland und die Niederlande, verbie- ten bereits Patente auf Pflanzen und Tiere, die aus konventioneller Zucht stammen. Im März hatte allerdings die Große Be- schwerdekammer des Europäischen Pa- tentamts im Fall von Patenten auf Brokko- li- und Tomatenzüchtungen entschieden, dass solche Pflanzen aus gewöhnlicher Zucht als „geistiges Eigentum“ anerkannt werden können.

Das Patentamt ist keine EU-Institution. Es wird getragen von den Mitgliedstaaten des Europäischen Patentabkommens, da- runter Deutschland. Die Bundesregierung steht Patenten auf Pflanzen und Tiere kri- tisch gegenüber. So wurde 2013 das deut- sche Patentgesetz geändert, „um klarzustel- len, dass auch durch herkömmliche Züch- tungsverfahren gewonnene Pflanzen und Tiere von der Patentierbarkeit ausgeschlos- sen sind“, heißt es im jüngsten Agrarpoliti- schen Bericht der Bundesregierung. [mbu]

- ▶ www.no-patents-on-seeds.org/de/aktion/keine-patente-pflanzen-tiere
- ▶ Agrarpolitischer Bericht Bundesregierung 2015: www.bmelv-statistik.de/de/agrarbericht-daten-und-fakten

UNDISZIPLINIERT!

FORSCHUNG OHNE FACHGRENZEN

GAIA – ÖKOLOGISCHE PERSPEKTIVEN
FÜR WISSENSCHAFT UND GESELLSCHAFT

ist eine transdisziplinäre Zeitschrift für Wissenschaftler und
Wissenschaftsinteressierte, die sich mit Hintergründen, Analysen
und Lösungen von Umwelt- und Nachhaltigkeitsproblemen befassen.
MIT PEER REVIEW

Sichern Sie sich Ihr Probeabo! Zwei Ausgaben für
nur 29,50 Euro statt 54,60 Euro!

Bestellung an abo@oekom.de / www.gaia-online.net



■ SUSTAINABLE LAND USE
 ■ HIGHLY CONTROVERSIAL: THE REBOUND EFFECT
 ■ WISSENSCHAFT IM ANTHROPOZÄN



Genpflanzen und Pflanzengift

Globale Proteste gegen Gen-Saatgut und Glyphosat

■ Weltweit haben Ende Mai Menschen gegen gentechnisch verändertes Saatgut und den Einsatz von Glyphosat demonstriert. Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) hatte das Herbizid vor Kurzem als „wahrscheinlich krebserregend“ eingestuft.

Der internationale Markt für Saatgut wird mittlerweile von weniger als zehn Konzernen bestimmt, berichtet die Kampagne Meine Landwirtschaft. Das hat erheblichen Einfluss auf die weltweite Nahrungsmittelproduktion. Denn Landwirte werden abhängig von diesen Konzernen, da sie jedes Jahr ihr Saatgut neu kaufen und dafür häufig Pflanzenschutzmittel verwenden müssen. Diese Ackergifte werden meist von denselben Konzernen hergestellt, die auch das Saatgut verkaufen.

Der Grünen-Europaabgeordnete Martin Häusling forderte unterdessen die EU auf, den Glyphosat-Bericht des deutschen Bundesinstituts für Risikobewertung (BfR) zurückzuweisen. Das BfR bezeichnet das Herbizid als nicht gesundheitsgefährdend. Ohne Berücksichtigung der Aussagen und Bedenken der Krebsforschungsagentur der WHO, die Glyphosat nach der Begutachtung verschiedener Studien als wahrscheinlich krebserregend einstuft, könnten die maßgeblichen EU-Instanzen sich kein wirkliches Bild über die von dem Wirkstoff ausgehenden Gefahren machen, sagte Häusling.

Nach dem Baumarkt Toom – zur REWE Group gehörend –, der Glyphosat bis September aus den Regalen nehmen wird und ab sofort nicht mehr nachbestellt, kündigen immer mehr Handelsketten an, das Unkrautvernichtungsmittel nicht mehr zu verkaufen. Dazu gehören kleinere Gartengeschäfte und die Globus-Baumärkte. In der Schweiz folgten Coop und Migros dem Beispiel. **[mbu]**

- Kampagne Meine Landwirtschaft: www.meine-landwirtschaft.de/aktuell/nachrichten/news/de/30749

NATURSCHUTZ & BIODIVERSITÄT

Nature Alert

Timmermans legt Hand an EU-Naturschutzrichtlinien

■ Auf der Green Week in Brüssel Anfang Juni kündigte der erste Vizepräsident der EU-Kommission Frans Timmermans an, im Zuge des derzeit laufenden Fitness-Checks die Vogelschutz- und Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie verändern zu wollen.

Wie der EU-Informationsdienst Euractiv berichtet, sollen die Richtlinien nach dem Willen Timmermans aktualisiert und verbessert werden, unabhängig von den Ergebnissen der laufenden Konsultation. Umweltstandards wolle er dabei jedoch nicht senken. Umweltverbände befürchten dennoch eine Schwächung der Schutzstandards durch etwaige Änderungen. „Die Richtlinien aufzumachen, setzt Jahrzehnte harter Arbeit, den Dialog zwischen den Beteiligten und die Rechtsklarheit aufs Spiel“, warnte Patricia Zurita von BirdLife International. Anstatt die Gesetze zu verändern, sollte deshalb deren Umsetzung in den EU-Mitgliedstaaten verbessert werden.

Auch Konstantin Kreiser vom Naturschutzbund Deutschland (NABU) zweifelt an Junckers Beteuerungen. Bereits bei der Agrarreform wären Standards entgegen Ankündigungen der Kommission gesenkt worden. Zudem würden auch das EU-Parlament und die Regierungen über die Richtlinien entscheiden, nicht allein die Kommission. „Eine Öffnung der Naturschutzrichtlinien wäre ein Erdbeben für den Naturschutz auch in Deutschland, der jahrzehntelange Anstrengungen von Verbänden, Bund, Ländern und Kommunen in Gefahr brächte“, schrieb er in dem Blog „Naturschätze Retten“. Dort informieren er und MitarbeiterInnen des NABU-Bundesverbands über aktuelle naturschutzpolitische Themen.

Mit der Kampagne „Nature Alert“ kämpfen europaweit Umweltverbände gemeinsam gegen die Veränderung und Schwächung der Richtlinien. BürgerInnen können auf der Kampagnenwebsite noch

bis zum 24. Juli eine Stimme für den Naturschutz in Europa abgeben. **[ej]**

- www.kurzlink.de/euractiv040615
- Blog „Naturschätze Retten“: www.blogs.nabu.de/naturschaetze-retten
- Nature Alert: www.eu-koordination.de/meine-eu-rechte/2-klick-aktion

Nature Alert II

Kampagne bricht EU-Rekord

■ Zum ersten Mal in der Geschichte der Europäischen Union nehmen an einer öffentlichen Konsultation der EU-Kommission mehr als 150.000 Menschen teil. Zum Redaktionsschluss waren es bereits etwa 230.000. Die Konsultation geht noch bis zum 24. Juli. Bereits über 200 Nichtregierungsorganisationen (NGO) aus ganz Europa unterstützen die Kampagne, organisiert von Friends of the Earth, dem Europäischen Umweltbüro (EEB), dem WWF und von BirdLife Europe. Laut dem EEB unterzeichneten die meisten Menschen den Aufruf in Großbritannien, gefolgt von Deutschland, Belgien und den Niederlanden.

Die Kommission hat vom Kommissionspräsidenten Jean-Claude Juncker den Auftrag erhalten, im Zuge des REFIT-Programms die Wirksamkeit, Effizienz, Kohärenz und Relevanz sowie ihren Mehrwert der Vogelschutz- und FFH-Richtlinie für die EU-Mitgliedstaaten zu überprüfen. **[mk, ej]**

- NatureAlert: www.eu-koordination.de/meine-eu-rechte/2-klick-aktion
- Pressemitteilung EEB (engl.): www.kurzlink.de/eeb260615

Ramsar-Konvention

Globale Initiativen gefordert

■ Mehr als 800 Delegierten der 160 Staaten der Ramsar-Konvention für Feuchtgebiete haben sich Anfang Juni zur zwölften Konferenz der Vertragsstaaten getroffen und mehr Maßnahmen zum Schutz und Erhalt von Feuchtgebieten gefordert. ►

„Agrarsubventionen gehören abgeschafft“

Das Bundesamt für Naturschutz (BfN) schlägt in seinem aktuellen Artenschutzbericht Alarm. Der Verlust der biologischen Vielfalt schreitet fort. Naturschutz braucht mehr finanzielle Mittel und landwirtschaftliche Nutzungspraktiken können nur gemeinsam mit den Landwirten verändert werden, findet Eick von Ruschkowski.

Wie bewerten Sie den Artenschutzbericht des BfN?

Die Ergebnisse haben uns ja nicht überrascht, aber es ist natürlich umso schockierender, jetzt schwarz auf weiß zu sehen, dass der Rückgang der Arten dramatisch ist und dass der Handlungsbedarf sich noch weiter verstärkt. Ich sehe im Moment nicht, wie das Ziel, den Verlust der Artenvielfalt bis 2020 zu stoppen, erreicht werden soll.

Worin besteht der Handlungsbedarf?

Das ist in dem Bericht ja benannt worden, dass die Landwirtschaft in den gegenwärtigen Rahmenbedingungen – auch denen der gemeinsamen Agrarpolitik der EU (GAP) – nicht dazu beiträgt, auf eine nachhaltige Wirtschaftsweise umzustellen. Und das andere große Problem ist, dass außerhalb der Natura-2000-Gebiete insbesondere ein Rückgang der „Allerweltsarten“ zu verzeichnen ist. Wir haben zwar die Instrumente und die Schutzgebietsnetzwerke, es mangelt aber an der Umsetzung: Bei vielen Schutzgebieten fehlen zum Beispiel die Managementpläne und die finanziellen Ressourcen sind so gering, dass man da nicht viel bewegen kann.

Wie sind Nahrungsmittel zu produzieren, ohne die biologische Vielfalt zu bedrohen?

Auch Biolandwirte können intensiv Ackerbau betreiben und das hilft der biologischen Vielfalt auch nicht weiter. Man muss im Gesamtpaket erst einmal gucken, mit welchem Ziel Landwirtschaft betrieben werden soll. Dazu gehört dann auch eine möglichst umweltverträgliche Produktion. Dabei muss man die Schonung der abiotischen und biotischen Faktoren betrachten. Bei den abiotischen Faktoren – Boden, Wasser und Luft – sind wir relativ weit, wobei es durch die zunehmende Intensivierung wieder Probleme gibt, Nitrat im Grundwasser zum Beispiel. Von daher müssen wir überlegen, was sich im Konsumverhalten ändern soll, sodass der Markt auch entsprechend Produkte nachfragt und produziert, die weniger intensiv in der Verschwendung natürlicher Ressourcen sind. Es wäre auch ein Anliegen, gesamtgesellschaftlich zu überlegen, welche Konsum- und Lebensstile dem Prinzip der Nachhaltigkeit entsprechen. Wenn man sieht, welche finanzielle Kraft die

GAP entfaltet, gibt es auch Steuerungsmöglichkeiten, ein Umdenken herbeizuführen sowie eine Entflechtung der Intensivität der Landnutzung.

Gerade im Agrarbereich belohnen ja Subventionen umweltschädliche Nutzungspraktiken. Wie stehen die Chancen, diese abzubauen?

Also der Bedarf, diese umweltschädlichen Subventionen abzubauen, ist riesengroß. Und langsam beginnt auch die Bevölkerung zu hinterfragen: Warum gibt es öffentliches Geld, ohne, dass öffentliche Leistungen erbracht werden? Das ist unser aller Pflicht. Keine andere Branche wird vom Steuerzahler dafür belohnt, dass sie gesetzliche Vorgaben einhält. Das ist eine Sache, die man ändern muss. Wir diskutieren auch gerade in der Umweltszene über die Frage: Braucht es einen eigenen Naturschutzfonds in der EU, oder schaffen wir es über den integrativen Ansatz, dass Naturschutzmittel auf die verschiedenen Säulen im Europäischen Sozialfonds, im Fonds für regionale Entwicklung und in der GAP finanziert werden. Dabei muss man eruieren, dieser integrative Ansatz ist gescheitert. Es ist wirklich schwierig, dort Veränderungen herbeizuführen, weil die Agrarlobby seit 50 Jahren eine sehr große Hausmacht in der EU hat. Aber man kann auch nicht alle Landwirte über einen Kamm scheren. Naturschutz ist dauerhaft in der Fläche nur in Kooperation mit den Landwirten gemeinsam erreichbar. Aber wir müssen daher über die Verteilung der Gelder reden. Agrarsubventionen in ihrer derzeitigen Form gehören abgeschafft. Dass die EU über 40 Prozent ihres Haushaltes in Agrarsubventionen steckt, ist nicht zeitgemäß. Aber für Landwirte, die Naturschutzmaßnahmen durchführen, muss es auch einen einkommensunterstützenden Effekt geben, denn sie müssen ihre Familien ebenfalls ernähren können.

Nochmal zum Artenschutz. BirdLife hat eine Halbzeitbewertung der EU-Biodiversitätsstrategie vorgenommen und warnt vor deren Scheitern. Was fehlt für eine erfolgreiche Umsetzung?

Die Problembeschreibungen, die wir haben, die sind alle ganz hervorragend. Wir kennen die Ursachen, es mangelt aber immer daran, wirklich umzusteuern und zu sagen, wir wollen uns in eine Richtung fort-

bewegen, die kostet Geld und das müsste bereitgestellt werden. Es hapert eben an den Finanzen. Und die Umsetzung muss man in Kooperation mit den Landnutzern machen.

Wie kann der Prozess stärker angekurbelt werden?

Wir haben die europäische Strategie, wir haben in den Mitgliedstaaten nationale Strategien, dann gibt es in Deutschland teilweise Länderstrategien. Da brauchen wir eine Umsetzungsoffensive. Es gibt ja in der nationalen Strategie zum Erhalt der biologischen Vielfalt viele Ziele, die hätten vor fünf Jahren schon umgesetzt sein sollen und da braucht es ein konzertiertes Herangehen sowohl vom Bund als auch von den Ländern.

Und was können Zivilgesellschaft und Verbände dabei tun?

Wir können natürlich versuchen, dieses Thema weiter in die Öffentlichkeit zu transportieren. Wie jetzt über die Konsultation zum Erhalt der EU-Naturschutzrichtlinien. Wenn wir es schaffen, diese komplexen Probleme auf ein Niveau runterzubrechen, dass es allgemeinverständlich wird, ohne dass wir wahrgenommen werden als irgendwelche Moralapostel, die anderen Leuten erklären, wie sie zu leben haben, können wir sehr viel zu der Debatte beitragen. Oft werden ja Naturschutzfragen als Fortschrittsverhinderer angesehen. Aber auch da können wir ganz gut darlegen, dass das überhaupt nicht der Fall ist und dass von einer gesunden Umwelt alle profitieren.

[Interview: Eric Janacek]

Eick von Ruschkowski ist Fachbereichsleiter Naturschutz und Umweltpolitik sowie Mitglied der Geschäftsleitung beim NABU.

Kontakt:
Tel. +49 (0)30 /
2849841600
E-Mail:
eick.vonruschkowski@
nabu.de,
www.nabu.de



Zudem haben sie die Rolle von Feuchtgebieten zum Erreichen der Ziele für nachhaltige Entwicklung betont. Weltweit hat sich der Zustand von 40 Prozent der Feuchtgebiete in den letzten 40 Jahren durch den steigenden Wasserverbrauch und die Flächennutzung für Landwirtschaft, Industrie und Wohnraum verschlechtert.

„Die Ökosystemdienstleistungen von Feuchtgebieten sind fundamental. Es ist deshalb unumgänglich, Feuchtgebiete nachhaltig zu nutzen und Entwicklungsziele zu berücksichtigen“, sagte Christopher Briggs, Generalsekretär der Ramsar-Konvention. Die Delegierten haben deshalb einen neuen strategischen Plan für die Vertragsstaaten zum Schutz von Feuchtgebieten beschlossen. Darin sind verschiedene prioritäre Bereiche definiert, um Feuchtgebiete zu schützen, sie nachhaltiger zu nutzen und dabei dringliche Probleme wie Wasser- und Nahrungsmittelsicherheit sowie den Klimawandel zu berücksichtigen. Demnach sollen verstärkt die Ursachen des Verlusts von Feuchtgebieten angegangen werden. Zudem sollen die Umsetzung des Übereinkommens verbessert, mehr Kooperationen initiiert und Ressourcen mobilisiert werden.

Das nächste Vertragsstaaten-treffen wird 2018 in den Vereinten Arabischen Emiraten stattfinden. [ej]

- ▶ www.kurzlink.de/ramsar020615
- ▶ www.kurzlink.de/ramsar120615

Zustand der Natur in Europa

Bessere Umsetzung nötig

■ Es sind größere Anstrengungen erforderlich, um den Zustand der Natur in Europa maßgeblich zu verbessern. Während sich einige Arten und Biotope positiv entwickeln, ist ein großer Teil nach wie vor gefährdet. Das geht aus dem Ende Mai erschienenen Bericht der EU-Kommission zum Zustand der Natur in Europa hervor. Besorgniserregend ist vor allem der Erhaltungszustand der Lebensräume im Grünland, in Feuchtgebieten und in Dünen sowie in Mooren. Insgesamt befinden sich

nur 16 Prozent der bewerteten Lebensräume in einem guten Zustand.

Die größte Bedrohung für Lebensräume, Flora und Fauna geht von der Landwirtschaft durch die Änderung von Anbaupraktiken, Überweidung, Aufgabe von Weidewirtschaftssystemen, Überdüngung und Pestizidnutzung aus. Doch der Bericht zeigt auch: Schutzmaßnahmen sind erfolgreich, wenn sie ambitioniert umgesetzt werden. So hat sich die Zahl der Bartgeier und Weißkopfruderenten erheblich verbessert. Insbesondere das Natura-2000-Netz, dessen Schutzgebiete 18 Prozent der Landfläche der EU ausmachen, hat einen positiven Einfluss auf den Erhaltungszustand der Arten und Lebensraumtypen. Der Bericht ist daher als Alarmsignal für eine engagierte europäische Umweltpolitik zu begreifen.

„Dieser Bericht ist wichtig und kommt rechtzeitig. Obwohl er ein gemischtes Bild zeigt, demonstriert er auf jeden Fall, dass Bemühungen, verletzte Ökosysteme zu schützen, hochgradig effektiv sein können. Er unterstreicht außerdem die Reichweite der verbleibenden Herausforderungen. Diesen müssen wir gerecht werden, denn die Gesundheit der Natur ist mit der Gesundheit der Menschen in Europa und der Wirtschaft verbunden“, sagte Karmenu Vella, Kommissar für Umwelt, maritime Angelegenheiten und Fischerei.

Auch Umweltverbände sehen in dem Report den Beweis, dass Schutzmaßnahmen erfolgreich sind, wenn sie ambitioniert umgesetzt werden, und kritisieren vor allem deren mangelhafte Durchführung. „Der Bericht zeigt einmal mehr, dass Umweltgesetzgebung funktioniert, wenn sie ernsthaft umgesetzt wird und dass sie mehr denn je gebraucht wird“, sagte Pieter de Pous vom Europäischen Umweltbüro. Der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) rief EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker auf, die Bemühungen zum Schutz der biologischen Vielfalt in Europa zu intensivieren. „Um Lebensqualität, natürliche Ressourcen und Artenvielfalt wirksam zu sichern, braucht es in Deutschland und in ganz Europa ein Sofortprogramm, das bis 2020 konkrete Artenschutzfolge bewirkt“, forderte der BUND-Vorsitzende Hubert Weiger. [ej]

- ▶ Mitteilung EU-Kommission: www.ec.europa.eu/deutschland/press/pr_releases/13330_de.htm
- ▶ Stellungnahme EEB: www.kurzlink.de/eeb200515
- ▶ Stellungnahme BUND: www.kurzlink.de/bund200515

Artenschutz in der EU

Schlechte Note für EU-Biodiversitätsstrategie

■ Obwohl die EU-Biodiversitätsstrategie in einigen Bereichen Fortschritte erzielt, verfehlt die EU das Ziel, den Verlust der Artenvielfalt bis 2020 zu stoppen. Das geht aus der Halbzeitbewertung der EU-Biodiversitätsstrategie und der im Auftrag der EU-Kommission erstellten Roten Liste bedrohter Vogelarten von BirdLife hervor.

Um geschädigte Ökosysteme wiederherzustellen und den Rückgang der Artenvielfalt aufzuhalten, umfasst die Biodiversitätsstrategie mehrere Teilziele. Fortschritte gibt es laut BirdLife bei der Umsetzung der EU-Naturschutzrichtlinien, in der Fischerei und im Umgang mit gebietsfremden invasiven Arten. Nur geringe Erfolge gebe es hingegen beim Beitrag der EU zum weltweiten Erhalt der biologischen Vielfalt und bei der Wiederherstellung geschädigter Ökosysteme. Das Ziel einer naturverträglichen Landnutzung wurde bisher völlig verfehlt.

Dem Anfang Juni veröffentlichten Bericht zufolge geht es der Natur in Europa überall dort besonders gut, wo die Vogelschutz- und die Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie erfolgreich umgesetzt werden. Diese würden jedoch oft unzureichend finanziert und mangelhaft umgesetzt.

Ebenfalls Anfang Juni hat BirdLife die Rote Liste bedrohter Vogelarten in Europa vorgelegt. Demnach gibt es Erfolge bei der gezielten Rettung seltener Arten, vor allem derer, die durch die Vogelschutzrichtlinie geschützt sind. Im Bericht werden 18 Prozent der 451 Vogelarten der EU als gefährdet eingestuft. In Deutschland beispielsweise ist die Population des Rebhuhns in den vergangenen 25 Jahren um 94 Prozent ge-

schrumpft und die des Kiebitzes um 75 Prozent. Ähnliche Trends gibt es EU-weit. 29 Arten sind neu in die Rote Liste aufgenommen worden, darunter die früher häufiger vorkommende Turteltaube. Lebensraumverluste durch intensive Landwirtschaft und den Klimawandel sind die Hauptgründe für die negativen Entwicklungen. [ej]

- ▶ Halbzweibewertung der Biodiversitätstrategie: www.kurzlink.de/halfwaythere2015
- ▶ Rote Liste bedrohter Vogelarten: www.kurzlink.de/rotevogelliste2015

Artenschutz in Deutschland

Vielfalt bedroht

■ Ende Mai hat das Bundesamt für Naturschutz (BfN) seinen ersten Artenschutzbericht für die Bundesrepublik veröffentlicht. Dem „Artenschutz-Report 2015“ zufolge ist der Zustand der Artenvielfalt in Deutschland alarmierend und fast jede dritte Tier- und Pflanzenart sind in ihrem Bestand gefährdet. Laut der BfN-Präsidentin Beate Jessel ist das Ziel der Bundesregierung, den Verlust der biologischen Vielfalt aufzuhalten, bisher verfehlt worden. Das BfN fordert deshalb eine Reihe von Maßnahmen, um bestehende Artenschutzprogramme zu ergänzen, darunter

ein effektives Schutzgebietsmanagement, eine Ökologisierung der europäischen Agrarförderung, nutzungsfreie Wälder, die Ausweitung des bundesweiten Biotopverbundes, die Vernetzung von Flüssen mit Auen sowie eine nachhaltige Fischerei. [ej]

- ▶ Artenschutzbericht des BfN: www.bfn.de/fileadmin/BfN/presse/2015/Dokumente/Artenschutzreport_Download.pdf

LIFE-Programm

Anträge ab jetzt möglich

■ LIFE ist das Umweltfinanzierungsinstrument der Europäischen Union. Die Ausschreibungsfristen für dieses Jahr sind jetzt angelaufen. Die Fristen zur Einreichung von Anträgen sind in diesem Jahr gestaffelt. Für Projekte gelten folgende Fristen: Projekte im Bereich Klimaschutz sind bis zum 15. September, im Bereich Umwelt bis zum 1. Oktober und im Bereich Natur und Information bis zum 7. Oktober einzureichen. Für integrierte Projekte gilt als Frist der 1. Oktober. [Quelle: UWD]

- ▶ www.eu-umweltbuero.at/cgi-bin/neu/cont.pl?contentart=themen&topnavid=33
- ▶ LIFE-Ausschreibung 2015: www.ec.europa.eu/environment/life/funding/life2015

TIERSCHUTZ & ETHIK

EBI gegen Tierversuche

Über eine Million Unterschriften für die Katz?

■ Die Europäische Kommission hat das von der Europäischen Bürgerinitiative (EBI) Stop Vivisection geforderte Verbot von Tierversuchen in Europa abgelehnt. Die von 1,17 Millionen BürgerInnen unterschriebene Initiative wurde der EU-Kommission am 3. März übergeben. Einen Monat später erteilte sie dieser nun eine Absage. Die Kommission glaube zwar auch, dass Tierversuche enden sollten. Jedoch sei ein vollständiges Verbot von Forschungsarbeiten mit Tieren in der EU verfrüht und berge die Gefahr, dass die biomedizinische Forschung in Länder außerhalb der EU verlagert wird. Zudem laufe das EU-Recht zum Schutz der für wissenschaftliche Zwecke verwendeten Tiere letztlich auf eine Einstellung von Tierversuchen hinaus und sei somit schon ein geeignetes Mittel, um die Ziele von Stop Vivisection zu erreichen. Die EU-Kommission will die Richtlinie über den Schutz der für wissenschaftliche Zwecke verwendeten Tiere bald überprüfen sowie Maßnahmen für alternative Forschung durchsetzen.

Nachhaltigkeit

A-Z



W wie Weichenstellungen

Digitalisierung, Ressourcenknappheit und Urbanisierung – dies sind nur drei der gesellschaftlichen Entwicklungen, die kleine ebenso wie große Unternehmen vor erhebliche Herausforderungen stellen. Doch wie diesen gerecht werden? Wie die richtigen Weichenstellungen vornehmen? Die »Strategische Frühaufklärung« unterstützt Unternehmen dabei, Veränderungen rechtzeitig zu identifizieren und darauf zu reagieren. Die Beispiele der Offshore-Windstromerzeugung und der CO₂-Reduzierung bei Siemens zeigen, wie aus Risiken Chancen werden können.

S. Reicherz

Strategische Frühaufklärung

Ein ganzheitlicher Ansatz als Leitfaden für Unternehmen

316 Seiten, broschiert, 34,95 Euro, ISBN 978-3-86581-722-8

Erhältlich bei
www.oekom.de
oekom@verlegerdienst.de

Die guten Seiten der Zukunft



2016 soll es bei einer Konferenz einen Fortschrittsbericht darüber geben. [as]

- ▶ Pressemitteilung der EU-Kommission: www.europa.eu/rapid (Search: IP/15/5094)
- ▶ Informationen zur EBI: www.kurzlink.de/ebi-stop-vivisec2015

Käfighaltung

Widrige Zustände bei Bayern Ei

■ Recherchen der Süddeutschen Zeitung und des Bayerischen Rundfunks haben Ende Mai Missstände bei der Eierproduktionsfirma Bayern Ei aufgedeckt. Inhaber der Firma, die für den europaweiten Salmonellenausbruch im Sommer 2014 verantwortlich war, ist Stefan Pohlmann, Sohn von Anton Pohlmann, der aufgrund von Lebensmittel- und Tierschutzskandalen als „Tierquäler der Nation“ bezeichnet wurde.

Anlässlich des jüngsten Skandals fordert der Deutsche Tierschutzbund erneut ein Verbot der Kleingruppenkäfighaltung, wie sie bei Bayern Ei praktiziert wird. Dabei lebt ein Huhn auf der Fläche eines DIN-A4-Blatts plus einer Spielkarte. „Die Befürworter der Kleingruppenkäfige haben dieses tierschutzwidrige Haltungssystem immer damit verteidigt, dass es tierschutzkonform und vor allem hygienisch

sei. Der Fall Pohlmann belegt das genaue Gegenteil. Wir fordern Bundeslandwirtschaftsminister Christian Schmidt auf, nun endgültig und kurzfristig das Verbot der Kleingruppenkäfige umzusetzen“, sagt Thomas Schröder, Präsident des Deutschen Tierschutzbundes. Mitte Juni diskutierten Vertreter von Bund und Ländern über eine Kompromisslösung für die Haltung von Legehennen in Kleingruppenkäfigen. Niedersachsen und Rheinland-Pfalz fordern einen sofortigen Ausstieg, die Bundesregierung hatte den Zeitraum 2018–2030 vorgeschlagen. [as, mbu]

- ▶ Deutscher Tierschutzbund, Bonn, Tel. +49 (0)228 / 6049624, Fax -41, E-Mail: presse@tierschutzbund.de, www.tierschutzbund.de

Bildung

Tierschutz in der Schule

■ Der Bundesverband Menschen für Tierrechte hat im Juni mit seiner Aktion „Tierrechte in die Lehrpläne“ begonnen. Ziel ist es, Tierschutz und Tierrechte fest in die Lehrpläne, Prüfungen, Unterrichtsmaterialien und Lehrerausbildungen in Deutschland zu integrieren. Der als Staatsziel im Grundgesetz verankerte Tierschutz sei Teil der gesellschaftlichen Grundwerte

und somit auch des Bildungsauftrags. Bisher würde dies jedoch nicht berücksichtigt. Stattdessen wirkten finanzstarke Lobbygruppen wie die Fleischindustrie, JägerInnen, TierversuchsbefürworterInnen und Zoos auf die SchülerInnen ein.

„Der Tierschutz muss endlich entsprechend seiner gesellschaftlichen Relevanz in der Erziehung unserer Kinder berücksichtigt werden. Nur so kann es gelingen, kritische und verantwortungsvolle Menschen zu erziehen, die unseren Mitbewesen mit Respekt und Empathie begegnen“, sagte Christina Ledermann, stellvertretende Vorsitzende der Menschen für Tierrechte. [as]

- ▶ Menschen für Tierrechte, Aachen, Christina Ledermann, Tel. +49 (0)211 / 16345429, E-Mail: ledermann@tierrechte.de, www.tierrechte.de

UMWELTPOLITIK & UMWELTRECHT

Bessere Rechtsetzung

Kritik der Zivilgesellschaft

■ Ein breites Bündnis aus Gewerkschaften und Nichtregierungsorganisationen hat sich im Juni in einem offenen Brief an EU-Parlamentspräsident Martin Schulz ge-

Nachhaltigkeit

A-Z



W wie Widerstand

Über neunzig Prozent der ursprünglichen Donauauen mussten Stauwehren, Kraftwerken und Kanälen weichen. Trotz jahrzehntelanger Kämpfe konnten nur wenige Kilometer frei fließende Donau vor der Kanalisierung gerettet werden. Wichtige Protagonisten schildern die oft dramatischen Auseinandersetzungen und die politischen Hintergründe vor Ort – und zahlreiche Fotografien zeigen die einmalige landschaftliche Schönheit der letzten intakten Donauauen. Beides zeigt: Der Einsatz lohnt sich! Ein Motivationsbuch für alle engagierten Naturschützer(innen).

Bund Naturschutz in Bayern e.V., Gregor Louisöder Umweltstiftung, C. Obermeier (Hrsg.)
Der Kampf um die Donauauen
 Erfolge und Niederlagen der Naturschutzbewegung

112 Seiten, broschiert, 19,95 Euro, ISBN 978-3-86581-728-0

Erhältlich bei
www.oekom.de
oekom@verlegerdienst.de

Die guten Seiten der Zukunft



wandt und vor einer Schwächung des Parlaments im Rahmen der Better-Regulation-Agenda der EU-Kommission gewarnt.

Die in dem Netzwerk „Better Regulation Watchdog“ zusammengeschlossenen Organisationen befürchten Einschränkungen der Parlamentsmacht im Gesetzgebungsprozess. Die EU-Kommission will mit einer neuen interinstitutionellen Vereinbarung die Hürden für Rat und Parlament erhöhen, substanzielle Änderungen an Gesetzesvorschlägen zu beschließen, indem dann immer erneut eine Folgenabschätzung notwendig sein soll. Im Gegenzug sollen Rat und Parlament mehr Mitsprache bei Entscheidungen über das Arbeitsprogramm der EU-Kommission bekommen (umwelt aktuell 05/2015 S. 21).

Das Netzwerk kritisiert auch die neuen Transparenzpläne der Kommission als Deckmäntelchen zur Stärkung von Industrieinteressen. So sollen öffentliche Konsultationen im Vorfeld eines Gesetzesvorschlags ausgeweitet werden. Die NGOs begrüßen diese Pläne zwar im Grundsatz, geben aber zu bedenken, dass solche Initiativen erfahrungsgemäß vor allem der finanzstarken Wirtschaftslobby nützen.

Das Mitte Mai gegründete Netzwerk will alle neuen Initiativen zur „Besseren Rechtsetzung“ auf Risiken für Arbeitnehmer, Umwelt, Verbraucher, Finanzen, öffentliche Gesundheits- und Sozialstandards prüfen und die Bürgerinnen und Bürger, die politischen Entscheidungsträger sowie die Medien über Risiken informieren und dadurch Einfluss nehmen. Die zusammengeschlossenen Verbände befürchten, dass die Deregulierungsbestrebungen der Kommission Verbraucherrechte den Wirtschaftsinteressen unterordnen könnten. Das Netzwerk ist eine Antwort auf die Versuche der Kommission, Verwaltungslasten auf Wunsch der Industrie und auf Kosten der Bürgerinnen und Bürger Europas unter der Initiative der Besseren Rechtsetzung abzubauen. [am, bv]

- ▶ www.betterregwatch.eu
- ▶ Offener Brief (engl.): www.betterregwatch.eu/Open_Letter_to_EP_on_IIA.pdf
- ▶ www.eu-koordination.de/PDF/steckbrief-deregulierung-entdemokratisierung.pdf

Europäisches Semester

Nur eine Farce?

■ Die EU-Mitgliedstaaten und die Kommission blamieren sich bei der Koordinierung der Wirtschaftspolitik. Zu diesem Schluss kommt der grüne Europaabgeordnete Sven Giegold nach einem Vergleich der Umsetzung der Reformempfehlungen.

„In diesem Durchgang des Europäischen Semesters haben sich EU-Kommission und Mitgliedstaaten nicht mit Ruhm bekleckert. Die Brüsseler Behörde versteckt die Bewertung in 28 Länderberichten. Ein übersichtlicher Vergleich findet nicht statt, um den Mitgliedsländern die peinlichen Ergebnisse zu ersparen. Die Kommission verfehlt damit ihren Auftrag als Hüterin der Verträge, die Umsetzung des Europäischen Semesters ernsthaft zu kontrollieren. Juncker, Dombrovskis und Moscovici üben sich in Arbeitsverweigerung“, kommentierte Sven Giegold seinen Bericht.

Giegolds Statistik zufolge haben die Mitgliedstaaten nur sieben von 528 länderspezifischen Empfehlungen für 2014 vollständig umgesetzt. Deutschland hat sechs Empfehlungen für 2014 komplett ignoriert, neun weitere nur teilweise umgesetzt. Vollständig umgesetzt hat die Bundesregierung nichts.

Der europäische Verband für eine umweltverträgliche Steuerpolitik Green Budget Europe hatte im Mai ebenfalls die diesjährigen Empfehlungen der Kommission kritisiert, da umweltschädliche Subventionen dort im Gegensatz zu den Vorjahren überhaupt keine Erwähnung fänden (umwelt aktuell 6/2015 S. 22). „Es gab eine bewusste Entscheidung, Klima und Umwelt nicht zu integrieren. 2014 hatte die Kommission acht Mitgliedstaaten dazu aufgefordert, die Steuerlast von Arbeit auf Umweltverschmutzung zu legen. 2015 gibt es nichts dergleichen. 2014 wurden im Energiebereich 17 Mitgliedstaaten aufgefordert, stärker auf erneuerbare Energien und Energieeffizienz zu setzen. Zwölf Monate später ist nichts davon zu sehen“, sagte James Nix, Direktor von Green Budget Europe. [bv]

- ▶ PM Sven Giegold: www.kurzlink.de/sg270515
- ▶ www.eu-koordination.de/PDF/steckbrief-europaeisches-semester.pdf

Expertengruppen

EU-Kommission überarbeitet Auswahlverfahren

■ Auf Drängen der Europäischen Ombudsfrau Emily O'Reilly hat die EU-Kommission im Juni ihre Bereitschaft signalisiert, neue Regeln zur Vermeidung von Interessenkonflikten bei Mitgliedern von Expertengruppen zu entwickeln. Expertengruppen üben großen Einfluss bei der EU-Gesetzgebung aus.

O'Reilly hatte Anfang des Jahres eine Liste mit Vorschlägen an die EU-Kommission geschickt. Sie fordert, die gesamte Bandbreite des Expertentums zu gewährleisten und die Expertenauswahl transparenter zu machen. Die Kommission reagierte nun auf die Vorschläge und kündigte an, die Auswahlverfahren für Experten einsehbarer zu machen. Zudem werde das Expertengruppenregister im kommenden Jahr überarbeitet. Die Ombudsfrau begrüßte die Reaktion der Kommission, verlangte aber weitergehende Schritte: „Das ist wichtig, um das Vertrauen der Öffentlichkeit herzustellen. Die Kommission muss jedoch noch mehr tun, um die wichtige Arbeit dieser Gruppen für alle nachvollziehbar zu gestalten, vor allem, indem sie detaillierte Protokolle ihrer Treffen veröffentlicht.“ [mk]

- ▶ Mitteilung O'Reilly: www.ombudsman.europa.eu/de/press/release.faces/de/60046/html.bookmark

Wissenschaftliche Beratung

In der EU jetzt objektiv?

■ Im Mai hat EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker mit Wissenschaftlern diskutiert, wie in Zukunft eine unabhängige wissenschaftliche Politikberatung der EU-Kommission aussehen könnte.

Ein neuer Mechanismus soll sich künftig auf die große Bandbreite wissenschaftlicher Kompetenz in Europa stützen, indem enge Beziehungen mit den nationalen Akademien und weiteren Stellen gepflegt werden. Die Koordinierung soll eine hochran-

gige Gruppe unabhängiger Wissenschaftler übernehmen. EU-Forschungskommissar Carlos Moedas ist für die Umsetzung dieses neuen Modells zuständig.

Viele Politikbereiche basieren auf vermeintlich objektiven wissenschaftlichen Analysen. Der ehemalige Kommissionspräsident José Manuel Barroso hatte hierzu eine Stelle der wissenschaftlichen Chefberatung in der EU eingerichtet, dessen Mandat Ende 2014 abgelaufen ist. Umwelt- und Gesundheitsorganisationen hatten den großen Einfluss dieses leitenden Chefberaters kritisiert, da Entscheidungen weder objektiv noch unabhängig und ihre Handlungsweise und Stellungnahmen nicht transparent gewesen seien (EU-Umweltnews, 20. August 2014). [bv]

- Mitteilung EU-Kommission: www.ec.europa.eu/deutschland/press/pr_releases/13318_de.htm

Lebensqualitätsindex Europa

Zufriedenheit im Vergleich

■ Die Menschen in Dänemark, Finnland, Schweden, Island und der Schweiz sind am zufriedensten. Das geht aus einer neuen Statistik von Eurostat, dem statistischen Amt der EU, zur Lebensqualität in Europa hervor.

Die differenzierte Messung zeigt verschiedene Aspekte des persönlichen Wohlbefindens. Dabei werden objektive Indikatoren mit subjektiven Bewertungen der Situation der Menschen in den EU-Mitgliedstaaten verbunden. Beurteilt wurden dafür neun Bereiche von der gesamten Lebenszufriedenheit über die berufliche und finanzielle Situation und sozialen Beziehungen bis hin zu Umweltfaktoren wie Grün- und Erholungsflächen. Letztere bewerteten Menschen in Skandinavien besonders gut und OsteuropäerInnen besonders schlecht.

Laut Eurostat sind die EuropäerInnen mit ihren persönlichen Beziehungen am zufriedensten. Auf einer Skala von 0 bis 10 bewerteten sie diese im Durchschnitt mit 7,8. Mit ihrer finanziellen Situation sind sie am wenigsten zufrieden. Die durchschnittliche Bewertung lag bei 6,0, in Bulgarien gar bei 3,7. Die gesamte Lebenszufrieden-

heit ergab einen durchschnittlichen Wert von 7,1. In Deutschland herrscht demzufolge eine relativ hohe Lebenszufriedenheit. Die Menschen beurteilten ihr Leben mit 7,3 minimal besser als der europäische Durchschnitt.

Normalerweise gilt das Bruttoinlandsprodukt als Indikator für wirtschaftliche und soziale Entwicklungen. Mit der Lebensqualität will Eurostat weitere Kriterien einführen. [as]

- Eurostat: www.europa.eu/rapid/press-release_STAT-15-5081_de.htm

Umweltverträglichkeitsprüfung

Auch Privatpersonen sind betroffene Öffentlichkeit

■ Der Gerichtshof der EU hat im April entschieden, dass Feststellungsbescheide gegenüber der betroffenen Öffentlichkeit, die am Feststellungsverfahren nicht beteiligt war, keine Bindungswirkung haben.

Um Sicherheit darüber zu erlangen, ob ein Vorhaben einer Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) zu unterziehen ist, besteht die Möglichkeit des Feststellungsverfahrens. Nach dem Urteil des Gerichtshofs im Fall „Gruber gegen Unabhängiger Verwaltungssenat für Kärnten“ steht NachbarInnen oder AnwohnerInnen das Recht zur Anfechtung von negativen Entscheidungen in UVP-Feststellungsverfahren zu. Bisher galt dies nur für Nichtregierungsorganisationen, bekannt als Verbandsklage.

Unter Berufung auf die Aarhus-Konvention befand der Gerichtshof, dass unter „betroffene Öffentlichkeit“ neben NGOs auch NachbarInnen erfasst sind. Bisher war das Beschwerderecht im Sinne der UVP-Richtlinie auf Standortgemeinden, Projektwerbende, Umweltbehörden und Umweltorganisationen beschränkt.

Wurde also bei einem UVP-Feststellungsverfahren entschieden, dass keine Prüfung notwendig ist, können betroffene AnwohnerInnen diese Entscheidung anfechten und eine UVP einfordern. Gründe für einen derartigen Einwand sind etwa die

Gefährdung des Lebens, der Gesundheit oder des Eigentums sowie Geruch, Lärm, Rauch, Staub, Erschütterung oder in anderer Weise unzumutbare Belästigungen. [lr]

- Urteil des Gerichtshofs: www.kurzlink.de/ghC57013
- Meldung Ökobüro: www.oekobuero.at/eughurteilgruber-staerkung-vonnachbarinnenimuvp-verfahren

Umweltklagemöglichkeiten

In Deutschland europarechtswidrig?

■ Die Möglichkeiten für BürgerInnen und Gemeinden in Deutschland, in Umweltfragen vor Gericht zu ziehen, genügen möglicherweise nicht den EU-Standards. Diese Auffassung vertrat Ende Mai der Generalanwalt des Europäischen Gerichts in seiner Empfehlung für das Urteil des Gerichts.

Die EU-Kommission hatte im Herbst 2013 ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland eröffnet. EU-BürgerInnen haben das Recht, Informationen über die Auswirkungen von Projekten auf die Umwelt zu erhalten und entsprechende Entscheidungen anzufechten. Dies gilt für die Umweltverträglichkeitsprüfungsrichtlinie und die Richtlinie über Industrieemissionen. Die EU-Kommission und der Generalanwalt des Gerichtshofs der EU halten diese Rechte aufgrund von Gesetzeslücken in Deutschland für nicht ausreichend gewährleistet.

Die Anwaltskanzlei, die die Beschwerde bei der EU-Kommission vorangetrieben hatte, erwartet große Auswirkungen auf Klageverfahren im Umweltbereich und erhofft sich eine Stärkung der Klageposition von BürgerInnen und Gemeinden in umweltrechtlichen Verfahren. [am]

- Schlussanträge Generalanwalt: www.kurzlink.de/ghc13714
- Mitteilung Kanzlei Baumann: www.baumann-rechtsanwaelte.de/aktu/download/EUGH-Umweltklagen.pdf

VERKEHR & TOURISMUS

Pkw-Maut**Zum Scheitern verurteilt?**

■ Die EU-Kommission bezweifelt die Konformität der Infrastrukturabgabe mit europäischem Recht und hat deshalb im Juni ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland eingeleitet. Als Reaktion hat Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt (CSU) die Einführung der Maut bis nach dem Urteil aufgeschoben.

Die sogenannte Ausländermaut ist seit Juni rechtskräftig und sieht eine Vignettenpflicht auf deutschen Autobahnen und Bundesstraßen vor. Deutsche FahrzeughalterInnen sollen die Abgabe über die Kfz-Steuer erstattet kriegen. Dies bewertet die EU-Kommission als Diskriminierung ausländischer FahrerInnen, weswegen sie nun gerichtlich gegen die Bundesregierung vorgeht.

„Die Einführung einer PKW-Vignette, die Ausländer diskriminiert, empfinde ich nach wie vor als riesige Blamage für Deutschland. Die geplante Maut ist Irrsinn, widerspricht EU-Recht und muss gestoppt werden. Das ist keine sinnvolle Verkehrspolitik, sondern das Abzocken von ausländischen Autofahrern und purer Populismus“, sagte Michael Cramer, Vorsitzender des Verkehrsausschusses des EU-Parlaments von den Grünen. Auch die EU-Verkehrskommissarin Violetta Bulc hatte das Gesetz wiederholt kritisiert. [ej]

- ▶ www.kurzlink.de/ec180615
- ▶ www.michael-cramer.eu

Schiffsabgase**Filter zum Gesundheitsschutz**

■ Schiffsdiesel produziert hochgradig gesundheitsgefährdende Feinstaubemissionen. Das haben WissenschaftlerInnen der Universität Rostock im Juni herausgefunden. Um die Emissionen weniger schädlich zu machen, schlagen die ForscherInnen eine Kombination aus

schwefelärmerem Treibstoff und Rußpartikelfiltern vor.

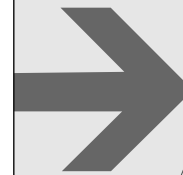
„Die Ergebnisse sind erschreckend und bestätigen unsere schlimmsten Befürchtungen: Schiffsemissionen verursachen schwerwiegende Erkrankungen der Lungen und des Herzens. Der NABU fordert schon seit Jahren die Ausrüstung von Schiffen mit Partikelfiltern. An Land ist die Technik längst Standard. Die Gesundheitsbelastung hat sich dadurch erheblich verringert. Halbherzige Lösungen wie die Scrubber-Technologie oder Effizienzmaßnahmen allein reichen zum Schutz von Mensch und Umwelt längst nicht aus“, sagte NABU-Bundesgeschäftsführer Leif Miller.

2013 hatte die Weltgesundheitsorganisation (WHO) Dieselrußemissionen als ähnlich krebserregend eingestuft wie Asbest. Zudem sind Rußpartikel nach Kohlendioxid der zweitstärkste Klimatreiber. [ej]

- ▶ Mitteilung des NABU:
www.kurzlink.de/nabu050615

Nachhaltiger Tourismus**Verkehrsforum ohne Vision**

■ Auf dem 8. Weltverkehrsforum Ende Mai in Leipzig haben sich mehr als 1.100 Vertreter aus 70 Staaten über Transport, Handel und Tourismus ausgetauscht. Regine Gwinner vom Magazin für ökologischen Tourismus „Verträglich Reisen“ kritisierte, dass nachhaltige Mobilität und CO₂-Vermeidung auf der Konferenz und auch im Verkehrssektor immer noch Randthemen seien. „So wurde vor allem das Bild gefestigt, dass es zum Flugreisen keine Alternative gibt und dass Erfolg im Tourismus nur in Verbindung mit Flugreisen denkbar ist“, sagte Gwinner. Für den Pariser Klimagipfel im Dezember gebe es keine Lösungsansätze für Probleme des rasant wachsenden Reisesektors. Die World Tourism Organization (UNWTO) rechnet weltweit mit einer Verdoppelung des Tourismusaufkommens bis zum Jahr 2030 und das klimaschädliche Flugzeug sei immer häufiger das Verkehrsmittel der Wahl.

Nachhaltigkeit**A-Z****Z wie
Zukunftsaussichten**

Was haben Bauern in der Eifel, Waldbesitzer im US-Bundesstaat Maryland und Landwirte in Südwestengland gemeinsam? Sie werden für die Bereitstellung sogenannter Ökosystemleistungen finanziell honoriert. Das Interesse von Politik und Wissenschaft solche »Payments for Ecosystem Services«, kurz PES, als Instrument im Umweltschutz zu etablieren ist groß. Neunzehn internationale Beispiele inklusive persönlicher Interviews mit den Verantwortlichen und vielen Bildern zeigen, wie PES in der Praxis funktionieren.

B. Matzdorf, C. Biedermann, C. Meyer, K. Nicolaus, C. Sattler, S. Schomers
Was kostet die Welt? Payments for Ecosystem Services in der Praxis
Erfolgreiche PES-Beispiele aus Deutschland, Großbritannien und den USA
208 Seiten, broschiert, 29,95 Euro,
ISBN 978-3-86581-715-0

Erhältlich bei
www.oekom.de
oekom@verlegerdienst.de

Die guten Seiten der Zukunft

Nachhaltigkeit

A-Z

Z wie
Zusammenarbeit

Hunger und Armut, Klimawandel, Menschenrechte: Die Herausforderungen für die Weltgemeinschaft sind mannigfaltig und gewaltig. Nur eine grenzüberschreitende Zusammenarbeit kann Lösungen für globale Probleme finden. Doch davon sind wir noch weit entfernt. Bernd Kappes und Klaus Seitz als Herausgeber und viele weitere renommierte Autorinnen und Autoren zeigen, wie globale Partnerschaften neue Handlungsspielräume eröffnen können. Und die Souveränität der Staaten – das wird dabei auch klar – leidet nicht darunter.

Bernd Kappes, Klaus Seitz (Hrsg.)
**Nachhaltige Entwicklung braucht
 Global Governance**
 Weltinnenpolitik für das 21. Jahrhundert
 168 Seiten, broschiert, 22,95 Euro,
 ISBN 978-3-86581-730-3

Erhältlich bei
www.oekom.de
oekom@verlegerdienst.de


 Die guten Seiten der Zukunft

Das Weltverkehrsforum wurde 2006 gegründet und versteht sich als internationaler Thinktank für Mobilitätspolitik. Mit dem Beitritt von Argentinien, Israel und Marokko wächst es dieses Jahr auf 57 Mitgliedstaaten an. [ej]

► www.kurzlink.de/vr020615

WASSER & MEERE

Meeresschutz

G7 fordert globalen Einsatz

■ Um die andauernde Vermüllung der Meere aufhalten zu können, bedarf es laut Staats- und Regierungschefs der sieben reichen Industrienationen einer weltweiten Bewegung. Der G7-Beschluss dazu umfasst im Anhang konkrete Maßnahmen zur Vermeidung, Reduzierung und Beseitigung von Plastikmüll im Meer.

Die prioritären Maßnahmen unterteilen sich in vier Gebiete. Beim Forschungs- und Bildungsbereich stehen die Öffentlichkeitsarbeit und die weltweite Überwachung der Abfälle im Meer im Vordergrund. Im Bereich der Abfallentsorgung sollen Anreizsysteme entwickelt werden, die zur Vermeidung von Abfällen führen. Im Bereich der Müllbeseitigung sieht der G7-Beschluss eine Kommunikationsplattform vor, die den Austausch von Erfahrungen fördern soll. Zudem sollen Abfälle vermehrt in Hafenauffangeinrichtungen entsorgt werden.

Die G7-Gruppe bekannte sich außerdem zum Vorsorgeprinzip in Bezug auf den Tiefseebergbau. Das heißt, dass der Abbau von Rohstoffen nur genehmigt werden darf, wenn wissenschaftlich belegt ist, dass die Meeresumwelt keinen Schaden nimmt. Sandra Schöttner von Greenpeace fordert die Gruppe der sieben Nationen zustimmend auf: „Das darf kein reines Lippenbekenntnis bleiben!“ [mk]

► www.kurzlink.de/G7-Erklärung_2015
 ► www.greenpeace.de/presse/presseerklarungen/g7-und-meeresschutz

Staudämme

Wasserkraft wächst weltweit

■ Der World Energy Council hat Mitte Mai eine Studie zum globalen Ausbau der Wasserkraft veröffentlicht. Auf über 50 Seiten kommen die AutorInnen zu dem Ergebnis, dass der Bau von Wasserkraftwerken in den letzten Jahren einen Aufschwung erlebt hat, besonders in Asien, Lateinamerika und Afrika.

Obwohl die Wasserkraft zu den erneuerbaren Energien zählt, ist sie dennoch hoch umstritten. Der Drei-Schluchten-Damm in China und der Bau des brasilianischen Belo-Monte-Staudamms führten bereits weltweit zu Protesten von UmweltaktivistInnen und der Lokalbevölkerung.

Ebenso sind auf dem Balkan mehr als 2.000 Staudämme geplant, die die vielen noch unverbauten Flüsse bedrohen. Mit der Kampagne „Rettet das Blaue Herz Europas“ möchte ein Zusammenschluss aus europäischen Naturschutzorganisationen auf den bevorstehenden Wasserkraftboom aufmerksam machen. [mk]

► www.balkanrivers.net
 ► www.kurzlink.de/WorldEnergyCouncil15

Europäische Fischereipolitik

Massive Überfischung im Mittelmeer

■ Die Europäische Kommission lobt in ihrem Bericht von Anfang Juni die positive Entwicklung der Nord- und Ostseebestände sowie der Fischbestände im Nordostatlantik. Im Mittelmeer seien aber lediglich vier Prozent der Bestände auf Nachhaltigkeitsniveau.

Der Bericht ist Grundlage für eine öffentliche Konsultation um die Fischfangquoten der nächsten Jahre vorzubereiten. Karmenu Vella, EU-Umweltkommissar und zuständig für maritime Angelegenheiten, ist zuversichtlich: „Die offensichtlichen Erfolge in den nördlichen Fischereien zeigen, dass eine nachhaltige

Fischereibewirtschaftung möglich ist. Zusammen mit den Fischern müssen wir nun die positiven Ergebnisse konsolidieren und die Ziele der neuen Gemeinsamen Fischereipolitik erreichen.“

Der Bericht zeigt überdies, dass im westlichen Mittelmeer die Sterblichkeit bei Beständen wie Seehecht, Rotbarbe, Schwarzer Seeteufel und Blauer Wittling derzeit mehr als sechs Mal höher sei, als die nachhaltige Fischerei des höchstmöglichen Dauerertrags zulasse. Weitere Maßnahmen mit Drittländern werden vorbereitet. **[mk]**

► www.kurzlink.de/Fischbericht_2015

Elbenutzung

Konzept sieht Vertiefung des Flusses vor

■ Bei der sechsten Bund-Länder-Sitzung Ende Mai hat das Bundesverkehrsministerium in Kooperation mit den beteiligten Bundesländern ein Gesamtkonzept zur wirtschaftlichen Nutzung der Elbe beschlossen. Unter anderem wird eine Fahrrinntiefe von 1,60 Metern bei Niedrigwasser angestrebt.

Der Beschluss hat eine umweltverträgliche verkehrliche Nutzung zum Ziel und will eine wasserwirtschaftliche Notwendigkeit mit der Erhaltung des Naturraums in Einklang bringen. In dem Papier finden sich viele Umweltschutzbereiche wie Auen-, Gewässer- und Bodenschutz wieder. Flussbauliche Maßnahmen sind vorgesehen, wenn sie den ökologischen, wasserwirtschaftlichen und verkehrlichen Zielen dienen. Zudem möchten der Bund und die Bundesländer einen Dialogprozess in Gang setzen, um die verschiedenen Nutzungsansprüche an die Elbe zusammenzuführen. Im Beschluss heißt es sodann: „In das Gesamtkonzept für eine Entwicklung der Schifffahrtsstraße Elbe fließen die unterschiedlichen Ansprüche an die Elbe gleichberechtigt ein.“ **[mk]**

► www.kurzlink.de/Elbe-Gesamtkonzept

Großkläranlagen

Vier Mal reinigen, bitte

■ Das Umweltbundesamt spricht sich für eine vierte Reinigungsstufe bei großen Kläranlagen aus. Bei Anlagen in Städten mit einer Bevölkerung von über 100.000 Menschen sei der Effekt einer zusätzlichen Stufe auf die Gewässer erheblich.

In der Studie beschreibt das Umweltbundesamt (UBA) die Notwendigkeit einer weiteren Stufe bei Großkläranlagen (Größenklasse 5). Denn bisher seien die Kläranlagen darauf ausgerichtet, organische Verunreinigungen und Metalle sowie Stickstoff und Phosphor zu filtern. Mikroverunreinigungen wie Arznei- und Reinigungsmittel, aber auch Baumaterialien und Körperpflegeprodukte werden bisher nicht erfasst.

Zudem hält das UBA eine vierte Reinigungsstufe für finanziell umsetzbar. Die Gesamtkostenbelastung sei in Deutschland mit 470 Millionen Euro pro Jahr überschaubar. **[mk]**

► www.umweltbundesamt.de/publikationen/mikroverunreinigungen-abwasserabgabe

WIRTSCHAFT & RESSOURCEN

TTIP-Abkommen I

EU-Handelsausschuss sagt Ja zu Investor-Staat-Klagen

■ Der Handelsausschuss des EU-Parlaments hat im Juni der von Berichterstatter Bernd Lange vorgeschlagenen Resolution über das Freihandelsabkommen zwischen EU und USA (TTIP) zugestimmt. Die Empfehlungen des Handelsausschusses an die EU-Kommission unterstützen unter anderem den Vorschlag von EU-Handelskommissarin Cecilia Malmström, die umstrittenen Investor-Staat-Klagen im TTIP zu reformieren.

Des Weiteren fordert der Ausschuss eine Liste sensibler landwirtschaftlicher

Produkte, die von der Liberalisierung des Handels ausgenommen werden sollen. Außerdem sollen öffentliche Dienstleistungen (etwa Wasser, Gesundheit, Bildung) nicht Teil des TTIP werden.

Die Entscheidung des Handelsausschusses stieß gerade wegen der Empfehlung zu Investor-Staat-Klagen auf große Kritik. Für Hubert Weiger, den Vorsitzenden des Bunds für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) ist der abgestimmte Resolutionstext eine herbe Enttäuschung: „Damit hat der EU-Handelsausschuss gegen die europäischen Bürger gestimmt. Obwohl sich Millionen Menschen in der EU gegen TTIP aussprechen, haben die Abgeordneten keine roten Linien für TTIP gezogen. Weder haben sie den hoch umstrittenen Investor-Staats-Schiedsmechanismus ausgeschlossen, noch haben sie der Einmischung von Konzernen bei der Gestaltung neuer Gesetze eine klare Absage erteilt. Damit stellen sie sich hinter die großen Konzerne und gegen den Umwelt- und Verbraucherschutz. Wir rufen das EU-Parlament dazu auf, die TTIP-Resolution abzulehnen. Diese Resolution muss vom Tisch, wie TTIP im Ganzen.“

Die Abstimmung im Plenum war für den 10. Juni geplant, wurde jedoch kurzfristig verschoben (siehe folgende Meldung). **[lr]**

► www.kurzlink.de/ep-ttip-isds-reform

► www.europarl.europa.eu/oeil/popups/ficheprocedure.do?reference=2014/2228%28INI%29&I=

TTIP-Abkommen II

Abstimmung zu TTIP-Resolution vertagt

■ Der Präsident des EU-Parlaments Martin Schulz hat die am 10. Juni geplante Abstimmung über die TTIP-Resolution kurzfristig verschoben. Grund seien die mehr als 200 Änderungsanträge, die vor der Abstimmung eingegangen sind.

Die Unterstützung des Parlaments für das geplante Freihandelsabkommen zwischen EU und USA (TTIP) ist zwar zu

diesem Zeitpunkt noch nicht notwendig, dennoch wäre sie wichtig für den Fortgang der Verhandlungen. Eine Einigung im EU-Parlament wurde durch eine starke Opposition seitens der S&D-Gruppe und Druck durch Nichtregierungsorganisationen vorerst verhindert. Auch die Zivilgesellschaft zeigt ihre Haltung zum geplanten Abkommen. Die „StopTTIP“-Kampagne erreichte in dieser Woche über zwei Millionen Unterschriften gegen das TTIP.

Noch vergangene Woche hatte der Handelsausschuss des EU-Parlaments für die Resolution gestimmt. Hauptstreitpunkt zwischen den Fraktionen sind die umstrittenen Investor-Staat-Klagen, die für den Investitionsschutz im TTIP geplant sind. Gegenüber EurActiv sagte die grüne EP-Abgeordnete Ska Keller, dass der Aufschub die Nervosität der großen Koalition im Europaparlament zeige. Die Entscheidung sei aus Angst vor Ablehnung des Berichts vertagt worden. Dies sei „Ergebnis des großen öffentlichen Drucks und damit auch ein Erfolg der Zivilgesellschaft“.

Der Text geht nun zurück an den Handelsausschuss des EU-Parlaments, der wieder am 15. und 16. Juni (nach Redaktionsschluss) in Brüssel tagen wird. [lr]

- www.euractiv.de/sections/eu-innenpolitik/eu-parlament-stoppt-ttip-abstimmung-315257
- www.stop-ttip.org

Ressourcennutzung

Neue EEB-Kampagne

■ Das Europäische Umweltbüro (EEB) hat passend zum Start der öffentlichen Konsultation zur Kreislaufwirtschaft eine Kampagne zur Ressourcennutzung in der EU gestartet.

„Make Resources Count“ zielt darauf ab, den übermäßigen Verbrauch natürlicher Ressourcen in Europa zurückzuführen. Stéphane Arditi, verantwortlich für Produkt- und Abfallpolitik im EEB, betonte, dass ein Einschnitt des Ressourcenverbrauchs sowohl der Umwelt als auch der Wirtschaft helfe. Durch besseres Ökodesign, Abfallvermeidung und Wie-

derverwendung können Unternehmen der EU bis zu 600 Milliarden Euro einsparen, so das EEB.

Auf der Kampagnenseite gibt das EEB Politikempfehlungen für eine bessere Ressourcennutzung, aber auch Ratschläge, wie jeder Einzelne sein Verhalten im Alltag ressourcenfreundlicher gestalten kann. [lr]

- www.makresourcescount.eu

Nicht finanzielle Berichterstattung

Umsetzung in Deutschland

■ Ein im Auftrag des Rates für Nachhaltige Entwicklung erstelltes juristisches Gutachten bestätigt, dass die Berichterstattung nach dem Deutschen Nachhaltigkeitskodex die Anforderungen an die EU-Richtlinie zur nicht finanziellen Berichterstattung erfüllen.

Die neue Richtlinie zur Offenlegung nicht finanzieller und die Diversität betreffender Informationen tritt ab dem Geschäftsjahr 2017 in Kraft. Ab diesem Zeitpunkt müssen Unternehmen mit mehr als 500 MitarbeiterInnen ihre Daten zu Umwelt-, Sozial- und Arbeitnehmerbelangen, zur Achtung der Menschenrechte und zur Bekämpfung von Korruption offenlegen.

Das Gutachten bestätigt, dass der Deutsche Nachhaltigkeitskodex für die Umsetzung der Richtlinie geeignet ist. Es wird in die Empfehlungen des Nachhaltigkeitsrates zur Umsetzung der Richtlinie einfließen. [lr]

- www.deutscher-nachhaltigkeitskodex.de

Konfliktmineralien

EU-Parlament will Berichtspflicht

■ Ende Mai hat das Europäische Parlament den Gesetzesvorschlag der EU-Kommission zu Konfliktmineralien zurückgewiesen. Mit 400 zu 285 Stimmen entschied sich das Parlament gegen das

von der Kommission vorgeschlagene freiwillige Zertifizierungssystem für Rohstoffe aus Konfliktregionen. Stattdessen fordert das Parlament rechtlich bindende Bestimmungen für Zinn, Tantal, Tungsten und Golderze. Diese Berichterstattungspflicht soll für sämtliche Importeure von Konfliktmineralien in die EU gelten, aber auch für Unternehmen, die Konfliktrohstoffe in ihren Produkten verarbeiten. Damit stimmte das EU-Parlament gegen die Position des eigenen Handelsausschusses, der bereits im April dem Vorschlag der EU-Kommission zugestimmt hatte.

Da es zu keiner Einigung in erster Lesung gekommen ist, wird es als Nächstes informelle Verhandlungen zwischen EU-Parlament und den Mitgliedstaaten geben, bevor es in die Abstimmungen in zweiter Lesung geht. [lr]

- www.kurzlink.de/ep-konfliktmin

Ressourceneffizienz

Allianz gegründet

■ Während des G7-Treffens vergangene Woche auf Schloss Elmau haben sich die Staats- und Regierungschefs für ambitionierte Maßnahmen im Bereich Ressourceneffizienz ausgesprochen.

Dazu gehört die Gründung einer Allianz für Ressourceneffizienz, wie sie bereits im März Bundesumweltministerin Barbara Hendricks vorgeschlagen hatte. Der Materialeinsatz in der Industrie macht durchschnittlich 45 Prozent der Kosten im verarbeitenden Gewerbe aus. Durch einen effizienteren Einsatz von Ressourcen können enorme Einsparungen vorgenommen werden, die auch dem Klimaschutz zugutekommen.

Die neu gegründete Allianz wird mindestens eine Veranstaltung unter jeder künftigen G7-Präsidentschaft durchführen, sodass das Thema Ressourceneffizienz auf der Agenda bleibt. [lr]

- www.g7germany.de
- www.neress.de/nachbericht-g7.html

DNR INTERN

Reform Bundesberggesetz

Bohrer oder Bagger?

■ Das Bundesberggesetz regelt in Deutschland den Abbau der meisten unterirdischen Rohstoffe, so auch Frackinggas und Kohle. Beide fossilen Energieträger stehen im Fokus von bundesweiten Bewegungen, dabei ist das Bergrecht selbst aber selten ein Thema. Bei der Podiumsdiskussion „Ob Bohrer oder Bagger“ stellten die Mitarbeiter des DNR-Projekts „Reform des Bundesberggesetzes“ die Frage, ob nicht eben dieses Berggesetz ein zentraler Punkt für antifossile Bewegungen sein kann. Derzeit gibt das Gesetz dem Rohstoffabbau nahezu uneingeschränkten Vorzug vor Umweltschutz oder Rechten von durch Bergbaufolgen Betroffenen.

Das zeige sich unter anderem bei den schwierigen Kämpfen um die klima- und energiepolitisch unsinnige Erweiterung von Braunkohletagebauen in der Lausitz und im Rheinland, sagte Stefan Taschner von Kohleausstieg Berlin. Deshalb habe das Bundesverfassungsgericht auch den klaren Auftrag ausgesprochen „Lieber Gesetzgeber, ändere was!“, ergänzte Julia Verlinden, energiepolitische Sprecherin der Grünen-Bundestagsfraktion. Offene Türen für eine Reform könnten die Klimaschutzziele und die Strategie zum Ressourcenschutz der Bundesregierung sein, das zuständige Bundeswirtschaftsministerium habe dazu freundliches Interesse signalisiert, sehe aber keinen Handlungsbedarf, stellte Oliver Weber, Fachreferent im Umweltbundesamt fest.

Andy Georghiu, bundesweit anerkannter Frackingkritiker, zeigte sich ebenfalls skeptisch, dass nach der minimalen Änderung, die das Gesetz im Rahmen der Frackinggesetzgebung gerade durchläuft, in naher Zukunft weitere Reformen zu erwarten sind. Eine grundsätzliche Reform müsse durch starke Bewegungen für die Energiewende erstritten werden. Damit dann vonseiten der Verwaltung und der Legislative gehandelt werden kann, muss

das Berggesetz als Reformprojekt aber präsent bleiben und immer wieder thematisiert werden. [sst]

- ▶ DNR-Projekt Reform des Bundesberggesetzes, Simon Straub, Tel. +49 (0)30 / 6781775-73, E-Mail: simon.straub@dnr.de, www.dnr.de

AUS DEN VERBÄNDEN

Portraitserie

Mitglieder des DNR

■ Die 100 Mitgliedsorganisationen des DNR sind sehr vielfältig und haben unterschiedliche Schwerpunkte. Um den Leserinnen und Lesern einen Überblick zu verschaffen, werden in dieser Rubrik in alphabetischer Reihenfolge die einzelnen Verbände in Form von Kurzportraits vorgestellt.

Schweisfurth-Stiftung

Die Schweisfurth-Stiftung wurde 1985 von dem Metzgermeister Karl Ludwig Schweisfurth gegründet. Ihr Arbeitsschwerpunkt liegt auf der Schaffung einer gerechten und nachhaltigen Land- und Lebensmittelwirtschaft. Dazu gehören Themen rund um die Herstellung, Verarbeitung und Verteilung der Lebensmittel. Die Schweisfurth-Stiftung fördert das Bewusstsein für den Wert von lebendigen Lebensmitteln, deren Qualität von ökologischen, sozialen und kulturellen Werten geprägt wird. Diese sind eingebettet in ein Leitbild für eine nachhaltige, ökosoziale Agrar- und Ernährungskultur. Das Leitbild ist die Grundlage für die Stiftungstätigkeit und benennt Bedingungen und Lösungen für eine zukunftsweisende Entwicklung der Landwirtschaft. Mit Veranstaltungen, Vorträgen und agrarökologischer und -sozialer Projektarbeit mobilisiert die Stiftung und regt Verhaltensänderungen in der breiten Öffentlichkeit an. Auch eine ethisch verantwortbare, tiergerechte Zucht und Haltung von landwirtschaftlich genutzten Tieren ist Anliegen der Stiftung. Das Projekt Tierschutz auf dem Teller wurde mehrfach ausgezeichnet. [as]

- ▶ Schweisfurth-Stiftung, Christa Thomas, München, Tel. +49 (0)89 / 179595-0, Fax -19, E-Mail: info@schweisfurth.de, www.schweisfurth-stiftung.de

Stiftung Europäisches Naturerbe – EuroNatur

EuroNatur wurde 1987 vom Bund für Umwelt- und Naturschutz Deutschland, dem Naturschutzbund Deutschland und der Deutschen Umwelthilfe gegründet. Als gemeinnützige Stiftung setzt sich EuroNatur dafür ein, Wildtiere und ihre Lebensräume in Europa zu schützen und ökologisch wertvolle Gebiete miteinander zu verbinden. Auch auf europapolitischer Ebene ist die Stiftung als Anwältin der Natur aktiv. EuroNatur schafft ökologische Perspektiven für Menschen und Natur – beispielsweise durch den Aufbau von Strukturen für Naturtourismus. Dabei konzentriert sich EuroNatur auf langfristig angelegte Projekte und bezieht die lokale Bevölkerung in die Naturschutzmaßnahmen mit ein. Um Kräfte und Wissen zu bündeln, vernetzt sich die Stiftung mit wichtigen Akteuren aus Naturschutz, Politik und Wissenschaft. Ein Beispiel dafür ist die Kampagne „Rettet das Blaue Herz Europas“ zum Schutz wertvoller Flusslandschaften auf dem Balkan. [as]

- ▶ EuroNatur, Gabriel Schwaderer, Radolfzell, Tel. +49 (0)7732 / 9272-0, Fax -22, E-Mail: info@euronatur.org, www.euronatur.org

Stiftung Ökologie & Landbau

Die Stiftung Ökologie & Landbau (SÖL) ist seit ihrer Gründung 1961 eine gemeinnützige, unabhängige und wissenschaftsfördernde Einrichtung. Sie hat sich zum Ziel gesetzt, eine natur- und umweltverträgliche Landwirtschaft zu fördern, zu erhalten und weiterzuentwickeln. Zu den Arbeitsschwerpunkten zählen insbesondere die Koordination der Akteure sowie die Öffentlichkeitsarbeit für den Biolandbau. Dazu gehört unter anderem, dass die Stiftung Erfahrung und Wissen zum Ökolandbau dokumentiert, Wissen durch unterschiedliche Medien aufbereitet und weitergibt und eigene Forschungsvorhaben durchführt. Des Weiteren betreibt sie den Seminar- und Schulbauernhof Gut Hohen-

berg. Der Stiftung ist außerdem eine enge Zusammenarbeit mit den wesentlichen Akteuren des Ökolandbaus wichtig. Derzeit liegt der Schwerpunkt der Arbeit im deutschsprachigen Raum. Zunehmend gewinnen auch internationale Kooperationen für die SÖL an Bedeutung. [jb]

- Stiftung Ökologie & Landbau, Uli Zerger, Weinstraße Süd 51, 67089 Bad Dürkheim, Tel. +49 (0)6322 / 989700, E-Mail: info@soel.de, www.soel.de

UNESCO-Biosphärenreservat

Succow Stiftung und NABU setzen sich für Tanasee ein

■ Im Juni hat die UNESCO die NABU-Projektregion am Tanasee in Äthiopien als neues Gebiet in das Weltnetz der Biosphärenreservate aufgenommen. Der NABU arbeitet bereits seit 2012 in der Region, um in Kooperation mit der Regierung des Amhara-Regionalstaats und der Michael Succow Stiftung die Entwicklung eines Biosphärenreservats voranzubringen.

Die Michael Succow Stiftung mit dem „Management Plan Lake Tana Biosphere Reserve“ und der NABU mit dem Projekt „Für Mensch und Natur – Aufbau eines UNESCO-Biosphärenreservats am Tanasee in Äthiopien“ lieferten eine der Grundlagen zur Entscheidung des International Co-ordinating Council (ICC) des UNESCO-Programms „Man and Biosphere“ (MAB) im Juni in Paris.

Ein einzigartiges Natur- und Kulturerbe in und um den Tanasee wird durch die Anerkennung nun langfristig geschützt. Denn das Ökosystem des höchstgelegenen Sees in Afrika ist mit seiner 3.000 Quadratkilometer großen Wasserfläche Quellgebiet des Blauen Nils. Es ist das wichtigste afrikanische Überwinterungsgebiet des Europäischen Kranichs und Heimat zahlreicher anderer Wasser- und Singvögel und beheimatet Nilpferde, Krokodile, Warane, Bergpythons sowie seltene Fischarten. Durch den Mangel an alternativen Einkommensmöglichkeiten übernutzte die lokale Bevölkerung die natürlichen

Ressourcen in und um den Tanasee vielfach. Ziel der Nominierung des Sees als UNESCO-Biosphärenreservat war daher, nachhaltige Bewirtschaftung und Naturerhalt zu verbinden.

Da sich der Konflikt zwischen aktueller Nutzung und schützenswerter Natur und Kultur auch in anderen Gebieten Äthiopiens zeigt, erstellt die Michael Succow Stiftung derzeit eine Potenzialanalyse für weitere UNESCO-Biosphärenreservate in Äthiopien. [red]

- Projekt-Website der Michael Succow Stiftung: www.succow-stiftung.de/aethiopien-aufbau-eines-biosphaerenreservats-am-tanasee
- NABU zu Tanasee-Projekt: www.kurzlink.de/nabu-tanasee06.2015

Jahrestagung

Bdla stellt Weichen für die nächsten Jahre

■ Grüne Infrastruktur und Landschaftsarchitektur waren Gegenstand des Jahrestreffens des Bundes Deutscher Landschaftsarchitekten (bdla) im Frühjahr in Hannover. Wie ein „grüner Faden“ zieht sich die Problematik durch die Verbandsarbeit: Das Buch zum Deutschen Landschaftsarchitektur-Preis 2015 trägt den Titel „Grüne Infrastruktur“ und der bdla plant 2016 dazu einen Kongress gemeinsam mit anderen Verbänden. Auch beim Wettbewerb Deutscher Landschaftsarchitektur-Preis 2017 wird es um diese Frage gehen. Ziel ist eine gleichwertige Betrachtung von grüner und grauer Infrastruktur und daraus resultierend verbesserte gesetzliche Rahmenbedingungen und eine breitere Förderung. Neben der Schwerpunktsetzung für die Verbandsarbeit bekräftigten die Teilnehmer der Jahrestagung, weiterhin die Nachwuchsarbeit stärken zu wollen. Ausführliche Informationen gibt es auf der Website des bdla. [mbu]

- Bund Deutscher Landschaftsarchitekten, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 278715-0, E-Mail: info@bdla.de, www.bdla.de

Klimafreundlicher Bergsport

Umweltfreundlich in die Berge

■ Der neue Webauftritt des Deutschen Alpenvereins (DAV) zum Thema Mobilität & Bergsport bietet Interessierten Informationen zu Bus- und Bahnangeboten, Tipps zur Planung und Anreise und viele Tourenempfehlungen.

„Die Landschaft erobert man mit den Schuhsohlen, nicht mit den Autoreifen.“ Dieses Motto des französischen Humanisten Georges Duhamel gilt aus Sicht des Alpenvereins für Bergsportler umso mehr. Die Landschaft, für die sie sich begeistern, ist auch heute noch meist nur zu Fuß oder mit dem Rad zu erkunden. Um Aktivitäten im Gebirge nachgehen zu können, muss man sich jedoch erst einmal dort hinbegeben. In der heutigen Zeit der maximalen, individuellen Mobilität geschieht dies häufig mit dem Pkw. Nicht zuletzt, weil die wirklich abgelegenen Regionen besonders reizvoll und Alternativen oft nicht bekannt sind. Hier setzt der DAV mit umfangreichen Informationen und Tipps rund um die umweltfreundliche Anreise an. [red]

- www.alpenverein.de/Natur-Umwelt/Mobilitaet

Landschaftspflege

Starkes Bündnis für die Hüteschäferi in Bayern

■ Acht bayerische Verbände und das Bayerische Umweltministerium haben im Juni in Augsburg die gemeinsame Erklärung „Kulturlandschaft braucht Schafe! Strategie zur Förderung der Hüteschäferi in Bayern“ präsentiert. Ziel ist der Erhalt der Hüteschäferi in Bayern und die Entwicklung tragfähiger Zukunftsperspektiven.

Der Deutsche Verband für Landschaftspflege (DVL) initiierte dafür ein Bündnis mit Bayerischem Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz (StMUV), Landesverband Bayerischer Schafhalter, Bayerischem Gemeindetag,

BUND Naturschutz in Bayern (BN), Landesbund für Vogelschutz in Bayern (LBV), Bayerischem Jagdverband (BJV) mit Wildland-Stiftung Bayern, Bayerischem Bauernverband (BBV) und den Bayerischen Naturparken. [mbu]

- ▶ www.schafbeweidung.lpv.de
- ▶ www.landschaftspflegeverband.de

Ausstellung

„Ran an den Speck!“

■ Das Forum für internationale Entwicklung und Planung finep hat eine Wanderausstellung erarbeitet, die sich mit den globalen Zusammenhängen von Fleischkonsum und Fleischproduktion beschäftigt. Auf neun Tafeln widmet sich die Ausstellung den ökologischen und sozialen Auswirkungen des Fleischkonsums. Dazu werden die Wege der globalen Fleischproduktion nachgezeichnet: wie Soja aus Süd-

amerika in den Futtertrögen der Massentierhaltung in Deutschland landet und wie Fleischexporte in afrikanischen Ländern lokale Märkte überschwemmen. Außerdem geht es in der Ausstellung um Möglichkeiten für die individuelle Konsumveränderung, um politisches Engagement und um Alternativen einer nachhaltigen Fleischproduktion. Die Ausstellung kann ab Juni 2015 ausgeliehen werden. Sie besteht aus neun selbststehenden Tafeln. [red]

- ▶ <http://fleischausstellung.finep.org>

PREISE & AUSSCHREIBUNGEN

Fotowettbewerb

Gutes Essen im Visier

■ Das Bündnis Supply Cha!nge, dem auch das Europäische Umweltbüro (EEB) ange-

hört, setzt sich für eine fairere und nachhaltigere Lebensmittelindustrie ein. Mit einem Fotowettbewerb will das Bündnis darauf hinweisen, was Verbraucherinnen und Verbraucher unter guten Lebensmitteln verstehen. Alle haben Lieblingsgerichte, alle lieben leckeres Essen. Die Supermärkte bieten eine riesige Auswahl an Lebensmitteln zu immer niedrigeren Preisen. Die Kehrseite dieses Konsumparadieses: Die Menschen im globalen Süden und in Europa, die diese Nahrungsmittel anbauen oder weiterverarbeiten, können oft kaum davon leben. Zudem werden viele Produkte auf eine umweltschädliche Weise hergestellt. Es ist Zeit, Essen nachhaltiger zu machen. Aber wie?

Mit dem Fotowettbewerb können Interessierte ihre Vision einer faireren und ökologischeren Zukunft abbilden und den Handelsketten einen Spiegel vorhalten. Informationen gibt es auf der Website des Bündnisses. [mbu]

- ▶ <http://supplycha!nge.org/fotowettbewerb>

Bewerbung bis 15. August

Universität
Rostock



Traditio et Innovatio

Berufsbegleitend zum Masterabschluss

Fernstudium Umweltschutz (M.Sc.)

Entwickeln Sie innovative Problemlösungen im Umweltschutz. Wählen Sie zwischen der technischen und der ökosystemaren Vertiefungsrichtung.

- ▶ Dauer: 5 Semester berufsbegleitend
- ▶ Abschluss: Master of Science

Fernstudium Bildung und Nachhaltigkeit (M.A.)

Lernen Sie, Bildungsangebote für eine nachhaltige Entwicklung professionell zu konzipieren, durchzuführen und zu evaluieren.

- ▶ Dauer: 4 Semester berufsbegleitend
- ▶ Abschluss: Master of Arts

www.weiterbildung.uni-rostock.de

TERMINE

JULI

02.–05.07., Kochel
am See

**Unser Bergwald
– Schutz, Heimat,
Arbeitsplatz.**

Umweltseminar

► Naturfreunde Deutschlands, Christine Eben, Tel. +49 (0)89 / 782569, E-Mail: eben@naturfreunde.de, www.naturfreunde.de/termin/umweltseminar-unser-bergwald-schutz-heimat-arbeitsplatz

06.–07.07., Straubing (D)

**„Wärmewende: zentraler Baustein der
Energiewende“ und „Energieeffizienz optimieren
– Kosten sparen.“** Symposium

► Centrales Agrar-Rohstoff Marketing- und Energie-Netzwerk, E-Mail: contact@carmen-ev.de, www.carmen-ev.de/infoteh/c-a-r-m-e-n-e-v/symposium

08.–10.07., Wiesbaden (D)

Deutscher Landschaftspflegeetag 2015. Tagung

► Deutscher Verband für Landschaftspflege, Tel. +49 (0)981 / 46533540, E-Mail: sekretariat@lpv.de, www.landschaftspflegeverband.de

12.07., Berlin (D)

Big Jump und Big Jump Challenge. Aktion
Sozial-ökologische Forschungsgruppe GETIDOS,
Universität Greifswald, Léa Bigot, Tel. +49 (0)3834 /
86-4696, E-Mail: info@bigjumpchallenge.net,
www.bigjumpchallenge.net

14.07., Schneverdingen (D)

Entdeckung der Bodenwelt. Seminar

► Alfred Toepfer Akademie für Naturschutz (NNA), Gudrun Janz, E-Mail: gudrun.janz@nna.niedersachsen.de, Tel. +49 (0)5198 / 989071, www.nna.niedersachsen.de/veranstaltungen/bodenwelt-128146.html

14.07., Mainz (D)

**Herausforderungen der naturschutzrechtlichen
Eingriffsregelung in der Praxis.** Seminar

► Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e.V., Tel. +49 (0)6132 / 714962, E-Mail: gst-rp@vhw.de, www.vhw.de/seminardocs/RP156027.pdf

14.07., Flintbek (D)

Das Verschlechterungsverbot der FFH-Richtlinie.
Seminar

► Bildungszentrum für Natur, Umwelt und ländliche Räume, Tel. +49 (0)4347 / 704780, ww.bnur.schleswig-holstein.de

14.–15.07., Augsburg (D)

**Die Bayerische Kompensationsverordnung –
Produktionsintegrierte Kompensation (PIK).**
Fachtagung

► Bayerische Akademie für Naturschutz und Landschaftspflege (ANL), Anita Hafner, Tel. +49 (0)8682 / 896320, E-Mail: anita.hafner@anl.bayern.de, www.anl.bayern.de/veranstaltungen

14.–15.07., Schneverdingen (D)

Neue Schutzstrategien für Ackerwildkräuter?
Fachtagung

► Alfred Toepfer Akademie für Naturschutz (NNA), Gudrun Janz, E-Mail: gudrun.janz@nna.niedersachsen.de, Tel. +49 (0)5198 / 989071, www.nna.niedersachsen.de/veranstaltungen/Ackerwildkraeuter-128021.html

17.07., Friedrichshafen (D)

3. Deutscher BoulderCup 2015. Wettbewerb

► Deutscher Alpenverein, www.alpenverein.de/wettkampf/3-deutscher-bouldercup-2015-friedrichshafen_aid_15185.html

21.07., Würzburg (D)

**Netzausbau – aktuelle Herausforderungen für
Städte, Gemeinden und Landkreise.** Seminar

► Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e.V., Tel. +49 (0)89 / 29163930, E-Mail: gst-by@vhw.de, www.vhw.de/seminardocs/BY152146.pdf

AUGUST

29.08., Eilenburg (D)

**9. Fachtagung zum Schutz des Elbebibers in
Sachsen.** Fachtagung

► NABU Landesverband Sachsen, Tel. +49 (0)341 / 3374150, E-Mail: landesverband@nabu-sachsen.de, www.sachsen.nabu.de

Umweltbildungs-Termine: siehe S. 36
Weitere Termine: www.dnr.de/termine

Impressum

umwelt aktuell Juli 2015

ISSN 1865-3901

Herausgeber: Deutscher Naturschutzring, Dachverband der deutschen Natur-, Tier- und Umweltschutzverbände (DNR) e. V., Marienstr. 19–20, D-10117 Berlin, Tel. +49 (0)30 / 678177570, E-Mail: info@dnr.de, www.dnr.de

Verlag: oekom verlag, Gesellschaft für ökologische Kommunikation mbH, Waltherstr. 29, D-80337 München, Tel. +49 (0)89 / 5441840, E-Mail: kontakt@oekom.de, www.oekom.de

Chefredaktion: Helga Inden-Heinrich [hih] (gesamt verantwortlich), Bjela Vossen [bv] (Europa und Internationales, verantw.). **Redaktion:** Marion Busch [mbu], Eric Janáček [ej], Markus Kutzker [mk], Antje Mensen [am], Lavinia Roveran [lr], Elena Schäggen [es]. **Redaktionelle Mitarbeit:** Aylin Sprünken [as], Jurek Brzoska [jb], Simon Straub [sst] EU-Umweltbüro des Umweltdachverbandes [UWD]. **ökopädNEWS:** siehe S. 33

Kontakt/Probehefte: Redaktion umwelt aktuell, Marienstr. 19–20, D-10117 Berlin, Tel. +49 (0)30 / 678177581, E-Mail: redaktion@dnr.de, www.umwelt-aktuell.eu

Schlusskorrektur: Gottind Blechschmidt, Augsburg.

Fotos: DLR (Titel). **Grafik/DTP:** Marion Busch, Eric Janáček. **Druck:** Kessler Druck + Medien GmbH & Co. KG, D-86399 Bobingen. Gedruckt auf Circleoffset White, 100 % Recycling, von Arjowiggins/Igepa group.

Erscheinungsweise: monatlich am Monatsanfang

Redaktionsschluss: 10. des vorhergehenden Monats

Abonnements/Bestellungen/Probeabos: InTime Media Services GmbH, D-82034 Deisenhofen, Tel. +49 (0)89 / 85853-570, Fax -62570, E-Mail: oekom@intime-media-services.de, www.oekom.de

Anzeigen: oekom verlag, Tabea Köster, München, Tel. +49 (0)89 / 544184-35, E-Mail: anzeigen@oekom.de

Die Redaktion behält sich Kürzung und Bearbeitung von Beiträgen vor und haftet nicht für unverlangt eingesandtes Material. Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion, des Herausgebers und des Verlags wieder.

Dieses Projekt wird finanziell vom Bundesumweltministerium gefördert. Die Förderer übernehmen keine Gewähr für die Richtigkeit, Genauigkeit und Vollständigkeit der Angaben sowie für die Beachtung der Rechte Dritter. Die geäußerten Ansichten und Meinungen müssen nicht mit denen der Förderer übereinstimmen.



Digitale Medien

Weltbilder gestalten

Die Einbeziehung von Multimedia in die Umweltbildungsarbeit muss nicht in den Widerspruch zur Naturerfahrung treten. Vielmehr können sich beide ergänzen, wie viele Projekte zeigen, um Kinder und Jugendliche mithilfe der digitalen Werkzeuge zu achtsamen Gestaltern ihrer Umwelt zu machen.

□ Die jährlich erstellten Studien des Medienpädagogischen Forschungsverbundes Südwest (mpfs) zur Mediennutzung von Kindern und Jugendlichen zeigen, dass in dieser Altersgruppe fast alle über Internetzugänge, Computer oder Mobilgeräte verfügen. Besonders häufig genutzt wurden Videoportale.

Selber machen

Mit den einfachen Hilfsmitteln zur eigenen Medienproduktion sind die Möglichkeiten zur Beteiligung von Kindern und Jugendlichen enorm gewachsen. Gerade die Verbreitung mobiler Geräte wie Tablets und Smartphones macht es möglich, überall und jederzeit Material für eine Medienproduktion zu erstellen: Handys verfügen über eine Option zum Filmen, können Fotos machen und Sounds aufnehmen, Digitalkameras finden sich in nahezu jedem Haushalt. Eine Vielzahl von Programmen ist erhältlich, mit denen aus dem Rohmaterial relativ einfache Präsentationen, Bildergeschichten und Videos erstellt werden können. Dabei ist es sinnvoll, auf kostenlose Programme zurückzugreifen, wenn der Aspekt der Nachhaltigkeit auch für die pädagogische Arbeit gelten soll: Kinder und Jugendliche sollen sich die Programme leisten können.

Damit eröffnen sich viele Möglichkeiten für die Umweltbildung: Schnell ist das Material für eine Fotodokumentation zum Thema Biodiversität auf einer Exkursion erstellt. Mit einfachen Schnittprogrammen wie Moviemaker, Video Pad oder Imovie können daraus kleine Fotopräsentationen als Diashows erstellt werden. Über Aktionen können kurze Videos gedreht werden, die mit Schnittprogrammen zu Filmen montiert werden. Zur Vertonung eignet sich das Programm

Audacity, Fotos werden mit dem Bildprogramm Gimp bearbeitet.

MULTIMEDIA IN DER UMWELTBILDUNG

Vom Konsumenten zum Produzenten

Medienpädagogisch passiert da etwas Entscheidendes: Kinder und Jugendliche werden von Konsumenten zu Produzenten. Damit aber verlagert sich ihr Blickwinkel. Sie nehmen die Welt anders wahr, suchen nach Perspektiven, die ihre Sicht auf die Welt darstellen können. Eine Fotokamera in der Hand eines 12-Jährigen fokussiert auf der Suche nach Naturbildern den Blick, lässt Details wie Farben, Formen und Strukturen deutlicher werden. Eine weitere wichtige Wirkung lässt sich feststellen: Jugendliche, die zum Beispiel einen Film produzieren und dann in ein Videoportal hochladen, machen die Erfahrung: „Ich kann das.“ Sie erleben sich selbst als wirksam. Und über soziale Netzwerke erhalten sie Resonanz über ihre Arbeit und können ihre Haltung zur Welt kommunizieren.

Ästhetische Erforschung der Umwelt

Medienproduktionen können wesentlich mehr sein als Dokumentationen. Sie werden zu Mitteln, mit deren Hilfe sich Visionen einer anderen Welt darstellen lassen, werden zum Werkzeug der Untersuchung der Umwelt. Sie transportieren Entwürfe eines anderen Lebens, werden zu Gestaltungsmitteln. Die pädagogische Qualität besteht darin, dass das multimediale Arbeiten mehr ist als nur das Gestalten einer Medienproduktion. Es ist vielmehr ein mediales Nachdenken über Zusammenhänge, die oft erst in der Pro-

duktion und in der Auseinandersetzung der beteiligten Kinder und Jugendlichen mit einem Umweltthema klar werden. So können Multimediaprojekte zu einem Mittel der ästhetischen Erforschung der Umwelt werden.

Erklärvideos

Bei Jugendlichen beliebt sind „Erklärvideos“, die über Videoportale zu den verschiedensten Themen angesehen werden können. Im zweiten Schritt können solche dann auch produziert werden – gemeinsam mit Jugendlichen als Medienprojekt. Die Redakteure des Onlineportals „e-politik – Politik, Gesellschaft & Politikwissenschaft“ haben in der Reihe „WissensWerte“ mehrere Videos zu den verschiedensten Themen wie Globalisierung, Energiewende, Welternährung oder Klimawandel die politische Arbeit erstellt. Sie können als Vorlage für eigene Produktionen mit Jugendlichen dienen.

Immer noch wird von PädagogInnen befürchtet, dass mit der Nutzung von Multimedia an Stelle der direkten Welterfahrung eine nur noch medial vermittelte tritt. Dass das nicht so sein muss, machten Beiträge und Diskussionen auf der Tagung „Natur 2.0“ deutlich, über die Marion Loewenfeld und Simone Gerhardt nachfolgend in der Rubrik Blickpunkt berichten.

Günter Klarner,
Pädagoge, Bundesvorstand der ANU,
guenter.klarner@creta.de

- ▷ Studien zur Internetnutzung:
www.mpfs.de
- ▷ Onlineportal e-politik:
www.e-politik.de

BLICKPUNKT

Natur 2.0 – Potenziale natürlicher und medialer Erfahrungsräume

Feuer aus Steinen schlagen, Frühlingskräuter sammeln und Tee daraus bereiten oder auf einen Baum klettern begeistert auch heute noch Kinder und Jugendliche – und muss nicht im Gegensatz zu digitalen Abenteuern stehen. Das ist ein Ergebnis der Tagung „Natur 2.0 – Natur und neue Medien“, die von der ANU Bayern, dem Naturerlebniszentrum Burg Schwaneck und Ökoprosjekt MobilSpiel e.V. Ende April veranstaltet wurde.

Kinder und Jugendliche wachsen heute ganz selbstverständlich mit digitalen Medien auf. Es stellt sich die Frage: Wie kann eine Bildung für nachhaltige Entwicklung beide Potenziale, Natur- und Medienerfahrung, für die Entwicklung nachhaltiger Lebensstile nutzen?

Digitaler Weg zum eigenen Wertesystem

Klaus Lutz, Medienpädagoge am JFF-Institut für Medienpädagogik in Forschung und Praxis zeigte, wie positiv und vielfältig Mediennutzung sein kann und wie Kinder und Jugendliche davon profitieren können. Soziale Netzwerke dienen Jugendlichen sowohl auf der Suche nach einer eigenen Identität zur Selbstvergewisserung als auch dazu, Beziehungen zu knüpfen und zu pflegen. Jugendliche nutzen das Internet zur Informationsgewinnung, um sich in der Welt zu orientieren und ihr eigenes Wertesystem auszubilden. Das Netz ist für junge Menschen ein Ort der Emotionen, eine Form von Heimat. Im Internet finden sie Bestätigung, schließen Freundschaften, streiten sich, verlieben sich und trauern gemeinsam. Darüber hinaus verändern die digitalen Medien alle Formen des Austauschs und der Partizipation grundlegend. Sie ermöglichen eine kostengünstige, effektive Zusammenarbeit, Gruppenorganisation und Vernetzung und sind damit ein starkes Werkzeug für eine intensive Kommunikation. Daher sind sich viele junge Menschen über den Nutzen der digitalen Medien einig: Sie sind sinnvoll, vielfältig einsetzbar und aus dem Alltag nicht mehr wegzudenken.

Lebendige Kinder – lebendige Zukunft

Der Philosoph und Biologe Andreas Weber zeigte in seinem Referat „Lebendige Kinder – lebendige Zukunft“ auf, warum Naturerfahrungen für Kinder und Jugendliche wesentlich sind. Einig war er sich mit Klaus Lutz darin, dass Kinder und Jugendliche heute mehr Freiräume haben sollten, um eigene Erfahrungen zu machen und zu einer eigenen Identität zu finden. Andreas Weber bezieht die Freiräume auf die Auseinandersetzung mit der Natur, die für Kinder grundlegend ist. Seine These ist „Kinder sind Wildnis“, weil sie die Welt so nehmen, wie sie ist, und damit auch Erwachsenen eine andere Sichtweise auf die Welt vermitteln können. Das zweckfreie Spiel in der Natur erschließt Kindern die Natur auch als Mysterium und vermittelt Lebendigkeit, Freude und ein In-Beziehung-Sein mit der Welt. Von Bedeutung ist, sich selbst als Teil eines großen Ganzen zu erfahren und mit diesem in andauernder Beziehung zu stehen. Ebenso ist es für Kinder wichtig, in dieser Auseinandersetzung mit Natur keiner Kontrolle unterworfen zu sein und nicht beurteilt zu werden. Diese Phänomene wirken glücks- und identitätsstiftend. Daraus entwickeln sich emotionale Bindungen, die Voraussetzungen sind für ein Agieren zum Erhalt der Erde.

Soziale Medien als Werkzeug des Engagements

Junge Akteure aus den Bereichen Naturschutz und Nachhaltigkeit zeigten überzeugend, dass für sie soziale Medien Basis und Werkzeuge ihres Engagements sind.

Diese stellen eine kostengünstige Möglichkeit dar, eigene Beispiele aus ihrer Arbeit und persönliche Eindrücke vor allem als Video oder Bild weiterzuverbreiten. Als aktuelle Themen, für die sie sich engagieren, nannten sie Konsumkritik, alternative Lebensstile, Weltbürgertum und Verteilungsgerechtigkeit auf der Erde. Sie betonten aber auch, dass ihre Aktionen Spaß machen müssen. Als Beispiele nannten sie die Organisation einer TTIP-Demonstration, Walderlebnisse, eine Schnippelparty mit Containerfood oder die Organisation und Durchführung einer Kleidertauschbörse.

Wie gut sich Naturerfahrung und Mediennutzung mit einem Kompetenzgewinn in beiden Bereichen verbinden lässt, zeigten Workshops und Foren auf der Tagung: Witzige Filme zum Schutz des Regenwalds, eine spannende grüne Schatzsuche, um biologische Vielfalt über das Smartphone zu erkunden oder das digitale Tagebuch einer von Jugendlichen organisierten und durchgeführten Bergwanderung – es gibt viele kreative Möglichkeiten, neue Medien auch in Verbindung mit Naturerfahrung zu nutzen.

Besonders in der internationalen Zusammenarbeit, im Austausch mit anderen Kulturen, spielen über die persönliche Begegnung hinaus Radio, Internet und soziale Medien eine entscheidende Rolle, um eine Vielfalt der Informationen zu gewähren, Lernprozesse und Beziehungen längerfristig aufrechtzuerhalten und zu nachhaltigen Ergebnissen zu kommen.

Von- und miteinander lernen

Im Gespräch mit den ReferentInnen und durch Best-Practice-Beispiele wurde klar: Bildung für nachhaltige Entwicklung bedeutet gerade im Medienbereich von- und miteinander zu lernen, um Kompetenzen zu erweitern und zu stärken. Dabei sollten echte Erfahrungs- und Freiräume in der natürlichen wie in der medialen Welt gewährt werden. Es wurde auch betont, dass Natur gegenüber Medien Kindern und Jugendlichen einen Mehrwert vermitteln kann, was Lebendigkeit, Körperlichkeit und Spiritualität anbelangt. Aber beide, Natur und digitale Medien, tragen wesentlich zur Verortung der jungen Generation in der Welt bei.

Mitgenommen haben viele, dass sie das Potenzial der digitalen Medien in ihre pädagogische Arbeit einbinden können. Dies schlägt auch das Weltaktionsprogramm Bildung für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen vor, das die Stärkung und Mobilisierung von Jugendlichen fördern möchte. Jugendliche, gerade mit ihren medialen Kompetenzen, als Change Agents zu stärken, ist ein strategisches Handlungsfeld, um zu mehr Nachhaltigkeit im Alltag zu kommen und den Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen zu fördern.

**Simone Gerhardt, Marion Loewenfeld,
ANU Bayern e.V.,
www.anu-bayern.de**

ZUM THEMA

Biodiversität**Vielfalt mobil entdecken**

□ In zehn Jugendherbergen wird Biodiversität durch Smartphones erfahrbar gemacht. „Geogames“, also ortsbezogene Spiele, sind für bestimmte Orte und unterschiedliche Zielgruppen als Rallies konzipiert. Erlebnisorientierung sowie forschend-entdeckendes Lernen werden dabei miteinander verknüpft. Das Projekt „Finde Vielfalt“ wird von den Projektpartnern Pädagogische Hochschule Ludwigsburg, Universität Bamberg und dem Deutschen Jugendherbergswerk durchgeführt.

▷ www.finde-vielfalt.de

Weiterbildung**Mobiles Lernen**

□ Eine Weiterbildungsmöglichkeit bietet ab September 2015 das Projekt qualimobil. Die TeilnehmerInnen lernen dabei, Angebote für die Umweltbildung und die Bildung für Nachhaltige Entwicklung mit Smartphones oder anderen mobilen Geräten zu entwickeln und in der Praxis umzusetzen. Die berufsbegleitende Weiterbildung ist kostenlos und findet als Kombination aus E-Learning-Modulen und drei Präsenzveranstaltungen statt. Das Projekt wird von den Pädagogischen Hochschulen Ludwigsburg und Heidelberg durchgeführt und von der Deutschen Bundesstiftung Umwelt gefördert.

▷ www.qualimobil.de

Praxis-Blogs**Methoden für PädagogenInnen**

□ Fundierte Anregungen zur medienpädagogischen Arbeit sind in verschiedenen Medienpädagogik-Praxisblogs zu finden. Beispielsweise stellt der Online-Informationsdienst „Umweltschulen“ auf seiner

Internetseite Multimedia-Anwendungen in der Umweltbildung für unterschiedliche Projekte und Ansätze vor. Auch in den sozialen Netzwerken sind hilfsbereite Fachleute aktiv: Die Gruppe Medienpädagogik bei Facebook beispielsweise berät kompetent bei medienpädagogischen Fragen.

- ▷ www.medienpaedagogik-praxis.de
- ▷ www.umweltschulen.de/net
- ▷ www.kurzlink.de/fbmedien
- ▷ www.umweltbildung.de/digitale-medien.html

Filmwettbewerb**„Green movie. Green media.“**

□ Mit dem Filmwettbewerb „Green movie. Green media“ rief die Tropenwaldstiftung OroVerde auf, Filmclips rund um das Thema Biologische Vielfalt & Konsum zu entwickeln. Ziel war es, mit den Filmen zu einem umweltbewussten Handeln zu motivieren – und dabei die Motivationen der jeweiligen Zielgruppe zu berücksichtigen. An dem von der Deutschen Bundesstiftung Umwelt und der Stiftung Umwelt und Entwicklung NRW geförderten Wettbewerb nahmen über 300 SchülerInnen und StudentInnen teil. Entstanden sind mehr als 100 Filmideen. Zahlreiche Filmclips und Unterrichtsmaterialien sind im Netz einsehbar.

▷ www.kurzlink.de/green

Global Green Kids**Radijojo World Childrens Radio & Media Network**

□ Global Green Kids ist ein Projekt von RADIJOGO! im Kontext der UN-Dekade „Bildung für Nachhaltige Entwicklung“ und ist ein Beitrag von Kindern, Jugendlichen, Eltern, AktivistInnen und EdukatorInnen, um die UN-Millenniumsziele „Ökologische Nachhaltigkeit“, „Primärschulbildung für alle“ und „Aufbau einer globalen Partnerschaft für Entwicklung“ zu erreichen.

- ▷ www.kurzlink.de/jojo
- ▷ www.kurzlink.de/jojo2

Lernplattform**Schülerinitiative „OLAT“**

□ Die Plattform OLAT wurde von der Schülerinitiative „Plant for the Planet“ eingerichtet, um Kindern und Jugendlichen eine Möglichkeit zum Studium verschiedener Umweltthemen zu ermöglichen. Plant for the Planet wurde 2007 vom damals 9-jährigen Felix Finkbeiner gegründet und seither mehrfach ausgezeichnet.

▷ academy.plant-for-the-planet.org

Computerspiel**Spielend die Welt retten**

□ Das Spiel zum Klimawandel „Keep Cool“ von Eduversum kann sowohl als Brettspiel als auch online gespielt werden. Das Planspiel „Keep Cool Online“ lädt ein, sich in die globale Klimapolitik spielerisch einzumischen. Hier können Ursachen des Klimawandels simuliert und nach Wegen des Klimaschutzes und Strategien zur Anpassung gesucht werden. Unter Mitarbeit der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg und Beratung der ANU wird aktuell auch eine Mobilversion erstellt.

▷ www.keep-cool-online.de

AUS ANU UND UMWELTZENTREN

ANU Rheinland-Pfalz**Erfolgreicher Konsultationsprozess**

□ Um eine „Zukunftskonzeption Bildung für Nachhaltige Entwicklung in Rheinland-Pfalz 2015 +“ für das Land zu erstellen, hatte das Umweltministerium die ANU Rheinland-Pfalz beauftragt, einen Konsultationsprozess durchzuführen.

Gemeinsam mit 20 beteiligten ExpertInnen unterschiedlicher Bereiche wurden in dem nun fertiggestellten Papier Wege vom Projekt zur Struktur für Rheinland-Pfalz vorgezeichnet und Empfehlungen für alle Bildungsbereiche erstellt. Auf dem Hintergrund des Weltaktionsprogramms BNE fokussiert das Konzept auf die Handlungsfelder Jugend und Bildungslandschaften.

▷ www.anu-rlp.de/aktuelles/downloads

WISSENSWERT

Wettbewerb

MINT-Konzepte an außerschulischen Lernorten

□ Die Stiftung Polytechnische Gesellschaft Frankfurt am Main verleiht im Jahr 2015 zum dritten Mal den Polytechnik-Preis für die Didaktik der Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik. Schirmherrin des mit 70.000 Euro dotierten Preises ist die Bundesministerin für Bildung und Forschung Prof. Johanna Wanka. Im Jahr 2015 sollen WissenschaftlerInnen und pädagogische Fachkräfte für die Entwicklung und Umsetzung herausragender MINT-Vermittlungskonzepte an außerschulischen Lernorten gewürdigt werden. KandidatInnen können vorgeschlagen werden oder sich eigeninitiativ bewerben. Einsendeschluss ist der 31. Juli 2015.

▷ www.polytechnik-preis.de

Aktionstag

Klimaschutz: Vorangehen!

□ Für den 26. September 2015 rufen die Mitglieder der Klima-Allianz, darunter auch die ANU, unter dem Motto „Klimaschutz: Vorangehen!“ bundesweit zu Aktionen und Veranstaltungen auf. Der Aktionstag findet am „Global Day of Action“ statt, an dem Menschen auf der ganzen Welt ihr Engagement für den Klimaschutz präsentieren. Ideen für eine Aktion oder

Veranstaltung können auf der Internetseite der Klima-Allianz veröffentlicht werden.

▷ www.klima-bewegen.de

Weltaktionsprogramm BNE

Weichen für Strukturaufbau gestellt

□ Das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) hat über den strukturellen Aufbau des UN-Weltaktionsprogramms „Bildung für Nachhaltige Entwicklung“ entschieden. Derzeit wird eine Nationale Plattform eingerichtet, die von Fachforen entsprechend den Bildungsbereichen sowie von Partnernetzwerken flankiert werden soll. Die Nationale Plattform wird unter Leitung der BMBF Staatssekretärin Cornelia Quennet-Thielen hochrangig besetzt und soll in einer ersten Sitzung im September mit der Einsetzung der übrigen Gremien und der Erstellung eines Nationalen Aktionsplans beginnen. Ein bundesweiter Kongress ist erstmals 2016 vorgesehen. Das BMBF wird wissenschaftlich von Prof. Gerhard De Haan von der FU Berlin und in internationalen Fragen von Walter Hirche von der Deutschen UNESCO-Kommission (DUK) beraten. Die DUK ist künftig auch für die öffentliche Auszeichnung von Projekten zuständig.

Lesetipp

„Startkapital Natur“

□ Wer sich dafür einsetzt, dass für Kinder mehr Räume geschaffen werden, in denen Natur unmittelbar erfahren werden kann, findet in dem Buch „Startkapital Natur. Wie Naturerfahrung die kindliche Entwicklung fördert“ wertvolle Argumentationshilfen. Die Autoren Andreas Raith und Armin Lude haben zahlreiche wissenschaftliche Studien der letzten 15 Jahre ausgewertet und die Ergebnisse übersichtlich, anschaulich und gut verständlich zusammengestellt. Die Studien zeigen, dass

Natur wirkt – etwa auf Selbstbewusstsein, motorische und soziale Entwicklung und die Einstellung zur Umwelt. Zur Umweltbildung finden sich Hinweise etwa auf die Bedeutung sozialer Zusammenhänge von Naturerfahrungen und ein Fazit, das lautet „Je früher, desto besser.“

UMWELTBILDUNGS-VERANSTALTUNGEN

Weitere aktuelle Termine finden Sie im Internet unter www.umweltbildung.de. Dort können Sie Ihre Termine auch selbst kostenlos einstellen.

Oktober bis Dezember 2015, Eberswalde BNE-Weiterbildung „Drei aus Sieben“

Die HNE Eberswalde bietet aus der erfolgreichen BNE-Weiterbildung „Sieben auf einen Streich“ ab Oktober 2015 erneut drei Qualifizierungsmodule an: 9.–10. Oktober 2015: Modul 1 – Pädagogische Grundlagen der BNE; 5.–7. November 2015: Modul 2 – Erarbeitung eines Bildungskonzeptes nach BNE-Kriterien; 10.–12. Dezember 2015: Modul 3 – Präsentation von Bildungskonzepten.

▷ www.hnee.de/weiterbildung

18.–19. September 2015, Karlsruhe NaDiQuAk. Qualifikationslehrgang

Einführung ins Kurssystem von NaDiQuAk und pädagogische Einführung: Lehr- und Lernprozesse erfolgreich gestalten. Das Projekt NaDiQuAk – Biodiversität – Naturschutzbiologie – Umweltbildung – ist ein fachdidaktischer Qualifikationslehrgang an der PH-Karlsruhe.

▷ www.natwiss.ph-karlsruhe.de/nadiquak/

Impressum

ökopädNEWS

Herausgeber

ANU

Arbeitsgemeinschaft
NATUR- UND UMWELTBILDUNG
Bundesverband e.V.

Redaktion

Annette Dieckmann (verantwortl.), dieckmann@anu.de, Lisa Hübner, Günter Klarner
ANU-Bundesverband e. V.,
Kasseler Str. 1a, D-60486 Frankfurt/M.,
Tel. +49(0)69/716 73329 - 21, Fax -10,
bundesverband@anu.de,
www.umweltbildung.de